



PORTUGAL
REGIERUNGSKRISE

3

STEUERÄNDERUNGS-
GESETZ

23

BEILAGE
UNSERE STADT

Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 47 23. Juli 74

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

50 Pf.

NATO greift nach Zypern

Am 15. Juli wurde die zypriotische Makarios-Regierung durch einen Putsch der von griechischen Offizieren geführten „Nationalgarde“ gestürzt. Hinter diesem Putsch steht unmittelbar das faschistische Regime Griechenland. Innerhalb von zwei Tagen hatten die Putschisten den Widerstand von Anhängern der Makarios-Regierung weitgehend unterdrückt. Mindestens 1.200 Menschen wurden von den Putschisten verhaftet, viele ermordet.

Am 20. Juli landeten türkische Truppen auf Zypern, um den von den Putschisten geplanten Anschluss Zyperns an Griechenland zu verhindern.

Zypern „verdankt“ die blutige äußere Einkesselung Griechenlands und der Türkei seiner Lage als strategisch wichtiger „unverwundbarer Flugzeugträger“ im östlichen Mittelmeer. Im Grunde geht es sowohl bei der Intervention Griechenlands wie der Türkei (beide gehören der NATO an), darum, Zypern noch stärker als bisher in den „Einflussbereich“ der NATO einzubeziehen. Die Regime beider Länder versuchen dabei, ihre besonderen Interessen durchzusetzen. Im Hintergrund stehen Interessen der NATO, vor allem der USA.

Die NATO war allerdings schon vor dem Putsch auf Zypern vertreten. NATO-Mitglied Großbritannien, bis 1960 Kolonialmacht auf Zypern, unterhält auf der Insel immer noch zwei Militärstützpunkte, in denen 8.000 britische Soldaten stationiert sind. Die britischen Stützpunkte auf Zypern sind zwar formal keine NATO-Stützpunkte, werden aber praktisch doch in gewissem Grad als solche genutzt. Einige hundert Agenten des US-Geheimdienstes CIA operieren von den britischen Stützpunkten aus, „zur Auswertung strategischen Aufklärungsmaterials“ (offenbar vor allem gegen die arabischen Staaten am östlichen



In Griechenland ist Mobilisierung

Mittelmeer). Die britischen Stützpunkte dienen der Sechsten US-Flotte als Anlaufhafen. Vor einigen Monaten, im April, führten Truppen der US-„Lodernackens“ Landeübungen in den britischen Stützpunkten auf Zypern durch. Die „Frankfurter Allgemeine“ vom 16. Juli, die diese bemerkenswerten Tatsachen berichtet, schreibt dazu: „Die Insel ist ein Rückhalt für jede Strategie, die im Persischen Golf (1) oder auf der Arabischen Halbinsel (2) zu militärischen Konflikten führen könnte. Die Station Zypern ergänzt die amerikanische Strategie „westlich von Suez“ und muß als eine entscheidende Kraft gewertet werden, mit der die Flanke der NATO im Südosten gesichert werden kann.“

Allerdings war der Einfluß der NATO auf Zypern bisher begrenzt. Die Makarios-Regierung bemühte sich um eine „Blockfreie“, auf Wahrung der Souveränität und Unabhängigkeit der Insel bedachte Außenpolitik, um freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, zur VR China und den arabischen Staaten. So konnte Zypern z. B. während des arabisch-israelischen Krieges im Oktober 73 von den US-Imperialisten nicht als Basis für die militärische Versorgung Israels genutzt werden.

Es ist also eindeutig, daß der Putsch gegen Makarios den US-Imperialisten sehr gelegen kam und daß sie, genauso wie in Chile, unmittelbar bei der Vorbereitung des Putsches engagiert waren.

Fortz. nächste Seite

Italien Arbeiter kämpfen gegen die Ausplünderung

Wie in AK 46 berichtet, hat die Rumor-Regierung beschlossen, mindestens 3000 Mrd. Lire (etwa 12 Mrd. Mark) zusätzlich aus den italienischen Werkstätten herauszupressen, um damit die Krise der Bourgeoisie zu dämpfen.

Diese Milliarden sollen aus einer Erhöhung des Benzinpreises kommen, der Tarife für Gas und Strom, der Fahrpreise bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, der Kfz-Gebühren, der Fernseh- und Rundfunkgebühren, der Postgebühren, der Krankenversicherungsbeiträge, verschiedener Steuern u.a.

Gegen diese Maßnahmen, kurz als „decretone“ (Erlasse) bezeichnet, hat die italienische Arbeiterklasse in vielfältigen Formen den Kampf aufgenommen.

Dieser Kampf wird dadurch behindert, daß in Italien – wie in der BRD – die Gewerkschaftsführer die Kampfkraft der Arbeiter zu paralysieren versuchen. Von den drei italienischen Gewerkschaftszentralen sind zwei unmittelbar mit Regierungsparteien verflochten, nämlich die CISL (Christdemokraten) und die UIL (Sozialisten und Republikaner). Die dritte, die CGIL (der revisionistischen PCI verbunden) geht den Weg des „historischen Kompromisses“, d.h. der Zugeständnisse an die Bourgeoisie.

Die Gewerkschaftszentralen kommen allerdings nicht umhin, dem Kampfwillen der Werktätigen Ventil zu öffnen.

So wurde bereits am 27. Juni ein 24-stündiger Streik der Landarbeiter ausgesetzt, der von der gesamten Industriearbeiterschaft unterstützt werden sollte.

Zugleich beschlossen die Gewerkschaftszentralen Ende Juni, zwischen 5. und 15. Juli regionale vierstündige Streiks durchzuführen, um damit die Forderung der Arbeiter nach dem Generalstreik abzufangen. So am 5. Juli in Genua und Umgebung; am 9. Juli in Piemont (u.a. Turin), Ligurien,

Toskana und auf Sizilien; am 10. Juli in Lombardia (u.a. Mailand) und Campanien (u.a. Neapel); am 11. Juli in Umbrien, Süditalien, Teilen Süditaliens und auf Sardinien; am 12. Juli in Luzzo (u.a. Rom), im Veneto (u.a. Venedig) und verschiedenen Teilen Mittelitaliens; am 15. Juli schließlich in Kalabrien (Süditalien).

Für die Eisenbahner wurde ein besonderer nationaler Streiktag ausgesetzt (19. Juli).

In diesen Streiks zeigten sich zwei Tendenzen: zum einen eine relativ geringe Mobilisierung und z.T. sehr unvollständige Streikbeteiligung, und zum anderen scharfe und laute Kritik an der Taktik der Gewerkschaftszentralen.

Bereits der Streik vom 27. Juni scheint, was die Massenmobilisierung angeht, ein ziemlichlicher Mißerfolg gewesen zu sein. Schwache Streikbeteiligung war dann bei den regionalen Streiks u.a. in Genua, in Turin (vor allem bei FIAT), in den meisten großen Fabriken Mailands und auch z.T. in Neapel festzustellen.

Die Streik-Demonstrationen und Kundgebungen bleiben in der Teilnehmerzahl weit hinter den Mobilisierungen vom 27. Februar (Generalstreik) und vom 29. Mai (nach dem faschistischen Massaker von Brescia) zurück.

Die größte Kundgebung kam auf dem Magliander Domplatz am 10. Juli zusammen: 50.000 Menschen. Am 29. Mai waren es 250.000, und Kundgebungen mit 150 – 200.000 Menschen hat es auf dem Domplatz in den letzten Jahren mehrmals gegeben.

40.000 waren es am 10. Juli in Neapel, wo es am 29. Mai 200.000 gewesen waren; 25.000 in Turin am 9. Juli (100.000 am 29. Mai); 20.000 in Genua am 5. Juli (50.000 am 29. Mai).

Die Schwäche der Mobilisierung drückt aber keinesfalls einen fehlenden Willen aus.

Fortz. nächste Seite

Verschärfte Widersprüche in der kapitalistischen Welt

Verschärfte Widersprüche in der kapitalistischen Welt

Große Ambitionen des BRD-Imperialismus

In den vergangenen Monaten haben sich bei der Bourgeoisie Unkenrufe über eine „Gefahr für den Weltfrieden“, ein „Ende der Allianz“, eine „Krise der europäischen Demokratie“, einen „Zerfall der Europäischen Gemeinschaft“ usw. abgelöst mit euphorischem Lob auf eine „neue Zukunft der Nato“, auf ein „neues Vierteljahrhundert der Zusammenarbeit“, auf eine „neue Ära deutsch-französischer Beziehungen“ usw.

Hierin widerspiegeln sich die Verschärfung der imperialistischen Widersprüche – zwischen USA und EG sowie innerhalb der EG – und Versuche zu ihrer Lösung, wie sie im Juni 74 in der neuen Nato-Deklaration von Ottawa ihren plakativen Ausdruck fanden.

Die einzelnen imperialistischen Staaten müssen einerseits ihre eigenen wirtschaftlichen Probleme u.a. auch auf Kosten ihrer imperialistischen Konkurrenten zu lösen versuchen. Vor allem die Imperialisten der USA und der BRD profitieren in dieser Situation davon, daß die Probleme anderer imperialistischer Länder (Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan) noch weit größer sind als die eigenen. Zugleich müssen aber alle imperialistischen Staaten daran interessiert sein, daß es in keinem der kapitalistischen Länder die Krise soweit verschärft, daß sich zu ernsthaften gesellschaftlichen Erschütterungen kommt, die die Zugehörigkeit des betreffenden Landes zur kapitalistischen Welt gefährden könnten.

Nach Berichten der bürgerlichen Presse liegt „Englands Wirtschaft in den letzten Jahren“ („Hamburger Morgenpost“, 3.7.74), steckt Italien in der „schwersten Krise der Nachkriegszeit“ („Spiegel“, 11/74), steht Frankreich „vor leeren Kassen“ („FAZ“, 20.5.74). Tatsächlich ist in diesen Ländern aber offenbar der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise – gerade auch was die Auswirkungen für die Arbeiterklasse angeht – noch gar nicht erreicht. So wird in Großbritannien, in dem gegenwärtig etwa 540.000 Menschen arbeitslos sind (Juni), für 1975 eine Arbeitslosenzahl von 1,5 Mio. geschätzt („FAZ“, 29.6.74). In Italien sollen die wirtschaftlichen Maßnahmen der Rumor-Regierung ebenfalls zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in kaum abzuschätzender Höhe führen (vgl. dazu Artikel in AK 46). Auch in Frankreich herrscht „Flucht vor Massenverelendung“ („FAZ“, 5.7.74). Als Folge der „Stabilisierungspolitik“ der französischen Regierung würden viele Werkstätten ihrer Arbeitsplätze verlieren. Nach westdeutschem Vorbild wurde im Juli ein Einwanderversorber für Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern erlassen (trifft vor allem arabische Arbeiter), der zunächst bis Oktober befristet ist, aber dann höchstwahrscheinlich verlängert werden wird.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der meisten EG-Länder führten naturgemäß zu einer weiteren Verschärfung der Widersprüche innerhalb der EG.

Fortz. Seite 6

Krise der EG

Innerhalb der „Europäischen Gemeinschaft“ stecken vor allem Großbritannien, Frankreich und Italien in ernstlichen Schwierigkeiten.

Für 1974 werden die Defizite in der Waren- und Dienstleistungsbilanz dieser drei Länder ungefähr so geschätzt:

Großbritannien	22,8 Mrd. Mark
Italien	22,5 Mrd. Mark
Frankreich	12,9 Mrd. Mark

(Nach „Spiegel“, 22/74).

Für die BRD ergibt sich 1974 nach derselben Schätzung ein Plus von 25,1 Mrd. Mark. Die außerordentlich günstige Ausgangslage des BRD-Imperialismus im Konkurrenz-

kampfer der EG-Staaten wird schon an diesen Zahlen deutlich. Außer der BRD kann innerhalb der EG nur noch Holland eine positive Bilanz aufweisen (3,9 Mrd. Mark). Zugleich sind die Gold- und Devisenreserven der BRD größer als die von Frankreich, Italien, Großbritannien, Holland und Belgien zusammen, nämlich: BRD 84 Mrd. Mark; Frankreich 20,7 Mrd. Mark; Italien 17 Mrd. Mark; Großbritannien 16,5 Mrd. Mark; Holland 15,3 Mrd. Mark und Belgien 12,2 Mrd. Mark – zusammen 81,7 Mrd. Mark („Spiegel“, s.o.; Angaben für März 1974. In diesen Angaben sind die Goldreserven offenbar zum „offiziellen“ Preis von 42,32 Dollar je Unze Feingold berechnet).

Bourgeoisie will leitende Genossen des KBW ins Gefängnis bringen

um den Heidelberger SDS zu verbieten.

Gegen einige führende Genossen des ehemaligen SDS, die an der Demonstration teilgenommen hatten, wurde 1972 ein Prozeß wegen „Landfriedensbruch“ geführt. Es gab Strafen zwischen drei und sieben Monaten, alle „zur Bewährung“.

Inzwischen wurde der KBW gegründet, dem einige der verurteilten Genossen in führender Funktion angehören. Die Bourgeoisie nahm die willkommenen Gelegenheit wahr, den Prozeß erneut aufzurollen, um diesmal mit härteren Urteilen, „ohne Bewährung“, einige der KBW-Führer in den Knast zu bringen und sie damit zeitweilig an der politischen Betätigung zu hindern.

Die Arbeiterklasse muß es lernen, auch mit solchen Rechtsopportunisten und Linksliberalen im roten Pelz, wie es die KBW-Führer sind, politisch fertig zu werden. Gerade deshalb bekämpfen wir entschieden das Urteil der bürgerlichen Klassenjustiz und erklären uns mit den Genossen solidarisch! Das Urteil ist nicht nur ein Angriff auf den KBW oder einzelne seiner Genossen, sondern letztlich Endes ein Angriff auf die kommunistische Bewegung, von deren Führern die Bourgeoisie in den verurteilten KBW-Genossen einige zu treffen hofft.

Am 1. Juli wurde in der Revisionsverhandlung im sogenannten „Cabora-Bassa-Prozeß“ das Urteil gesprochen:

Zwölf Monate ohne Bewährung gegen Dietrich Hildebrandt (Mitglied der Heidelberger Ortsleitung des KBW). Je acht Monate gegen Joscha Schmierer (Sekretär des ZK des KBW), gegen Burkhard von Braunbehrns (Mitglied des ZK des KBW), gegen Jochen Noth (Mitglied des ZK des KBW) und Uwe Krüger. Diese Strafen wurden ohne „Bewährung“ verhängt. Außerdem wurden gegen zwei weitere Genossen Strafen von fünf Monaten (zur „Bewährung“ ausgesetzt) verhängt.

Es ging dabei um folgendes:

Am 19. Juni 1970 fand in Heidelberg unter Vorsitz des Weltbankpräsidenten und ehemaligen US-Kriegsministers McNamara eine Konferenz imperialistischer Länder über „Entwicklungshilfe“ statt. Der damalige Heidelberger SDS organisierte dagegen eine Kampagne, mit besonderer Stoßrichtung gegen den Bau des Cabora-Bassa-Staudamms in der portugiesischen Kolonie Mosambik. Am 19. Juni sollte eine Demonstration dagegen durchgeführt werden. Der angeordnete Demonstrationsschutz sollte am Konferenzort vorbeiführen. Dieser Weg war jedoch von der Polizei massiv abgelehnt worden. Die Polizei begann eine wilde Knüppel gegen den Demonstrationsschutz, der die Absperrungen zu überwinden versuchte.

Die Bourgeoisie nahm diese von ihr selbst provoziert und arrangierte „Straßenschlacht“ zum Vorwand,

Forts. ZYPERN

Die komplizierte Situation auf Zypern kam den Putschplänen entgegen. Von den Bewohnern Zyperns sind etwa 520.000 Griechen und 120.000 Türken. Imperialismus und Reaktion haben immer versucht, die nationalen Widersprüche auf der Insel zu chauvinistischen Konfrontationen anzuhetzen und sich zunutze zu machen. So gab es 1963/64 und 1967/68 Zusammenstöße zwischen den beiden Nationalitäten der Insel, die vor allem von griechischen faschistischen Elementen geschürt wurden. Dabei zeichnete sich die Verbrecherherrschaft Sampson, der von den Putschisten des 15. Juli zum neuen „Präsidenten“ Zyperns gemacht werden sollte, durch besondere Bestialität aus: „Erhängte sich, mindestens 200 türkische Frauen und Kinder umgebracht zu haben.“ („Spiegel“, 30/74).

Auf Zypern waren bis zum Putsch der Faschisten außer den 8.000 britischen Soldaten 950 Soldaten Griechenlands und 400 Soldaten der Türkei stationiert. Dazu etwa 3.000 UN-Soldaten.

Die „Nationalgarde“ Zyperns von etwa 15.000 Mann (nur griechische Zyprioten) wurde von 650 Offizieren aus Griechenland kommandiert und stand offenbar stark unter faschistischem Einfluß. Zusätzlich konnten die Faschisten auf etwa 1.500 Mann der Terrororganisation EOKA zählen. Die EOKA führte in den 50er Jahren den Kampf gegen die britischen Kolonialtruppen und war schon damals antikomunistisch und nationalistisch ausgerichtet. Seit März 1972 war die EOKA unter ihrem alten Führer General Grivas (der vor einigen Monaten starb) auf Zypern wieder

„aktiv“ – jetzt, um den Anschluß Zyperns an das faschistische Griechenland zu erzwingen. In diesem Jahr verstärkte die EOKA ihren Terror erheblich. Andererseits gelangten der Makarios-Regierung Schläge gegen die EOKA in Form zahlreicher Verhaftungen.

Da die griechischen Offiziere der „Nationalgarde“ offen mit der EOKA

Über die unmittelbare Rolle der faschistischen Athener Junta beim Putsch schreibt der „Spiegel“ 30/74: „... wochenlang stifteten die Verschwörer an einem minutiösen Putschplan. Den Befehl dazu hatte ihnen Dimitrios Ioannidis erteilt, der unheimliche, alchimistische Chef der Athener Militärpolizei, Eka. Mit der Ausführung des Plans wurde ein guter

Türkei eine eindeutig ablehnende Haltung ein. Die türkische Bourgeoisie, die ohnehin mit den griechischen Faschisten im Streit um die Erdölvorkommen in der Ägäis liegt, wollte eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten Griechenlands natürlich nicht hinnehmen.

Die türkische Regierung konnte

meinsame Aktion nicht zustande kommen.

Die anderen NATO-Staaten waren indes bestrebt, die türkische Regierung von einer Intervention abzuhalten und zunächst einmal Zeit zu gewinnen, um das Putschistenregime auf Zypern zu konsolidieren und später zu einer „friedlichen Lösung“ zu kommen, die auch den Interessen der türkischen Bourgeoisie Rechnung tragen würde.

So faßten die NATO-Staaten am 17. Juli – also zwei Tage nach dem Putsch, nachdem die Putschisten den Widerstand weitgehend unterdrückt hatten – den Beschluß, die Athener Junta zur Abberufung der 650 griechischen Offiziere der „Nationalgarde“ Zyperns aufzufordern; sie waren jedoch nicht bereit, auch nur scheinbar eine klare Verurteilung des Putsches und der griechischen Einmischung zu bekunden.

Letzten Endes wird wahrscheinlich zunächst jede mögliche Situation, die sich aus der jetzigen Konfrontation ergeben könnte, die Lage der griechischen und türkischen Bevölkerung von Zypern verschlechtern und die Position der NATO, speziell des US-Imperialismus, auf Zypern und im östlichen Mittelmeer stärken. Das würde, wie die bürgerliche Presse offen schreibt, auch die Ausgangslage der NATO-Imperialisten bei einem möglichen Kampf um Jugoslawien verbessern, der nach den Hoffnungen der Imperialisten ausbrechen könnte, wenn Tito stirbt.

Dieser Entwicklung ist zweifellos nicht durch das von den Revisionisten gern beschworene „günstige internationale Kräfteverhältnis“ Einhalt zu gebieten, sondern nur durch die Entwicklung des revolutionären Kampfes der europäischen Völker.



Nikos Sampson



Zypern: Unversenkbarer Flugzeugträger für die NATO



Makarios vor der UNO

sympathisierten, mit der sie Ideologie (Faschismus) und Ziel (Anschluß an Griechenland) gemeinsam hatten, forderte Makarios am 3. Juli das griechische Regime auf, die Offiziere abzurufen. Die griechischen Faschisten ließen sich mit der Antwort zwölf Tage Zeit – dann antworteten sie mit dem Putsch.

Freund des EOKA-Chefs betraut: Brigadegeneral Andreas Kondylis, vor kurzem nur zum Schein zurückgetretener Kommandant des 250 Mann starken offiziellen Griechen-Expeditionskorps auf Zypern...

Von allen NATO-Staaten nahm nach dem Putsch auf Zypern nur die

sich dabei auf das Zypern-Abkommen von 1960 berufen, in dem Großbritannien, Griechenland und die Türkei sich verpflichtet hatten, die „Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Sicherheit“ Zyperns einzutreten. Das Abkommen sieht vor, daß gegebenenfalls jede der drei Garantemächte a) i) n vorgeben kann, wenn eine ge-

Italien

Linker Zusammenschluß

In Italien wird es eine neue Organisation unter dem Namen „Proletarische Einheit für den Kommunismus“ geben. Nach zahlreichen vorbereitenden Einzelkongressen und Diskussionen werden sich die Organisationen „manifesto“ und PDUP zusammenschließen. Ein entsprechender Beschluß wurde auf einer nationalen Konferenz von „manifesto“ gefaßt, die zwischen dem 12. und 15. Juli in Rom stattfand; die PDUP wird diesen Schritt auf einer nationalen Konferenz besegnen, die am 19. Juli beginnt.

Beide Organisationen sind in italienischen Parlamenten nicht vertreten, sind aber aus Abteilungen von proletarischen Parteien hervorgegangen. „Manifesto“ entstand 1969 als Abspaltung von der PCI. Seine Führer Luigi Pintor, Rossana Rossanda und Aldo Natoli hatten bis dahin dem ZK der PCI angehört. „Manifesto“ übernahm bei der Abspaltung auch einige Parlamentarier. Zu den Wahlen 1972 kandidierte „manifesto“ (es hatte zuvor lebhaft und konträre Diskussionen innerhalb der Organisation darüber gegeben), schied aber nur mit 0,7 % enttäuschend schlecht ab und verlor so die Parlamentsitze.

Die PDUP ist ein Überbleibsel der ehemaligen PSIUP (Sozialistische Partei der proletarischen Einheit), die sich vor vielen Jahren von der Sozialistischen Partei abgespalten hatte. Die PSIUP hatte nach den Parlamentswahlen 1968 noch 23 Sitze (4,5 %), verlor

sie aber 1972 vollständig (1,9 %). Das beschleunigte noch den Prozeß der Auflösung der PSIUP, wobei die meisten Mitglieder in die PCI ein-

*Wir wollen einen Generalstreik...

Aus zahlreichen italienischen Betrieben kommen Resolutionen, in denen die Durchführung eines Generalstreiks verlangt wird.

Als beispielhaft geben wir hier ein Telegramm der OMT (Mechanische Werkstätten von Trient) an die Gewerkschaftsbildung wieder (Text nach „Lotta Continua“ vom 11. Juli):

„Fabrik-Rat und Betriebsversammlung der Officine Meccaniche Trentine teilen mit, daß den Räubern keinerlei Waffenstillstand zugestanden werden darf. Wir wollen nicht länger warten. Wir wollen einen nationalen Generalstreik, solange bis die volksfeindlichen Maßnahmen der Rumor-Regierung annulliert sind. Lohn, politische, Preise (Höchstpreise für Waren des proletarischen Konsums – Ann. AK) und Arbeitsplätze sind unsere Ziele. Wer nicht fähig ist, die ungeheure Kraft und Einheit der Klassenbewegung zu führen, muß abtreten.“

Bereitschaft erkennen, „Kompromisse“ mit der Regierung zu schließen.

Die Mobilisierungsschwächen der letzten Streiks drücken allerdings kaum aus eine bewußte kämpferische Ablehnung der Politik der Gewerkschaftszentralen mit Blick auf die Perspektive selbständiger Kämpfe aus, sondern enthalten offenbar auch – diese Seite wird vor allem von „manifesto“ betont, fehlt aber auch bei „Lotta continua“ nicht völlig – ein Element der Resignation und der Suche nach individuellen „Lösungen“ (z.B. durch forciertes Überstunden-Schieben, Doppelschichten), das eine Gefahr darstellt.

Unzufriedenheit mit der Politik der Gewerkschaftszentralen und vor allem immer wieder die Forderung nach dem Generalstreik wurde auf zahlreichen Streik- und Betriebsversammlungen laut. Auf den Großkundgebungen an den Tagen der regionalen Streiks war es verschiedentlich den Gewerkschafts-Rednern kaum möglich, sich gegen Pfeifkonzerte, Zwischenrufe und Sprechbühnen durchzusetzen. So ging es Schedo, Sekretär der CGIL, in Turin; so Carniti, Sekretär der CISL in Mailand; so Macario, ebenfalls Sekretär der CISL,

traten. Eine linke Minderheit gründete die PDUP.

Auf dem Kongreß von „manifesto“ waren u.a. folgende Organisationen mit Vertretern anwesend: Lotta Continua, Avanguardia Operaia, FGCI (Jugendorganisation der PCI), ACLI (Linkskatholiken), PSI (Sozialistische Partei – sie gehört zur Regierungskoalition), die Jugendorganisationen der PSI und PRI (Republikaner) sowie Vertreter der Gewerkschaften. Dieses Spektrum verdeutlicht gegenüber den Zuständen in der BRD die vergleichsweise „offene“ und „liberale“ Atmosphäre im politischen Raum Italiens, wo die Bourgeoisie mit „Abgrenzungsbeschüssen“ (wie SPD und DKP), institutionalisierten Befehrsverboten und „Extremisten-Beschüssen“ in den Gewerkschaften böse auflaufen würden, wenn sie es versuchen wollten.

Ferner war auf dem Kongreß von „manifesto“ eine große Revue ausländischer Vertreter anwesend: aus Chile MIR, MAPU und Sozialistische Partei (I), aus Frankreich die PSU und die Front communiste révolutionnaire (hervorgegangen aus der verbotenen trotzkistischen Ligue communiste), FLO aus Palästina, die eritreische Befreiungsfront (Athiopien), aus der BRD das SB (Sozialistisches Büro). Die Präsenz der letzteren Gruppierung gibt wahrscheinlich am treuesten die politische Linie des italienischen Zusammenschlusses wieder.

In Bergamo; so Vanni, Generalsekretär der UIL, in Rom.

Was die Gewerkschaftsführer vor allem zu hören kriegten, war: „parole, parole“ (Worte, Phrasen), „fatti, fatti“ (Taten), „basti parole“ (genug geredet) und vor allem der Ruf nach dem Generalstreik. Hierbei wurde nicht nur die Forderung nach einem sozusagen symbolischen Generalstreik von einigen Stunden erhoben, sondern verschiedentlich auch ein Streik „bis die Regierung in die Knie geht“ gefordert.

In Neapel drängten Arbeiter aufs Rednerpult und sorgten dafür, daß anstelle der Gewerkschaftsführer einer der Ruten, ein Kollege von Alfano, sagen konnte, was sie fühlen und was sie wollen. Einem Gewerkschaftsführer, der leichten die Kollegen vom Mikrofon schubsen wollte, rutschte die Brille von der Nase.

Außer zahlreichen Resolutionen auf betrieblicher Ebene verstärkten sich auch in den Gewerkschaftsführungen die Stimmen für einen Generalstreik. Die Gewerkschaften der Metalle, Chemiearbeiter und Bauarbeiter (aller drei Gewerkschaftszentralen) beschlossen am 11. Juli, sich für einen Generalstreik einzusetzen. Im übrigen waren die Gewerkschaftsführer noch uneinig. Offenbar war aber in den Reihen der

Genosse Marini zu zwölf Jahren Haft verurteilt

Der italienische Anarchist Giovanni Marini wurde am 11. Juli zu 12 Jahren Haft verurteilt. Über den Prozeß gegen Genossen Marini berichteten wir in ARBEITERKAMPF 42.



Marini während der Verurteilung des Urteils

Marini wird beschuldigt, im Juli 1972 in Salerno einen Faschisten durch Messerstiche getötet zu haben. Tatsächlich war Marini, zusammen mit zwei anderen Genossen, von mehreren Faschisten überfallen worden, wobei es auch zu einer Messerstecherei kam. Genosse Marini hat aber bestritten, daß er dem Faschisten die tödliche Verletzung (Stich zwischen die Rippen) beibrachte; er hat weiterhin bestritten, daß es sich bei dem Messer, das von der Polizei als Tatwaffe präsentiert wur-

de, um sein Messer handelt – Marini hatte ein Messer mit zweischneidiger Klinge, die „Tatwaffe“ jedoch (und so entspricht es auch der tödlichen Verletzung) hat nur eine einschneidige Klinge.

Der Chef der neofaschistischen Partei MSI, Almirante (Mörder italienischer Partisanen im antifaschistischen Krieg) erklärte zu dem Urteil gegen Genossen Marini zynisch: „Ich wünsche mir, daß dies das erste Urteil der Serie ist.“

Es ist tatsächlich zu befürchten, daß der Staatsapparat in diese Richtung gehen wird. Der Staat, der nicht gegen die faschistischen Schläger und Bombenleger unternimmt und erlappet Faschisten weiter laufen läßt, (vgl. AK 45) bestraft Genossen dafür, daß sie sich nicht widerstandlos von den Faschisten zusammenschlagen und abstecken lassen.

In Mailand führten nach Bekanntwerden des Urteils 5000 Menschen eine Protestdemonstration durch.

Berichtigung

In ARBEITERKAMPF 46, S. 21, findet sich ein Zitat von Luigi Longo auf dem XII. Parteitag der PCI (Spalte ganz links, unter der Zwischenüberschrift „Ein ganz besonderer Staat“). In diesem Zitat hat sich ein schwerer sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Richtig muß es dort heißen: „Diese unsere Republik ist keine bürgerlich-demokratische Republik vom traditionellen Typ, sondern ist von neuem Typ...“

Auf derselben Seite ist ein weiterer Fehler zu finden. In der Übersetzung des „Decreto del Santo Ufficio“ (Kasten) ist ein Absatz falsch platziert worden. Der fettgedruckte erste Absatz gehört in Wirklichkeit an die vorletzte Stelle (vgl. nebenstehenden italienischen Text).

Forts. ITALIEN

den Kampfwillen der Arbeiterklasse gegen die Maßnahmen der Rumor-Regierung aus, sondern ist die Reaktion auf die Politik der Gewerkschaftszentralen. Gerade die kämpferischen und bewußtesten Teile der Arbeiterklasse fühlen sich von den Gewerkschaftszentralen an der Nase herumgeführt. Sie wissen, daß diese regionalen Streiks nur dazu dienen sollten, wirkungsvolle Aktionen und Kämpfe gegen die Rumor-Regierung zu vermeiden. Die Arbeiter-Avantgarde verstehen, daß so, wie es die Gewerkschaftszentralen wollen, die Ausplünderungsmaßnahmen bestimmt nicht zu Fall gebracht werden können. Die Gewerkschaftszentralen haben im übrigen den Streiks überhaupt kein klares und konkretes Ziel gesetzt. Sie haben nicht die Forderung nach der totalen Rücknahme des „decretone“ erhoben, aber sie hüten sich andererseits auch zu sagen, welche Teile des „decretone“ konkret sie ablehnen, und über welche sie vielleicht „mit sich reden lassen“ würden. Die Gewerkschaftszentralen protestieren vielmehr in allgemeiner Form gegen die Maßnahmen, lassen aber zugleich ihre ebenso allgemeine

Knapp drei Monate nach dem Putsch wurde am 18. Juli die zweite provisorische Regierung in Portugal gebildet, nachdem etwa eine Woche zuvor der Ministerpräsident da Palma Carlos und mehrere Minister nach einigem Spektakel zurückgetreten waren.

Der vorgebliche Grund für den Rücktritt waren „Kompetenzstreitigkeiten“ der Ministerpräsidenten wollte mehr Entscheidungsfreiheit und sich nicht von Spínola und besonders von den anderen Regierungsmitgliedern – insbesondere von den „Laken“ um Soares und Cunha – in alle Entscheidungen reinreden lassen. Außerdem soll es zu Differenzen zwischen den Junta-Generälen und der Zivilregierung in der Frage der Verstaatlichung der Bank von Portugal gekommen sein (die Junta war dagegen); zudem soll Spínola von dem führenden Gremium der „Bewegung der Streitkräfte“ (diese war die Trägerin des Putsches vom 25. April) in verschiedenen Fragen „schröck zurückgewiesen“ worden sein, z.B. bei seiner Forderung, jederzeit den Ausnahmezustand verhängen zu können, wenn die „innere Ordnung“ gefährdet sei.

Die westdeutsche Bülgische Presse hat nun in der letzten Zeit um je-

Eine Schlange bleibt immer eine Schlange, auch wenn sie ihre Haut wechselt

Bemerkungen zur „Regierungskrise“ in Portugal und zum weißen Terror in den Kolonien

den Preis den Eindruck erwecken wollen, als bedeute die sich bereits abzeichnende Zusammensetzung der neuen Regierung mit einer Reihe Militärs der „Bewegung“ und die Ernennung von Oberst Vasco Gonçalves (Leiter des politischen Koordinierungsausschusses der „Bewegung“) zum Ministerpräsidenten einen erheblichen Ruck nach links. Der faschistische Altmeister Spínola hatte sich nämlich offenbar nicht in allen seinen personellen Vorstellungen gegenüber dem politischen Ausschuss der Offiziersbewegung durchsetzen können.

Doch vieles spricht dafür, daß es sich bei der sog. „Regierungskrise“ um ein abgekartetes Manöver zwischen Spínola, dem ehemaligen Ministerpräsidenten und der Offiziersbewegung handelt, durch das aus bestimmten politischen Überlegungen heraus jetzt sieben zivile Minister

durch Militärs ersetzt worden sind. Es wird in der bürgerlichen Presse zwar immer darauf verwiesen, daß diese Militärs allesamt Offiziere der „Bewegung“ sind und schon aus diesem Grund „links“ seien, doch sämtliche Fakten sprechen eine andere Sprache.

● Die innenpolitisch zentralen Posten des Arbeitsministers (vormals von einem „K“P-Mitglied besetzt), des Informationsministers (vormals der Sozialist Raul Rego) und das Amt des Innenministers werden jetzt von Militärs eingenommen.

● Trotz des angeblichen Widerstandes der „Bewegung“ ist ein „Einsatzstab für innere Unruhen“ gebildet worden („Copcon“), der eindeutigen Bürgerkriegscharakter hat. De Carvalho, einer der „führenden Köpfe des Putsches“, wurde mit der Leitung dieses gegen Streiks und Demonstrationen gerichteten Sonderstabes betraut.

● Spínola verkündete bei der Be-

kannntgabe des neuen Kabinetts eine „neue Phase“ in der portugiesischen Politik: „Disziplin im bürgerlichen und sozialen Bereich“. Die großbürgerliche Zeitung „Frankfurter Allgemeine“ schreibt in aller „Offenheit“: „Die allzu zahlreichen Straßendemonstrationen sollen jetzt drastisch eingeschränkt, Fabrikbesetzungen und wilde Streiks verhindert werden. In der Nachrichtengebung manchmal recht leichtfertig (!) gewordenen portugiesischen Zeitungen dürften zur Genauigkeit (!) und zum Verantwortungsbewußtsein (!) angehalten werden.“ („FAZ“, 19.7.74) (Vergl. Artikel: „Neues faschistisches Pressegesetz in Portugal in dieser Ausgabe“).

Angeht es dieser geplanten Marschrichtung in der portugiesischen Innenpolitik ist es nichts als Demagogie, von einem „Linksruck“ zu sprechen, wie das die bürgerliche Presse getan

hat. Es bezeichnet höchstens den Standort, von dem die Entwicklung in Portugal hierzulande geschehen wird, wo eine Hand breit neben den offenen Faschisten bereits „linke Positionen“ gesehen werden. Nach der Devise: Auf einem dunklen Hintergrund leuchtet selbst das kleinste Licht.

Provokation und Terror in den Kolonien

In AK 46 berichteten wir ausführlich über die politische Situation in den Kolonien Guinea-Bissau, Angola und Mosambik. Nirgends werden die heuchlerischen Worte der portugiesischen „Friedensregierung“ deutlicher entlarvt als gerade in den Kolonien.

In Guinea-Bissau, das bereits zu über dreiviertel befreit ist, und wo die Befreiungsbewegung PAIGC Ende '73 die Unabhängigkeit erklärte, scheint sich in nächster Zeit eine Lösung anzubahnen. Die militärische Situation ist hier für Portugal aussichtslos, zudem ist Guinea-Bissau für Portugal wirtschaftlich relativ weniger interessant. Die Frage der strategisch wichtigen Kapverdischen Inseln ist allerdings weiterhin ungelöst. Die PAIGC



FRELIMO-Kämpfer auf dem Vormarsch

Neues faschistisches Pressegesetz in Portugal

In einem Sonderdruck mit dem Titel „Erheben wir uns gegen die Anwendung des faschistischen Informationsgesetzes!“ analysiert die portugiesische Zeitschrift „O Tempo e o Modo“ (theoretisches Organ des MRPP) am 28. Juni das neue Pressegesetz der Militärrunta.

Mit dem Staatsstreich vom 25. April hatte sich die dominierende Gruppe der portugiesischen Bourgeoisie, die mit dem Finanzkapital verbundene Großbourgeoisie, mit Teilen der Kleinbürgertums – vor allem den Revisionisten – zusammengetan, um die Völker in den Kolonien hinter Licht zu führen und eine neokolonialistische „Lösung“ der kolonialen Frage durchzudrücken und um den Kampf des portugiesischen Volkes aufzuhalten oder in – der Bourgeoisie genehme – Bahnen zu lenken. Die wachsende Kraft der Volksbewegung, die sich besonders in den zahlreichen noch spontanen Streikbewegungen äußert, und die Fortsetzung der Befreiungskämpfe in den Kolonien zwingen die herrschende Klasse jedoch, bald, ihre demokratische Maske fallen zu lassen und erneut repressive Methoden anzuwenden.

Presse, Rundfunk und Fernsehen, schreiben die portugiesischen Genossen, „stellen für die Bourgeoisie nach dem 25. April einen Sektor von grundlegender Bedeutung dar, da es

Macht“, schreibt „O Tempo e o Modo“, „wird die Macht des Staates stärken und weiß, daß die Hauptfrage dabei die nach der Kontrolle über das Heer ist. Sie will sich weiterhin des Heeres und anderer militärischer Einheiten als Instrumente der Repression gegen die Völker in den Kolonien und das Volk von Portugal bedienen.“ Daher werden „ideologische Aggressionen“ gegen das Programm der Bewegung der Streitkräfte, Aufforderung zum militärischen Ungehorsam und nicht vom Generalstab genehmigte Berichte über militärische Operationen verboten, damit nicht die neokolonialistischen Absichten der herrschenden Klasse vor aller Augen entlarvt werden.

2. Das Gesetz soll den Kampf des portugiesischen Volkes um Brot unterdrücken, indem „Aufforderungen zu Streiks, Arbeitsniederlegungen und von der geltenden Gesetzgebung nicht genehmigte Demonstrationen“ verboten werden, soll verhindert werden, daß die kapitalistische Ausbeutung enthalt und die grundlegende Notwendigkeit des Streiks als Kampfmittel herausgestellt wird. Die portugiesischen Genossen schreiben: „Im Grunde will es (das Informationsgesetz) den Gewerkschaften die Arbeit erleichtern, die von den Revisionisten der P.C.P. kontrolliert werden, welche als Zwangslinker der Arbeiterklasse und des arbeitenden Volkes schlechthin agieren werden, indem sie arme Kämpfe innerhalb des für die Bourgeoisie tragbaren Rahmens halten (oder zu halten versuchen).“

3. Das Informationsgesetz soll den Kampf des portugiesischen Volkes

gegen den Imperialismus unterdrücken. Indem die „Verunglimpfung des Präsidenten der Republik, ausländischer Staatsoberhäupter und in Portugal akkreditierter Diplomaten“ verboten wird, soll die Enthüllung der Abhängigkeit von der NATO, die zahlreiche Stützpunkte auf portugiesischem Territorium besitzt, und des Verkaufs des Landes an den Imperialismus verhindert werden.

Damit zielt das neue Informationsgesetz auf die Unterdrückung aller freien Presseorgane ab, die bei Verstößen gegen das Gesetz mit Geldstrafen bis zu 500.000 Escudos (etwa 50.000 DM) und Publikationsverbot bis zu sechzig Tagen rechnen müssen. Ebenso gefährlich aber kann sich die beschnittene „innere Zensur“ in den Pressorganen auswirken, die Journalisten zum freiwilligen Verzicht auf die Veröffentlichung wichtiger Nachrichten bewegt. Hier hat die Bourgeoisie wichtige Voraussetzungen geschaffen für den bürgerlichen ideologischen Kampf, der bald entbrannt wird, indem sie gerade auch die bürgerliche Presse unbedingte Androhung starker Repressionen daran hindert, solche Nachrichten zu verbreiten, die das Bewußtsein breiter Schichten des Volkes von der eigenen Situation fördern könnten. Um diese „innere Zensur“ wirksam werden zu lassen, bedarf es der Androhung von Repressionen und der exemplarischen Demonstration der Bereitschaft, sie anzuwenden; so ist es sicher auch kein Zufall, daß ausgerechnet die respektierten bürgerlichen Tageszeitungen „A República“ und „A Capital“ mit Geldstrafen belegt wurden, weil sie über eine Demonstration gegen die

Verhaftung zweier Soldaten berichtet hatten, die ihre Teilnahme an einem vorgesehenen militärischen Einsatz gegen den Poststreik verweigert hatten.

„Die faschistische Repression, auf die die Junta und die provisorische Regierung im Falle des Pressegesetzes zurückgreifen“, schreibt „O Tempo e o Modo“, „ist ein Zeichen ihrer Schwäche und Verzweiflung angesichts der ungestümen Volkskämpfe und der zunehmenden Unfähigkeit der Revisionisten, sie zurückzuhalten. Wenn alle Demokraten und Antifaschisten sich erheben, um seine Anwendung zu verhindern, so werden sie eine unüberwindliche Schranke errichten, die seine Anwendung verhindert wird.“ Dabei gilt es jedoch zu bedenken, daß die Mehrheit der Kämpfe, die die portugiesische Arbeiterklasse mit dem 25. April ausgetragen hat, spontan war und rein ökonomischen Forderungen galt; nur in einzelnen Branchen (Druckereien und grafisches Gewerbe, chemische und pharmazeutische Industrie) wurden schon vernünftige politische Forderungen erhoben. Eine breite Massenbasis für den Kampf gegen das Informationsgesetz scheint somit zumindest in der Arbeiterklasse gegenwärtig nicht gegeben zu sein. – So gesehen und das ist zweifellos die richtige, weil selbständige Sicht der Dinge – ist die Durchsetzung des faschistischen Informationsgesetzes und seine zwangsmäßige exemplarische und erfolgreiche Anwendung auch und in erster Linie ein Zeichen der Stärke des reaktionären Spínola-Regimes.

Spanien/Portugal: Kommission, Kd/Gruppe Hamburg

Fortis. PORTUGAL

ist in dieser Frage zu keinem Verzicht auf die volle Unabhängigkeit auch der Inseln bereit.

Umso massiver führen die portugiesischen Kolonialtruppen im Verein mit dem faschistischen und rassistisch verhetzten weißen Siedlermob den Kampf gegen die Befreiungsbewegungen und die schwarze Bevölkerung in Angola und Mosambik. (Es soll hier nicht von der offenbar vorbereiteten Ablehnung des Krieges durch portugiesische Kolonialisten, sondern von den Absichten und Befehlen der portugiesischen Regierung die Rede sein, die ja erst in Anleihen aktiv boykottiert werden)

Mosambik:

25.6.: Portugiesische Soldaten erschienen fünf afrikanische Arbeiter und vorletzten viele andere, weil diese sich auf dem Heimweg aus südafrikanischen Bergwerken nach Mosambik anschickten, eine Gepäckkontrolle über sich ergehen zu lassen.

26.6.: Faschistische Bombenleger wollten den Führer der „Demokraten von Mosambik“, Pereira Leite, durch eine Handgranate umbringen. Die Granate löste sich jedoch kurz vor der Explosion von der Halterung unter dem Pkw von Leite, so daß dieser dem Anschlag entging. Liberale Journalisten werden nachts überfallen, verschiedene Redaktionen wie Politiker erhalten täglich anonyme Drohungen. Kurz darauf macht eine faschistische Terrororganisation („Bewaffnete Bewegung zur Verteidigung von Mosambik“) einen Feuerüberfall auf die Universität von Lourenço Marques. Aus schnell vorbeifahrenden Wagen wurde in die Menge geschossen und eine Freilicht-Fahne sowie Wandplakate der Freilicht zerstört. Dieser Terror der weißen Faschisten gegen weiße Liberale und Demokraten soll die Opposition in den „eigenen“ Reihen mundtot machen, einschüchtern und exemplarisch „bestrafen“, die oben genannte faschistische Terrororganisation erklärte in einem Flugblatt nach der Beschädigung der Mense, daß sie „alle Linken richten und exekutieren will, die Verrat am Volk (!!) von Mosambik begehen.“ („Südt. Ztg.“, 27. 6. 74)

Viele Spitzenleute der DGS (faschistische Geheimpolizei), die vor wenigen Wochen in einer großangelegten „Aktion Zebra“ verhaftet worden waren, wurden wieder freigelassen – wegen „mangelnder Beweise“. Sie stecken mit Sicherheit hinter den genannten Terroraktionen.

27.6.: Die Johannesburg Zeitung „Sunday Times“ berichtet über bisher geheimgehaltene Truppenverrückungen der Portugiesen. 30 Kampfflugzeuge wurden im Hafen von Mosambik ausgeladen, 20 Piloten und Wartungspersonal trafen ein. Kommandotruppen (Spezial-Killertruppen) und andere Verstärkungen für die portugiesische Armee wurden eingeflogen.

4.7.: Portugiesische Polizei schickt in eine Demonstration mehrerer tausend Afrikaner in Lourenço Marques. Dies war eine Demonstration von Arbeitslosen, die nichts weiter forderten als die Möglichkeit zu arbeiten.

16.7.: Der einflußreiche mosambikanische Bankier Jorge Jardim (der offenbar eine Unabhängigkeit Mosam-

biks nach rhodesischem Vorbild anstrebt) stellte eine 1.000-Mann-Truppe auf, die auf die Garnisonstadt Vila Pery marschiert. Vila Pery (an der Grenze zu Rhodesien) liegt unter massivem Beschuß der Freilicht-Einheiten.

Diese Details haben wir aus der westdeutschen Presse zusammengeestellt, die an ausführlicher Berichterstattung ohnehin kein Interesse hat. Zudem herrscht über den Portugiesischen Kolonialismus faktisch Nachrichten-sperre.

Diese faschistischen Attentate und militärischen Ausschreitungen weißer Siedler sind auch als Reaktion auf die Erfolge der Befreiungsorganisation Freilicht zu sehen. Die Freilicht hat in den letzten Wochen ihre Positionen weiter verbessern können. Durch ständige Sprengungen der Eisenbahnverbindungen nach Rhodesien ist der Warenverkehr weitgehend zum Erliegen gekommen. Die Freilicht konnte ihre Positionen in Nord- und Zentral-Mosambik festigen und ist auf ihrem „Marsch nach Süden“ bereits in Ilhamaranga (180 km nördlich der wichtigen Hafenstadt Beira) angelangt. Die Reaktionskräfte Mosambiks wehren sich zwar mit wachsender Terror gegen die Vordringen der Befreiungsbewegung – sie haben jedoch langfristig keine Chance gegen einen Kampf, den die ganze Volk unterstützt. Die Niederlage der größten Militärmacht der Welt, der USA, in Vietnam hat den unbesiegbaren Charakter des Volkskrieges deutlich gemacht!

Angola:

Die schriftlichen Informationen, die die bürgerliche Presse über die Situation in Angola herüberbringt, zeugen von offenbar noch wilderen Attacken der weißen Siedler gegen die afrikanische Bevölkerung. Mitte Juli brachten Weiße sieben Menschen um, mindestens drei davon sollen Afrikaner gewesen sein. Die näheren Umstände sind uns leider nicht bekannt. (Angebotlich hat die Ermordung eines weißen Taxifahrers – eine Provokation? – den militanten weißen Faschisten auf die Plan gerufen.) Daraufhin wurde (offenbar) von der Befreiungsbewegung (MPLA) zu einem Generalstreik aufgerufen. Gegen eine Demonstration von 20.000 Afrikanern, die den Ermordeten das letzte Geleit geben wollten, (und die die Hymne der MPLA sangen) stellte sich ein riesiges Aufgebot portugiesischer Truppen. Bei dieser Konfrontation wurden nach Polizeiangaben zwölf Menschen getötet. Die Zahl der Toten soll sich nach Aussagen des Armeekommandos von Angola inzwischen (19.7.) auf 41 erhöht haben.

Staatspräsident Spínola kündigte heuchlerisch eine „Untersuchung der Rassenunruhen“ in Luanda (Hauptstadt Angola) an. Der ehemalige Guinea-Bissau-Oberbefehlshaber spielt sich zum „Richter zwischen den Fronten“ auf.

Aber: „Das afrikanische Volk weiß sich zum „Richter zwischen den Fronten“ auf.“

Aber: „Das afrikanische Volk weiß sehr wohl, daß die Schlange, auch wenn sie ihre Haut wechselt, immer eine Schlange bleibt!“ (Amílcar Cabral – von den Imperialisten ermordeter Führer der Befreiungsbewegung von Guinea-Bissau).

Spezial/Portugal-Kommission, Kf/Gruppe Hamburg

Reisebericht aus Portugal

Die Überraschung beginnt, sobald man die Grenze hinter sich hat. Schon im ersten portugiesischen Dorf stehen an den Mauern antifaschistische und revolutionäre Parolen. Wir stellen später fest, daß diese Mauerpropaganda im ganzen Land zu finden ist.

Es handelt sich meistens um Parolen der revolutionären Organisation MRPP. Sie lauten: „Nieder mit dem Faschismus“, „Es lebe der antifaschistische Kampf des Volkes“, „Schluß mit dem Kolonialkrieg“ und ähnlich. Es handelt sich fast immer um Parolen, die vor dem Putsch gemalt worden sind, denn seit dem Putsch, seit es legale Mittel der Agitation und Propaganda gibt, wird kaum noch gemalt. Man findet auch die Streikforderungen der Arbeiterkomitees auf die Fabrikmauern gemalt.

„Mindestlohn von 6.000 Escudos“ (600 DM), „80-Stunden-Woche“, „4 Wochen Urlaub mit 100 % Urlaubslohn“, „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, „Abkündigung der Überstunden“, „Abkündigung der Akkordarbeit“.

Dazu: „Entlassung der faschistischen Elemente aus der Betriebsleitung“ (es folgen Namen) und „Wiedereinstellung der Kollegen, die beim letzten Streik (vor dem Putsch) entlassen wurden“.

Man findet auch die Parole: „Ein einziges Volk wird niemals betrogen werden“, die die Junta beim Putsch ausgegeben hat. Sie wurde kurz nach dem Putsch eine zeitlang massiv propagiert.

Heute spricht in der Bevölkerung kaum noch jemand von dieser Parole. Zu deutlich ist in den Streiks der Landarbeiter, der Fischer und der Industriearbeiter geworden, daß nicht „ein einziges Volk“ im Sinne der Junta die Garantie für Demokratie und Verbesserung des Lebensniveaus ist, sondern daß man dafür kämpfen muß.

Nur eine Partei gibt es noch, die immer noch diesen Ladenaufhängen der Klassenverlogenheit propagiert: die revisionistische PCP mit ihrem „Minister ohne Geschäftsbereich“ Cunha an der Spitze.

In Lissabon gehen wir zuerst zur Hauptpost. Vor dem Gebäude steht eine Traube von Menschen, heftige Diskussionen zwischen Postlern und anderen Menschen. Vor den Eingängen Streikposten mit roten Arabindungen. Wir lesen die Flugblätter, die überall angeklebt sind. Darin wird der Bevölkerung erklärt, warum der Streik notwendig ist und an ihre Solidarität appelliert. Außerdem wird darauf verwiesen, daß die Postler die Forderungen der Postler dieselben wie die der Industriearbeiter. Der Streik wird geschlossen durchgeführt. Streikbrecher gibt es nicht.

Nach einigen Tagen ist der Streik vorläufig beendet. Die provisorische Regierung hat gleichzeitig die Forderungen der Postler um 50 % erfüllt und mit dem Einsatz von Militär gedroht, wenn der Streik nicht unverzüglich beendet wird. Das Streikkomitee erklärt, der Streik werde unterbrochen, um sich auf die neue Situation einzustellen, aber nicht abgebrochen. Man dürfe sich jetzt, wo man mehr

erreicht habe, als der Masse der Arbeiter zugestanden werden sei, nicht isieren.

In westdeutschen Zeitungen lesen wir, erant, der Streik sei abgebrochen worden, weil die Bevölkerung keinerlei Verständnis für die Forderungen der Postler gehabt habe. In portugiesischen Zeitungen findet man natürlich nichts dergleichen, die Lüge wäre zu offensichtlich.

Bei einer Fahrt nach Barreiro, einem Industrieviertel, der Lissabon gegenüberliegt, finden wir an einem Postamt einen Zettel angeklebt, auf dem steht: „Sofortiger Abbruch des Streiks! Nehmt die Verhandlungen wieder auf!“ Er hat auch eine Unterschrift: Kommunistische Partei Portugals. Wir sprechen später mit Genossen von MRPP, wobei die uns erzählen, daß man solche Zettel an den größeren Postämtern nicht finden kann, weil die Revisionisten, die sie kleben wollten, von den aufgebracht Postlern verprügelt wurden.

In einer Kneipe treffen wir Genossen von MRPP, die ihre Zeitung „Luta Popular“ verkaufen. Ein Genosse bleibt bei uns, um mit uns zu diskutieren. Wir erfahren, daß er zur Zeit seinen dreißigjährigen Wehrdienst ableistet. Weil er Abitur hat, wurde er sofort Offizier. Zur MRPP kam er in der Armee, wo er in der RPAC mitarbeitete. RPAC ist die Abkürzung von „Widerstandsbewegung des Volkes gegen den Kolonialismus“, eine demokratische Organisation, die seit vier Jahren von MRPP in der Armee aufgebaut wird. Heute kann die RPAC sogar Versammlungen in den Kasernen durchsetzen. Wie das möglich ist, schildert uns der Genosse: „Wir haben gerade gestern eine Versammlung in meiner Kaserne durchgeführt, die das Ziel hatte, den Widerstand gegen die weitere Verlegung von Truppen nach Afrika zu organisieren.“

Als die Versammlung beginnen sollte, erschienen zwei höhere Offiziere, die als Faschisten bekannt sind. Sie dachten, wir würden es in ihrer Anwesenheit nicht wagen, die Versammlung durchzuführen. Als wir trotzdem angingen, verlangten sie, daß diese „illegale“ Versammlung abgebrochen wird, andernfalls würden alle Anwesenden zu Gefängnis verurteilt. Als auch das nichts half, notierten sie sich die Namen. Dann gingen sie und die Versammlung verlief ohne weitere Störung.

Am nächsten Morgen wurden alle Teilnehmer der Versammlung von der Militärpolizei verhaftet und ins Militärgefängnis gebracht. Die Nachricht davon verbreitete sich schnell in der Kaserne und sämtliche Soldaten und Offiziere stellten jeglichen Dienst ein. Ein Sprecher wertete zum Kommandanten geschickt und teilte ihm mit, der Dienst werde erst wieder aufgenommen, wenn alle Verhafteten wieder frei seien.

Nach wenigen Stunden hatten wir siezt.

Nach wenigen Stunden hatten wir siezt.

Nach wenigen Stunden hatten wir siezt.

Nach wenigen Stunden hatten wir siezt.

Nach wenigen Stunden hatten wir siezt.

Nach wenigen Stunden hatten wir siezt.

Nach wenigen Stunden hatten wir siezt.

Nach wenigen Stunden hatten wir siezt.

Nach wenigen Stunden hatten wir siezt.

tungen weisen diese Informationsbreite auf, wie wir sie von westdeutschen Zeitungen nicht kennen.

Wir hatten noch nie vorher gesehen, daß so viele Menschen – wenn auch vornehmlich in den Kreisen der kleinbürgerlichen Großstadtbewohner wie Intellektuelle, Beamte, Studenten etc. – so interessiert die Zeitung lesen und diskutieren. Wenn nachmittags die Abendzeitungen erscheinen, stützen sich die Menschen auf die Zeitungsverkäufer. Die Menschen sind nach all diesen Jahren des Faschismus und der Meinungs- und Nachrichtenunterdrückung ausgehungert nach Information.

In Teilen der Arbeiterklasse und vor allem bei der Landbevölkerung dagegen spielen diese Tageszeitungen nur eine geringe Rolle. Einmal dürfte die Alphabetisenziffer mindestens bei 35 % liegen, und zum anderen können viele Proletarier und die armen Bauern, deren Löhne unter dem Existenzminimum liegen, die 2.50 Escudos (25 Pf.) täglich, die die Zeitung kostet, nicht aufbringen. Denn nach wie vor sind sogar in Industriebetrieben auf dem Land die Löhne unter 2000 Esc. (200 DM) eher die Regel, als die Ausnahme.

Hier liegt auch der Grund, warum gegen die Pressezensur gegenwärtig sicherlich keine Massenbewegung innerhalb der Arbeiterklasse zu entwickeln ist. Einstweilen sind es erst die qualifizierten Arbeiter, die Druckarbeiter und die Chemiker, die auch bereits die längste Streikereferenz haben, die beginnen, Angriffe auf die Pressefreiheit als Angriffe auf die Arbeiterklasse zu verstehen. Es gibt eine Reihe von Zeitungen linker Organisationen, die über den Zeitungshandel vertrieben werden. Dabei handelt es sich meistens um monatlich oder 14-tägig erscheinende Zeitungen trotzkistischer Gruppen oder der drei ML-Parteien. Wir konnten jedoch nie Genossen dieser Organisationen treffen.

Die Genossen von MRPP verkaufen ihre 100 000 Exemplare von „Luta Popular“ ausschließlich selbst. Einmal, um den Preis so niedrig wie möglich zu halten (1 Esc.), hauptsächlich aber, um die politische Arbeit mit der Zeitung breit entfalten zu können. Von Angriffen der Faschisten auf ihre Zeitungsverkäufer berichten sie so wenig, daß die Faschistenorganisationen gegenwärtig die Zeitung nicht scheuen und es eine faschistische Massenbewegung heute nicht gibt. Wohl aber kommt es häufiger vor, daß Revisionisten mit Knütteln über die Genossen herfallen und ihnen die Zeitungen wegnehmen.

Ein solcher Überfall ereignete sich gerade in Barreiro, wo empörte Arbeiter die Genossen schützten.

Die Beispiele für die Stärke der demokratischen, antifaschistischen Bewegung, die heute in Portugal im ganzen Volk ständig im Gange ist, gewinnt, werden sich noch lange fortsetzen. Es ist eine Bewegung, die nicht nur in den Zentren stark ist, sondern auch auf dem Lande aufzuwachen beginnt, ließen sich noch lange fortsetzen. Es ist eine Bewegung, die nicht nur in den Zentren stark ist, sondern auch auf dem Lande aufzuwachen beginnt.

Dennoch ist es eine spontane Bewegung. Sie ist nicht in der Lage, das kapitalistische System zu stürzen, und es muß sich erst noch zeigen, ob es die demokratischen Errungenschaften wirklich verteidigen kann.

Es ist auch eine entscheidende Frage, ob es den fortschrittlichen Kräften weiterhin gelingt, so wirkungsvoll, wie es gegenwärtig den Anschein hat, den Einfluß reformistischer und revisionistischer Ideen auf die Arbeiterklasse und das Landproletariat zu verhindern.

Gegenwärtig kann man feststellen, daß die Kämpfe zwar mit großer Intensität geführt werden, aber sie sind voneinander isoliert.

Es gibt keine kommunistische Partei, die die Kämpfe anleitet und den ausgebeuteten und unterdrückten Massen den Weg zum Sozialismus zeigen könnte.

Auch die Genossen von MRPP sind sich darüber im klaren. Obwohl diese Organisation von allen Organisationen der Linken (die PCP eingeschlossen) sicherlich die einzige ist, die jahrelang konsequent den Kampf gegen Faschismus und Kolonialismus geführt hat und führt, obwohl sie über unschätzbare Erfahrungen im Klassenkampf verfügt, und obwohl die eine Zeitung hat, die massenhaft im Volk verbreitet ist, hält sie sich selbst noch nicht für diese Partei.

MRPP heißt „Bewegung für den Widerstand des Volkes gegen den Faschismus“, und wenn auch diese Genossen schon sehr tief in den Kämpfen des Proletariats stehen, sind sie doch der Ansicht, daß die Aufgaben der Kommunistischen Partei noch nicht gelöst werden können.

2 Genossen aus Hamburg-Harburg

die internationale

30.1.1974. Zeitung des kommunistischen Kampfes für den proletarischen Internationalismus. 6.000 DM

hat das Ziel, die Verbindung mit den kommunistischen und fortschrittlichen nationalen Kräften in der ganzen Welt zu stärken. Deshalb besteht ein großer Teil der Zeitung aus Texten ausländischer Organisationen und Gruppen. Wir haben diese Artikel nicht nach dem Prinzip ausgewählt, daß sie unsere Meinung wiedergeben und unsere Politik bestätigen sollen, sondern wir wollen versuchen, ein objektives Bild der Klassenkämpfe in der Welt zu geben. Nur aus einer echten Diskussion politischer Anschauungen und dem Austausch von Erfahrungen kann dauerhafte und wirkungsvolle internationale Solidarität erwachsen.

die INTERNATIONALE erscheint wöchentlich

CHILE
Agrupación Obrero del
Campesinado Chile Rindera

PALASTINA
Öffentliche Palastina. Oberer
Sektoren
Brief eines palastinensischen
Genossen

IRLAND
Grundgesetz des Irlands

FRANKREICH
L'Union des communistes
Rouge
Mitarbeiter (Lettland) von
Sanktionen
171 an der Straße
Trotz der Gewalt

PORTUGAL
Erklärung der MRPP

ITALIEN
Lotta Continua. Die politische
Situation nach dem
Referendum

GUINEA
Münster der Unabhängigkeit
Jutta

SCHWEDEN
Arbeitslosigkeit und
Klassenkampf

RAMBODSCHIA
Rampf der Studenten

Vietnam
Faktor des Thais Regimes

MOSAMBIK
Erklärung der FRELIMO

MOSAMBIK
Erklärung der FRELIMO



Sie haben den Präsident . . .

Schalplatte
einer Hamburger
Agit-Prop-Gruppe:
mit 4 Agitationsliedern

Die Nazifalle
Carrero Blanco
Trinklied
Einmal Faschismus, das reicht!

erscheint in den nächsten Tagen
Preis DM 5,- zuzügl. Porto

Verlag ARBEITERKAMPF, J. Rasmus, 2 Hamburg 13
Rutschbahn 25

AUSDRUCK
DER BESCHLEUNIGTEN
FASCHISIERUNG

Klarsfeld-Prozeß

„Wegen Nötigung und schwerer Körperverletzung“ wurde die Antifaschistin Beate Klarsfeld am 9. Juli vom Kölner Landgericht zu zwei Monaten Haft, ohne Bewährung, verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate verlangt. Das „Verbrechen“ von Frau Klarsfeld: sie hatte durch verschiedene spektakuläre Aktionen darauf hinzuwirken versucht, daß in der BRD zahlreiche faschistische Massenmörder ungestraft und frei herumlaufen. Bekannt geworden war vor allem ein symbolischer Entführungsvorfall an dem Faschisten Kurt Lischka im März 1971. Lischka war Gestapo-Chef im besetzten Paris. In dieser Funktion ist er, außer zahlreichen Verbrechen am französischen Volk, auch für die

Verseppung von mehr als 100.000 Juden in Todeslager verantwortlich. Zu Lischkas krimineller „Karriere“ gehört außerdem eine Tätigkeit (1939) als Gestapo-Chef in Köln und dann als Vorgesetzter Eichmanns im sogenannten „Judenreferat des Reichssicherungshauptamts“ – eine Planungs-Zentrale des Massenmords. Wie im Prozeß gegen Beate Klarsfeld unter anderem zur Sprache kam, hat sich Lischka besonders eifrig für die Massendeportationen jüdischer Franzosen eingesetzt und sich über die „völlig unverständliche pro-faschistische Haltung“ der italienischen Faschisten (in der von ihnen besetzten kleinen Zone Südfankreichs) beschwert.

Bereits 1950 wurde Lischka in Frankreich zu lebenslänglicher Haft

verurteilt – das mindeste, was er für seine Verbrechen verdient hat. In der BRD aber erfreut er sich ungeschoren seiner Freiheit.

Ein Abkommen zwischen der BRD und Frankreich von 1971 könnte eine Aburteilung Lischkas in der BRD ermöglichen – wovon man sich angesichts der herrschenden profaschistischen Praxis westdeutscher Gerichte allerdings auch kaum viel versprechen darf. Jedenfalls blieb die Frage bisher sowieso nur theoretisch, weil der Vertrag von 1971 bis heute noch nicht vom Bundestag ratifiziert ist, also immer noch nicht in Kraft getreten ist.

Im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, in dem die Ratifizierung des Vertrages seit drei Jahren erfolgreich blockiert wird, ist ausgerechnet der FDP-Abgeordnete Achenbach, selbst alter Faschist, „Berichterstatter“. Und dieses Schwein erklärte frech: „Solange ich da bin, wird die Konvention nicht gebilligt“. „Einmal muß Schluß sein“. „Wir fordern eine Generalamnestie (für faschistische Massenmörder – Anm. AK) Jawohl, aus humanitären (!) und christlichen Gründen!“ („Frankfurter Rundschau“, 11.7.74).

Achenbach war 1940-43 Leiter der sogenannten „Politischen Abteilung“ der deutschen Botschaft im besetzten Paris, also wohl ein guter Bekannter Lischkas und Mitarbeiter der Gestapo. Achenbach ist außerdem nach dem Krieg als Verteidiger in Prozessen gegen faschistische Verbrecher aufgetreten. So für den der Beihilfe zum Mord in über 360.000 Fällen angeklagten Horst Wagner (vgl. Meldung an anderer Stelle dieses AK).

Das alles ist natürlich kein bloßer „Fall Achenbach“, zu dem ihn jetzt mehr oder weniger wohlmeinende Liberale (Jungdemokraten u.a.) verhandeln möchten, sondern kennzeichnet diesen Staat, wo solche faschistischen Komplizenschaften möglich sind.

Der Klarsfeld-Prozeß zeigt darüber hinaus noch etwas mit welcher Leichtigkeit sich nämlich die deutsche Bourgeoisie im arroganten Hochgefühl ihrer wiedergewonnenen Stärke heute über die „internationalen Meinung“ hinwegsetzt. Man bedenke nur, daß sich das israelische Parlament mit einer Resolution einstimmig für Frau Klarsfeld einsetzt, daß auch der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing in diesem Sinn eingriff. Solche Interventionen hätten in früheren Jahren die deutsche Bourgeoisie mit Sicherheit in ihrer Haltung beeinflusst. Heute aber wird die Falschierung der BRD bewußt und provozierend zur Schau gestellt. So wurde denn nur zynisch erklärt, die westdeutsche Justiz sei

schließlich „unabhängig“. Die „Frankfurter Allgemeine“ bezeichnete die Stellungnahme Giscard d'Estaing's schon ganz im Herrenmenschen-Ton als „Seltsame Intervention“. „Man sehe den französischen Präsidenten, der bei uns hohes Ansehen und viel Sympathie genießt, lieber nicht in diesen Kriminalfall (!!) intervenieren.“ („FAZ“, 2.7.74).

Die „FAZ“ leistete sich darüber hinaus einen wachstümlich faschistischen Beitrag, in dem Frau Klarsfeld als Geistesranke beschimpft wurde. Sie sei „nur eine zu krankhaften Erschel-

ten vor und schlugen mehrere von ihnen zu Boden. Auch Jean-Pierre Bloch, Präsident der „Internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus“ wurde geschlagen, was etwa den „Kölner Stadtsänger“ vom 3.7.74 zu der zynischen Umschreibung veranlaßte, Bloch sei „mit körperlicher Gewalt zur Ruhe er-mahnt worden“.

An einem der nächsten Tage wurde von Justizbeamten erneut auf antifaschistische Zeugen der Verteidigung eingeschlagen, als diese das Gericht in KZ-Kleidung betreten wollten. Das Gericht nahm dies zum



Solidaritätsbekundungen für Beate Klarsfeld auf dem Weg zum Gericht

nunsgestalt des politischen Aktivismus neigende Berufsmanifestation“. Irgendwas wurde Beate Klarsfeld „nachgerade krankhaft (!) dazu zwingen, wie ein alttestamentarischer Racheengel (!!!) allüberall NS-Verbrecher aufzusuchen, um Tribunale veranstalten zu können.“ „Lischka scheint ihr „kleiner Eichmann“ geworden zu sein, ein Syndrom (!), von dem sie sich seit Jahren nicht mehr befreien kann“ (Lothar Bewerung in der „FAZ“ vom 26.6.74).

Die Bestrafung faschistischer Krimineller wird hier nachgerade als eine Macke diffamiert, für die der Psychiater zuständig ist (das Gericht zog tatsächlich einen zu Rate, einen Professor Bresser). „Normal“ im Sinn von „FAZ“ und Co. ist dagegen offenbar „Toleranz und Liberalität“ („FAZ“ vom 26.6.74) gegenüber den faschistischen Massenmördern.

Während des Prozesses kam es zu einem Zwischenfall, der ebenfalls den härteren Kurs erkennen läßt; während der Faschist Lischka verhört wurde (als Zeuge der Anklage, versteht sich), begannen alte französische Widerstandskämpfer auf den Zuschauerbänken „Nazi-Mörder“ zu rufen und sangen die französische Nationalhymne. Justizbeamte gingen daraufhin brutal gegen die alten Antifaschis-

Anlaß, um die „Öffentlichkeit“ vom Prozeß auszuschließen, einschließlich der vertretenen Journalisten.

Auch dies beleuchtet noch einmal, wie wenig trotz der internationalen Beachtung, die dieser Prozeß fand, auf die Wahrung liberaler „demokratischer“ Formen gelegt wurde.

Als Kommunisten schloßen wir uns sicher nicht der liberalen Klage an, daß dieser Prozeß „dem deutschen Ansehen international geschadet“ habe und was dergleichen Schmerzen mehr sind. Wir sagen im Gegenteil, daß es ausgezeichnet ist, wenn diesem „deutschen Ansehen“, der Lüge vom „gewandelten Deutschland“, gründlich geschadet wird, und wenn möglichst vielen Demokraten auch im Ausland klar gemacht wird, wohin der deutsche Imperialismus wieder einmal die Dinge zu treiben versucht.

Es bleibt aber festzuhalten, daß in der kaltschnäuzigen und arroganten Ignorierung dieser internationalen Meinung durch die westdeutsche Bourgeoisie das beschleunigte Tempo der Falschierung zum Ausdruck kommt, die auch nach außen zunehmend frecher und anmaßender auftritt.

Wieder barbarische Strafen gegen „RAF“-Genossen

Ein Westberliner Gericht hat im Juni ein weiteres Urteil gegen Genossen der sogenannten „RAF“ („Bader-Meinhold-Gruppe“) verhängt. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Urteile:

- ▷ 13 Jahre gegen Ingrid Schubert (unter Einbeziehung einer früheren Strafe von sechs Jahren)
- ▷ 12 Jahre gegen Monika Berberich
- ▷ 10 Jahre gegen Brigitte Asdonk
- ▷ 10 Jahre gegen Eric Graduat
- ▷ 9 Jahre gegen Hans-Jürgen Biecker
- ▷ 7 Jahre gegen Irene Georgens (unter Einbeziehung einer früheren Strafe von vier Jahren)



Solidaritätsdemonstration in Frankfurt Ende 1973

Diese Urteile schließen sich an die bisher gegen „RAF“-Genossen verhängten an: 12 Jahre gegen Horst Mahler, 10 Jahre gegen Werner Hoppe und Heinrich Jansen ... (eine ziemlich vollständige Übersicht über die

Sieht man von den ganz unbewiesenen Banküberfällen ab, so bleibt als Kern der Anklage und der Urteile, daß es sich um Revolutionäre handelt, die man im Interesse des Kapitalismus mit aller Härte unterdrücken

nach vollständige Übersicht über die bisherigen Urteile findet sich in AK 40, S. 27).

Den jetzt verurteilten Genossen wurden vor allem drei Banküberfälle im September 1970 angelastet. Beweise für diese Behauptung hatte das Gericht in Wahrheit keine, sondern nur die Aussagen einer Figur wie Ruhland, kompromittierter „Kron-

mos“-Mann, der seine Unterwürfigen mußte ... die sechs Angeklagten hätten zu einer Bande gehört, deren Mitglieder sich als Revolutionäre betrachteten. Sie hätten durch Gewaltaktionen die herrschende Gesellschaftsordnung erschüttern wollen ...“ (Aus der Urteilsbegründung laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 29.6.74).

Zwangsgeld bis zu 300 Mark angedroht.

Lausbrief zum Artikel „Klassenjustiz gegen kommunistische Öffentlichkeitsarbeit“ in AK 45

Zum Artikel „Klassenjustiz gegen kommunistische Öffentlichkeitsarbeit“ in AK 45 will ich eine Ergänzung machen, was die Oldenburger Situation betrifft. Wie (die Oldenburger KB-Gruppe) hatten eine Veranstaltung am 1. Mai sowie weitere Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstration im Mai 74. Dafür hatten wir u.a. bei der Behörde beantragt, Plakatschilder im gesamten Stadtgebiet aufzustellen. Zuerst erhielten wir mündlich die Zusage, daß ab 1. Mai – dem Beginn des niedersächsischen Wahlkampfes – durchführbar zu können. Die Plakatwerbung sollte eine Verkehrshinweisung wegen Sichtbehinderung usw. dar und sei deshalb nach Straßenverkehrsordnung verboten. Nur bei den Wahlen gäbe es aufgrund eines Rundgesetzes der Landesregierung eine Ausnahme. Dann darf der Verkehr also „gefährdet“ werden und zudem gilt diese Ausnahme – wie es dann in der schriftlichen Mitteilung der Behörde in Bezug auf den Rundbrief hieß – nur für die „politischen Parteien“. Also nicht für den KB. Stattdessen wurde uns im Schreiben des Amtes empfohlen (als ob wir ein kapitalträchtiges Unternehmen wären): „Die Aufstellung der Plakatschilder ist nur den politischen Parteien vorbehalten. Sie müssen sich wegen der Werbung mit der Firma Schiff-

mann & Co. KG ... in Verbindung setzen. Diese Firma führt vertraglich die kommunale Außenwerbung an. Liftdrucken usw. durch.“ Fürwahr, gleiches Recht für alle! Obigens Straf bis den KBW genauso. Sollte man sich dieser „demokratischen Spielregeln“ unterwerfen!

Mit Datum vom 31.5. erhielten wir dann folgendes Schreiben:

„Bgt. Unerlaubte Plakatwerbung. Sehr geehrter Herr Pieppag! Mit Schreiben vom 17. Mai 1974 wurde Ihnen nicht gestattet, für Ihre Kundgebung Plakatwerbung zu betreiben. Wie jetzt festgestellt ist, haben Sie in rechtsichtholter Weise Plakatwerbung betrieben und dabei auch öffentliche Einrichtungen nicht verschont. So wurden Telefonsellen, Fahrgastunterstände, Schallkästen der EWE usw. mit Plakaten beklebt. Sie werden hiermit aufgefordert, die Plakate unverzüglich wieder zu entfernen. Als letzter Termin wird Ihnen der 4. Juni 1974 aufgegeben. Gleichzeitig wird Ihnen hiermit für den Fall der unerlaubten Wiederholung ein Zwangsgeld bis zu 300,- DM angedroht.“

DEMOKRATIE
A LA BOURGEOISIE!

Ein Oldenburger Genosse

Kriegsverbrecher in der BRD – ein ruhiger Job

Hauptwachmeister Lothar Schulz (66) wegen Beihilfe zur Ermordung von 15000 Juden mit dem grotesken Urteil von 10 Jahren bedacht. Auch er konnte den Gerichtssaal auf freiem Fuß verlassen.

2. „Fall Wagner“

Horst Wagner (68), u.a. ehemaliger Legationsrat im Auswärtigen Amt, ist der Beihilfe zum Mord in 365.624 Fällen (die Exaktheit der Zahl mutet recht markaber an) angeklagt. Insbesondere ist er für die Deportation von einigen 100.000 ungarischen Juden in die Todeslager verantwortlich.

Wagner suchte nach der Niederlage des Faschismus zunächst das Weite, kehrte aber 1956 schon in die BRD zurück, nachdem offensichtlich war, wie gut es Verbrechern seiner Art hier geht. Erst 1968 (!!) sollte ihm erstmals der Prozeß gemacht werden. Diesen Prozeß brachte sein Verteidiger litig zum Platzen, indem er die Verteidigung in letzter Minute überlegte. Dieser Verteidiger war übrigens jener Achenbach, Bundestagsgesandter der FDP, der jetzt anlässlich des „Klarsfeld-Prozesses“ öffentlich seine braune Visitenkarte abgab. (vgl. Bericht in diesem AK).

Im Sommer 1972, als der Prozeß nunmehr beginnen sollte, war Wagner „verhandlungsunfähig“, wegen seines „Häftlingsdaseins“, das ihn mittlerweile ereilt hatte.

Dasselbe Leiden verhält ihm auch jetzt, im Juli 74, zu dritten (und möglicherweise endgültigen) Verschiebung des Prozesses. „Damit dürfte eines der größten noch ausstehenden Verfahren gegen NS-Schreibtischler kaum noch eine Chance haben.

durchgeführt zu werden“ („Frankfurter Rundschau“, 12.7.74).

3. „Fall Asbach“

Hans-Adolf Asbach (70) war während des Krieges Kreishauptmann im besetzten Polen. Als solcher war er mehrmals an Massentötungen polnischer Juden beteiligt. So wurden z.B. am 3. Oktober 1941 unter seiner Verantwortung im Kreis Bieczany etwa 500 Juden in einem Steinbrunn erschossen.

Seine Verbrechen qualifizierten Asbach offenbar in der BRD für eine gehobene Karriere. Als Mitglied des rechtsradikalen BHE war Asbach 1950-57 Minister und stellvertretender Ministerpräsident in Schleswig-Holstein.

1961 (!!) bereits kam aufgrund der Anzeige eines israelischen Staatsbürgers ein Verfahren gegen Asbach in Gang, das sich offenbar ruhig durch die Jahre hinzieht. 1969 (!!) wurde mit einer „Voruntersuchung“ begonnen, die sich wiederum dahinschleppte. Heute, im Juli 1974, ist das schleswig-holsteinische Justizministerium glücklich soweit, für Ende des Jahres den Abschluß der „Voruntersuchung“ und die Entscheidung über einen Prozeß gegen Asbach anzukündigen. Falls es je soweit kommt, ist der Nazi-Verbrecher Asbach sicher wegen irgendeines Wehwehens „verhandlungsunfähig“ oder zumindest „haftunfähig“.

Die Schonung der Nazi-Verbrecher durch die bürgerliche Justiz zeigt erneut, daß nur die Arbeiterklasse an der Macht mit diesem Gesindel gründlich aufräumen und eine Wiederholung solcher Verbrechen unmöglich machen kann.

Forts. Große Ambitionen des BRD-Imperialismus

Zunächst ergriß Italien Ende April Maßnahmen, um seine Einfuhr zu drosseln und damit sein Außenhandelsdefizit zu senken. Dies sollte durch die Einführung des sogenannten „deposito cauzionale vincolato“ (Bardepot) geschehen: für eine große Zahl von Importprodukten (etwa 40% der italienischen Einfuhr) waren 50% des Warenwerts für sechs Monate unverzinst bei der Staatsbank zu hinterlegen. Dadurch wurden zum einen bestimmte Importwaren verteuert, damit also in ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem italienischen Markt gemindert, wodurch der Import insgesamt gedrosselt werden sollte. Allerdings war die Waren-Verteuerung wohl der geringere der angestrebten Effekte, da sich aus dem „Bardepot“ nur eine Waren-Verteuerung von rund vier Prozent ergab (das errechnet sich so: Kredit mit 16% Zinsen zur Abdeckung des Bardepots, berechnet auf halbe Jahr 8%, berechnet auf 50% des Warenwerts 4%). Vor allem erlaubte die Einführung des „Bardepots“ dem italienischen Staat Kapital eine $10 \times 10 \times 10 \times 10 \times 10$ (ausgewählte) Senkung des Imports, indem von den Banken für bestimmte Importwaren Kredite (zur Abdeckung des Bardepots) gewährt wurden, für andere aber nicht. Insgesamt gingen die Italiener diesen Maßnahmen so innerhalb eines Monats um rund 25% zurück, wovon die BRD – mit rund 20,8% des italienischen Imports größter Handelspartner Italiens – besonders stark getroffen wurde (Etwa 8,8% der deutschen Ausfuhr gehen nach Italien).

Die westdeutsche Bourgeoisie malte das Bild einer „zerstörten Welt“, eines „erbitterten Handelskrieges“. Apel, damals Staatssekretär, jetzt Finanzminister, erklärte: „Das ist sehr viel dramatischer und gefährlicher als das, was wir bläher erlebt haben.“

Die Unkenrufe verstärkten sich, als die dänische Regierung Anfang Mai zur Senkung des dänischen Imports zahlreiche Waren durch enorme Steuererhöhungen verteuerte. Diese Maßnahme rief damals breite politische Streiks und Massen demonstrationen der dänischen Werktätigen hervor (vgl. AK 44, S. 26). BRD-Wirtschaftsminister Friderichs erklärte, die Maßnahmen der dänischen Regierung seien „ein weiterer Schlag gegen Europa“, (laut „FAZ“ vom 10.5.74).

Befürchtungen wurden geäußert, daß vor allem der größte Handelspartner der BRD, Frankreich (das rund 13% der gesamten Ausfuhr der BRD abnimmt), dem Beispiel Italiens und Dänemarks folgen könnte; daß auch Großbritannien (mit 4,6% der westdeutschen Ausfuhr allerdings nur an siebenter Stelle der „Kunden“ des deutschen Imperialismus) diesen Weg gehen könnten; daß im Zuge einer Kettenreaktion schließlich auch die USA zu „protektionistischen“ Maßnahmen veranlaßt werden könnten. Diese Perspektive mußte gerade dem extrem exportabhängigen BRD-Imperialismus ein leichtes Grauzeln verursachen.

Schließlich wurde die Suppe aber längst nicht so heiß gegessen, wie sie gekocht schien. Die „Europäische Kommission“ der EG erklärte noch Anfang Mai ausdrücklich, die dänischen Maßnahmen verstießen keineswegs gegen die Grundlagen der EG, sondern entsprächen im Gegenteil genau den Vorstellungen der EG über die „Sanierung“ der nationalen Wirtschaften. Auch die italienische „Bardepot“-Regelung wurde als ein Übermaß an Schutzmaßnahmen angesehen; am 4. Juni wurde dann im Rahmen der EG eine Regelung zur Abhebung der italienischen „Bardepot“-Pflicht durch gemeinsame Maßnahmen mit ähnlicher Wirkung getroffen.

Trotz ihres demagogischen Geschreies über den Untergang der EG usw. wird sich die BRD-Imperialisten offenbar darüber im Klaren, daß sie einige Einschränkungen ihrer Exporte nach Italien, Frankreich u.a. hinnehmen müssen, zumal diese genau auf der Linie der von Schmidt empfohlenen „Gesundheitsimpfungs-politik“ („Gürtel enger schnallen“) für diese Länder liegen. So ging es auch B. zum Beispiel. Geschenken Schmidt-Giscard d'Estaing im Juni und Juli zur, um darzu, was man die „nordatlantischen“ französischen Import-Reduzierungen „möglichst gering“ halten könnte.

Was die Italienerinnen „Bardepot“-Maßnahmen vom April angeht, so war es offenbar dem BRD-Imperialismus kaum um den Rückgang seines Exports zu tun (was wohl auch hier im Interesse der „Stabilisierung“ als „unvermeidlich“ angesehen wurde), sondern darum, daß Italiens Bourgeoisie dieses Ziel durch Maßnahmen erreichen wollte. Der BRD-Imperialismus verlangte zumindest „gemeinsame“ Beschlüsse im Rahmen der EG, und noch Deiter sieht er wahrscheinlich zynische Abmachungen jeweils mit

den einzelnen Ländern (so vor allem mit Frankreich), in denen er seine Interessen am besten durchsetzen kann.

Am unausgewogensten ist der Handel zwischen der BRD und Frankreich. Der westdeutsche Export überstieg im ersten Vierteljahr 1974 den Import aus Frankreich um 2,1 Mrd. Mark. Italiens Defizit im Handel mit der BRD im selben Zeitraum beträgt 1,5 Mrd. Mark; Großbritannien 1,1 Mrd. Mark; und Dänemark wies ein Minus von 0,6 Mrd. Mark auf – der BRD-Export nach Dänemark ist mehr als doppelt so hoch wie der Import!

Es ist eindeutig, daß der BRD-Export hiermit an natürliche Grenzen stößt, zumal wenn die Handelspartner in tiefen Zahlungsschwierigkeiten stecken wie vor allem – aber nicht allein – Italien. Die Außenpolitik des BRD-Imperialismus gilt deshalb dem Versuch, die „unvermeidlichen“ Exportrückgänge so gering wie möglich zu halten, ein offenes Ausbrechen der Widersprüche („Handelskrieg“) zu vermeiden und gegenüber den imperialistischen Konkurrenten vor allem politische „Gegenleistungen“ herauszuschlagen.

In jedem Fall muß der BRD-Imperialismus damit rechnen, daß sein Export in einige seiner wichtigsten „Partnerländer“ zumindest vorübergehend zurückgehen wird. Der Ausweg wird im Kampf um neue Märkte („Öthandel“, arabischer Raum, Iran u.s.) und in einer Forcierung des Kapitalexports gesehen.

BRD-Imperialismus will den Arbeitern der EG „den Gürtel enger schnallen“

In der bürgerlichen Presse der BRD ist mit dreifacher Beharrlichkeit zu lesen, daß die englischen Arbeiter ihr Land „kaputtstreiken“, daß die italienischen und französischen Arbeiter „über ihre Verhältnisse leben“. Mit Schnacks wie „Frankreich will den Gürtel enger schnallen“ („FAZ“, 4.6.74) und „Die Italiener müssen den Gürtel enger schnallen“ („FAZ“, 8.7.74) soll verdeckt wer-

den „den Gürtel enger schnallen“ („FAZ“, 8.7.74) soll verdeckt werden, wo es da wem „den Gürtel enger schnallen will“ – daß nämlich die Bourgeoisie ihre Krise auf Kosten der Arbeiterklasse zu lösen hofft, und daß die Arbeiter dies weder akzeptieren „müssen“ noch erst recht „wollen“, sondern einen Kampf gegen diese Maßnahmen führen.

Die unverschämten Mahalte-Appele der deutschen Bourgeoisie an die Völker anderer Länder sind leider mehr als bloße Worte. Sie finden ihre materielle Basis in der überlegenden ökonomischen Stellung des BRD-Imperialismus innerhalb der EG.

Die „Sparpläne“ in Italien und Frankreich tragen eindeutig das Kennzeichen der engen Einflußnahme des BRD- und US-Imperialismus.

In Italien will die Rumor-Regierung durch umfangreiche „Sparmaßnahmen“ mindestens 3.000 Mrd. Lire (etwa zwölf Mrd. Mark) aus den italienischen Verwaltungen herauspressen. Das soll erreicht werden durch Steuererhöhungen, Erhöhungen der Preise für Strom und Gas, Verteuerung der öffentlichen Verkehrsmittel, Erhöhung des Benzinpreises, der Kfz-Gebühren, der Rundfunk- und

teil schon auf 0,38 % gesunken. 1973, vier Jahre nach Brandts großartigem Versprechen, war der Anteil dann glücklich auf 0,32 % gesunken – womit die SPD nach außen hin demonstrierte, wie sie ihre Versprechen „einhalten“ pflegt.

Im September 1973 erklärte dann Helmut Schmidt auf der Weltwirtschaftstagung in Nairobi: „Meine Regierung will ihre offizielle Entwicklungshilfe bis 1978 verdoppeln (!). Sie will ihre offizielle Entwicklungshilfe auf 0,41 % des Bruttoinlandsprodukts steigern.“ („FAZ“, 24.6.74) – Im Juli 1974 dagegen erklärte Schmidt jetzt, daß sei damals nur eine „Zielklärung“ gewesen, „die unter einer veränderten Situation korrigierbar sei.“ („FR“, 6.7.74)

Zwischendurch hatte der Minister der EG, mit Zustimmung der Bundesregierung, am 30. April 74 beschlossen, „sobald wie möglich (!) das Ziel von 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts an öffentlicher Hilfe zu erreichen.“ Auch in die NATO-Deklaration von Ottawa (Juni 74) wurde, in allgemeiner Form, die Zusicherung aufgenommen: „In der Welt als ganzes erkennt jeder verbündete Staat die Pflicht an, den Entwicklungsländern zu helfen ...“

Worte sind sicher das Billigste, was die Imperialisten, und vor

Fernsehgebühren, Preiserhöhungen bei der Post, Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge u.s.

In Frankreich hatte Giscard d'Estaing vor den Wahlmanipulationen gemacht, deren Erlösung rund 20 Mrd. Franc (etwa zehn Mrd. Mark) kosten würde. Kam gewählt präsidentierte Giscard statt dessen umfassende Einsparungen im Wert von mindestens 30 Mrd. Franc (rund 15 Mrd. Mark). Die Steuern sollen drastisch erhöht werden, die öffentlichen Ausgaben sollen gekürzt werden, Benzin u.s. sollen offenbar rationiert werden, wie in Italien soll eine „Politik des knappen Geldes“ (Kreditversteuerungen durch hohe Zinsen) getrieben werden.



Während die italienische Bourgeoisie

Während die italienische Bourgeoisie sich oft um Milliarden-Kredite des BRD- und US-Kapitals bemüht, erklärte Giscard d'Estaing: „Frankreich braucht zur Überwindung der Krise keine Hilfe von außen.“

Dahinter steckt wohl, daß der BRD-Imperialismus zur Zeit gar nicht geneigt ist, der französischen und italienischen Konkurrenz durch Milliarden-Kredite auf die Beine zu helfen, sondern sie voll durch die „Mordkur“ rigoroser „Sparmaßnahmen“ zwingen will.

Schmidt soll schon vor mehreren Monaten erklärt haben: „In diesen bankrotten Verein (die EG – Ann. AK) investiere ich (!) keinen Pfennig mehr“ (laut „Spiegel“ 20/74). In dieselbe Richtung geht Schmidts Äußerung im Interview mit dem „Stern“ (12.6.74): „Schon als Finanzminister ... habe ich verlangt, nicht mit leichter Hand zusätzliche Kredite zu geben. Wir sind seit Jahr und Tag eine Gesellschaft, die mehr produziert, als sie verbraucht. Es gibt andere Staaten, die seit Jahren mehr verbrauchen, als sie selbst produzieren. Es kann auf die Dauer nicht der Scheiß sein, daß wir Deutschen dafür arbeiten, daß andere mehr verbrauchen, als sie selbst erarbeiten ...“

Eppler – ein Rücktritt mit „Signalwirkung“

Der Minister für „wirtschaftliche Zusammenarbeit“, Eppler, (tot August Juli von seinem Posten zurück.

Unmittelbarer Anlaß waren drastische Abstriche an den Ausgaben für „Entwicklungshilfe“. Eppler sollte für 1973 rund 280 Mio. Mark weniger erhalten als ursprünglich zugesagt, und bis 1978 insgesamt zwei Milliarden weniger als zugesagt. Konkrete Schmidt sagte zu dem Rücktritt Epplers noch zynisch, die BRD-„Entwicklungshilfe“ werde für die Regierung trotzdem ihren „besonderen Rang“ (!!) behalten.

Tatsächlich aber ist der BRD-Imperialismus im Punkte „Entwicklungshilfe“ schon seit vielen Jahren, wie selbst die reaktionäre „Frankfurter Allgemeine“ ausgeben muß, im „Zweifel großer Versprechen und kleiner Leistungen“ geraten („FAZ“, 24.6.74).

Wenn sich bei den Imperialisten allgemein eine starke Abneigung gegen die „Entwicklungshilfe“ (sofern nicht profitabel) breit macht, so nimmt der BRD-Imperialismus bei dieser Entwicklung eine „Spitzenstellung“ ein.

1962 lag der Anteil der westdeutschen „Entwicklungshilfe“ immerhin noch bei 0,45 % des Bruttoinlandsprodukts. 1969 ver sprach Brandt eine Steigerung auf 0,7 % – damals war der An-

Wir müssen deshalb mit Krediten äußerst zurückhaltend sein.“

In übrigen schreckt wahrscheinlich die französische Bourgeoisie, die selbst nach der Hegemonie in der EG und im Mittelmeer-Raum strebt, vor den politischen Konsequenzen einer stärkeren Verschuldung gegenüber der BRD zurück.

BRD-Imperialismus steckt seine Ziele ab

Gerade weil der deutsche Imperialismus sich zur Zeit äußerst knauserig bei der Vergabe von Krediten zeigt, verdient die Vergabe größerer Kredite in den letzten Monaten besondere Aufmerksamkeit. Ein klarer Schwerpunkt ist die



Mittelmeer-Politik – zum einen der

Mittelmeer-Politik – zum einen der arabische Raum (Ägypten und Algerien), zum anderen Jugoslawien. Beim Besuch Tito's in der BRD Anfang Juli wurde eine Abmachung besiegelt, wonach Jugoslawien von 1974 bis 1977 von der BRD 70 Mio DM als Kredit erhalten soll. Davon sind 350 Mio „projektiert“ (für die weitere Elektrifizierung Jugoslawiens), der Rest ist für Warenlieferungen bestimmt. Zusammen mit einem schon 1973 vereinbarten Kredit von 300 Mio DM kommt man immerhin auf eine runde Milliarde. Die Laufzeit des Kredits ist 30 Jahre, die Verzinsung 2 % jährlich.

Die Kreditvergabe an Jugoslawien wurde als eine Art von Wiedergutmachungs-Geschken dargestellt und von der CDU/CSU entsprechend in demagogischer Weise angegriffen. Tatsächlich stehen dahinter natürlich handfeste ökonomische und politische Interessen.

Zunächst einmal ist Jugoslawien heute schon in erster Linie auf den kapitalistischen Weltmarkt orientiert: 60 % seines Außenhandels wickelt es mit den kapitalistischen Industrieländern ab, und nur 28 % mit den Ländern des RGW (Sowjetunion usw.). Die BRD ist der wich-

sten der BRD-Imperialismus, reichlich zu vergeben haben.

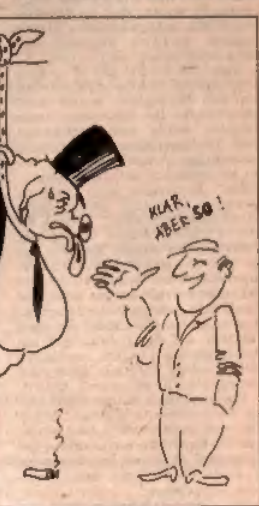
Der Angriff auf die „Entwicklungshilfe“ steht im Zeichen der von der Schmidt-Regierung verkündeten „Konzentration“. Es soll zum einen w e n i g e r als bisher ausgegeben werden, dieses aber zum anderen politisch g e z i e l t e r und „konzentrierter“ als bisher, wie etwa an der „Konzentration“ größerer Kredite auf Länder des Mittelmeerraumes deutlich wird. Zugleich hat die Schmidt-Regierung die „neue Ostpolitik“ deutlich abgebrüstet und angekündigt, daß größere Kredite für die Sowjetunion zur Zeit „nicht drin“ seien. Löhnender scheinen offenbar Investitionen an den „Nahtstellen“ der Einflusssphären, z. B. in Jugoslawien oder auch in Rumänien, das einen „unabhängigen“ Kurs innerhalb des RGW verfolgt.

Die Kürzung und „Konzentration“ der „Entwicklungshilfe“ wurde im Übrigen schon seit Jahren durch eine schweiche Hölle in der bürgerlichen Massenpresse vorbereitet u. a., wo die „Entwicklungshilfe“ als eine Art Geschenk hingestellt wurde, das die „faulen Negern etc.“ machen würden, und wofür sich diese dann goldene Betten kaufen oder Atombomben bauen (Indien).

tigste Handelspartner Jugoslawiens.

Immerhin liegt Jugoslawien an 14. Stelle der westdeutschen Ausfuhrländer – und eine Gegenüberstellung zeigt die bemerkenswerte Tatsache, daß der BRD-Export nach Jugoslawien fast ebenso groß ist wie der in die Sowjetunion! (901 Mio DM in die SU, 876 Mio DM nach Jugoslawien im ersten Vierteljahr 1974).

Der Kapitalexport nach Jugoslawien, das immerhin als sozialistisches Land gelten will, ist naturgemäß noch schwieriger – aber immerhin günstiger als in andere „sozialistische“ Länder. Bis gab die Anfang Juni (laut „FR“ vom 1.6.74) zwischen Firmen der BRD und Jugos-



lawien 146 Kooperationsverträge

(eine verschleierte Form des Kapitalexports) und 21 „Gemeinschaftsunternehmen“. Dabei sind kapitalistischen Firmen an Betrieben in Jugoslawien mit 49% beteiligt (die anderen 51% hält der jugoslawische Staat) und dürfen etwa 40% des in Jugoslawien gemachten Gewinns in die BRD transferieren. In dieser Weise unterhält z. B. VW ein Montage-Werk in Jugoslawien und Hoechst einen Chemie-Betrieb. Die revisionistische Bürokratie ist sehr daran interessiert, weiteres Kapital nach Jugoslawien zu ziehen und die Zusammenarbeit mit kapitalistischen Unternehmen auszubauen. Tito betonte das auch bei seinem Besuch in der BRD.

Jugoslawien ist neben den wirtschaftlichen Aspekten ein strategisch wichtiger Bereich für die Mittelmeer-Politik und für den Kampf zwischen NATO und Warschauer Pakt, speziell USA und Sowjetunion, um Einflußgebiete.

Beide Seiten rechnen sich aus, nach dem Tode Titos, unter Ausnutzung der nationalen Widersprüche zwischen den Völkern Jugoslawiens, die bestehende Situation zu verändern. Während die Sowjetrevisionisten Jugoslawien stärken in RGW und Warschauer Pakt hineinziehen wollen, wollen die Imperialisten der USA (und in ihrem Windschatten u. a. der BRD und Italiens) Jugoslawien stärker ins kapitalistische Lager ziehen. Eine militärische Auseinandersetzung scheint dabei nicht ausgeschlossen: vor allem die italienische Bourgeoisie schürt heute schon, unter dem Vorwand absurder Gebietsforderungen an Jugoslawien, Unruhe an der Grenze und läßt Militär-Manöver durchführen, deren Ziel offensichtlich Jugoslawien ist.

In der BRD dürfte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ nicht nur für sich selbst sprechen, wenn dort gefordert wird: „Die Sicherheit des westlichen Europa hängt zu einem Teil davon, daß das Land zwischen Dnau und Adria nicht zum Moskauer Imperium gehört ... Jugoslawiens Unabhängigkeit muß vom Westen gestützt werden, solange Jugoslawien unabhängig sein will ...“ („FAZ“, 22.6.74). Die Berufung auf das was „Jugoslawien will“, muß man angesichts des imperialistischen Vorgehens gegen Chile, Griechenland, Zypern u. a. als zynische Umkleiung von eigenen Interventionen betrachten der Imperialisten verstehen, die sich noch nie um den Unabhängigkeitswillen der Völker gekümmert haben.

Ein weiterer Punkt von Interesse

Ein weiterer Punkt von Interesse für die Mittelmeerpolitik des BRD-Imperialismus ist der arabische Raum. Hier finden die Imperialisten vor allem in Ägypten wieder günstige Bedingungen, nachdem es der ägyptischen Bourgeoisie gelungen scheint,

Forts. Große Ambitionen des BRD-Imperialismus

einen Frieden mit Israel zu erreichen, der den Suez-Kanal freigibt, und eine Annäherung an den US-Imperialismus – bei gleichzeitiger Entfernung vom Sowjetunionismus – durchzusetzen. Ägypten wird so zu einem günstigen Platz für Kapitalanlagen. Geplant sind u.a. große Projekte wie Räumung und Ausbau der Kanalzone und Bau eines Kraftwerks in der Katarra-Senke, mit geschätzten Baukosten von etwa 3 Mrd. Mark.

Weniger gut sind die Chancen für den Kapitalexport offenbar in Algerien, das vom BRD-Imperialismus ebenfalls „angepöbelt“ wird. Zwar ist Algerien kein „sozialistisches“ Land, wie in der bürgerlichen Presse stupid behauptet wurde, aber für Direktinvestitionen imperialistischer Staaten scheinen die Tore Algeriens noch weitgehend verschlossen zu sein.

Innerhalb der EG gibt es zwei unterschiedliche taktische Vorstellungen vom Herangehen an die arabischen Staaten. Der französische Imperialismus würde eine selbständige, vom US-Imperialismus weitgehend unabhängige Politik vorziehen, wobei sie besonders auf die „traditionellen“ Bindungen setzt (Algerien, Tunesien, Marokko waren früher französische Kolonien). – Auf der vom US-Imperialismus arrangierten Konferenz vor einigen Monaten, auf der über eine gemeinsame Taktik der imperialistischen Staaten zum Öl-Länder beraten werden sollte, trat Frankreichs Außenminister Jobert dafür ein, daß die EG-Länder sich ohne Rücksicht auf die US-Interessen mit den arabischen Ländern arrangieren sollten. Jobert blieb mit dieser Auffassung jedoch weitgehend isoliert.

Die arabischen Bourgeoisien würden ein solches Arrangement begrüßen, weil es ihnen erlauben würde, vom US-Imperialismus unabhängig zu werden, ohne andererseits ein allzu enges Bündnis mit der Sowjetunion einzugehen.

Die Gegenkonzeption wird vor allem vom BRD-Imperialismus vertreten. Er scheut den offenen Konflikt mit dem US-Imperialismus, zumindest beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis. Er paßt sich stattdessen weitgehend den Interessen des US-Imperialismus an und möchte in dessen Windschatten, statt in Frontstellung zu ihm, die Länder der „Dritten Welt“ ausplündern.

Ex-Kanzler Brandt besuchte mit diesem Auftrag im April dieses Jahres Ägypten und Algerien. Vorausgeleitet war ihm „Didi“ Röllmann von der Hamburger CDU, der im März zehn

war ihm „Didi“ Röllmann von der Hamburger CDU, der im März zehn Tage lang in Ägypten war. Röllmann meinte danach, „die Blicke seiner Partei seien in der Vergangenheit vielleicht zu ausschließlich auf Israel fixiert gewesen. Der Westen könne es sich nicht leisten, die Araber und die gesamte arabische Welt zu ignorieren.“ („Hamburger Abendblatt“, 23.7.74). Als dann Brandt kam, brauche er eigentlich nur noch in dieselbe Kerbe zu hauen: es dürfe kein „feindseliges Gegenüber“ von Arabern und Europäern geben, die BRD sei „als Mitglied der EG deutscher (?) als zuvor (?) zum Nachbarn (!) der Mittelmeerstaaten geworden“ (Von der Eltsch bin an den Belt ...?). Die EG müßte sich stärker „bei der Suche nach einer Lösung des Nahost-Konflikts engagieren“; Brandt deutete auch an, „daß eine Friedensregelung auch von den europäischen Staaten garantiert werden könnte.“ („Hamburger Abendblatt“, 20.4.74).

Das ganze geht unter der Parole einer sogenannten „ausgewogenen Nahostpolitik“ vor sich – also nicht mehr zur Orientierung an Israel, sondern auch Wahrnehmung von Interessen in den arabischen Ländern. Was die bürgerliche Politik als „Ausgewogenheit“ bezeichnet, ist allerdings nur Doppelzungen. Dies wurde z.B. während der „Öl-Krise“ vor einigen Monaten deutlich, als die BRD-Regierung in der EG einen Beschluß zustimmte, der Israel zur Durchführung der UN-Resolution (Rückzug aus den besetzten Gebieten) aufforderte, und gleich danach den Wahl-Zionisten Kohn, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, nach Israel schickte, damit er dort genau das Gegenteil erklärte.

Der BRD-Imperialismus meint offenbar, sich eine so unverschämte und vorlesene Haltung gegenüber den arabischen Bourgeoisien erlauben zu können, weil er schließlich über den „dicken Geld“ verfügt, das jene als Kredite und Investitionen ins Land stecken wollen. Diese Spekulation ist wahrscheinlich vorerst, solange die arabischen Völker nicht ein deutliches Wort mitsprechen, durchaus zutreffend.

Der mit dem Brandt-Besuch eingeschlagene Weg wurde fortgesetzt mit Besuchen von algerischen und ägyptischen (mit Außenminister Fahm) Delegationen in Bonn Ende Mai bzw. Anfang Juli.

Ägypten wird nunmehr von 1974-1976 einen Kredit von 500 Mio. Mark erhalten und rückt damit an zweite

Stelle (hinter Indien) unter den Empfänger westdeutscher „Entwicklungshilfe“. „In Bonn schließt man nicht nur, daß Ägypten häufig zu einem der Schwerpunkte deutscher Entwicklungspolitik wird.“ („FAZ“, 3.7.74).

Das, wie die großbürgerlich-vornehme „FAZ“ ganz richtig schreibt (im Gegensatz z. B. zur „Bild“, wo die Massen chauvinistisch gegen die „Entwicklungshilfe“ aufgebracht werden sollen), „nicht um Gültigkeit“, sondern „weil sich die Zusammenarbeit mit den Ägyptern für die Bundesregierung wieder lohnt“, denn „Ägypten ist heute wieder das einflußreichste arabische Land“ („FAZ“, 3.7.74).

Die westdeutschen Direktinvestitionen in Ägypten sind bisher verhältnismäßig gering, nämlich jährlich 20 Mio. Mark (Ende 1973 – laut „FAZ“, 3.7.74). Hier soll eine Änderung eintreten: „Die Bundesregierung hofft, daß sich deutsche Unternehmen noch stärker als bisher im arabischen Schlüsselmarkt (!) Ägypten engagieren.“ („FAZ“, 3.7.74). Zwischen BRD und Ägypten wurde inzwischen ein Investitions-Schutzabkommen entwickelt, das den Kapitalexport nach Ägypten für das BRD-Kapital relevanter machen soll. Eine deutsch-ägyptische „Ministerkommission für Wiederaufbau und Entwicklung“ soll zum selben Zweck zusammenarbeiten. Ein „Präferenzabkommen“ mit der EG zur Begünstigung des gegenseitigen Handels hat Ägypten ohnehin seit Dezember 1973.

Das Interesse des BRD-Imperialismus im arabischen Raum beschränkt sich natürlich nicht auf Ägypten und Algerien (das ebenfalls größere Kredite erhält, und für das die BRD nach Frankreich der zweitwichtigste Handelspartner ist), sondern geht daneben vor allem nach Saudi-Arabien, Deutsche Baufirmen (Hochtief, Holzmann, Rhein-Kuhr) sind dort mit dem Bau von Straßen, Flughäfen (darunter allen der Flughafen Dschidda) mit einem Auftragswert von 1 Mrd. Mark), Be- und Entwässerungssystemen, Kanalisationen u.a. befaßt – Aufträge im Wert von vielen Hundert Mio. Mark.

Große Bedeutung wird der Plan geworfen, in Saudi-Arabien Stahlwerke zu bauen, die dort – unter Einsatz von Erdgas – erheblich günstiger produzieren können als z.B. in der BRD. Um das geplante Stahlwerk von Dhahran gegenwärtig vorerst US-amerikanische, westdeutsche (Thyssen) und japanische Interessen.

Nachbar des arabischen Raums ist noch der Iran zu erwähnen, der in

Als Nachbar des arabischen Raums ist noch der Iran zu erwähnen, der in den letzten Wochen mit aufsehenerregenden Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse in Szene war. „Schah kauft Krupp“ hieß es da („Bild“, 18. Juli), um in der bewährten Manier chauvinistische Emotionen hochzukochen. Tatsächlich hat die iranische Regierung bekanntgegeben, daß sie sich mit rund einem Viertel bei Krupp beteiligen wird. In Wahrheit handelt es sich dabei aber um einen besonders spektakulären Teil des Vorstoßes zu einem riesigen Kapitalexport des BRD-Imperialismus in den Iran: „Zwischen Persien und der Bundesrepublik bahnt sich eine riesige Industriell-Allianz an. Fast alles, was unter deutschen Konzernnamen und Namen hat, will sich im Iran engagieren.“ („Spiegel“, 6/74).

Schon vor einigen Wochen erregte die iranische Regierung einige Aufmerksamkeit, als der Schah Ende Juni eine runde Milliarde Dollar (etwa 2,5 Mrd. Mark) bei der „Bank von Frankreich“ deponierte, zunächst einen Betrag von 300 Mio. Dollar in diesem Jahr und den Rest über zwei oder drei Jahre verteilt. Der schwer belasteten französischen Zahlungsbilanz wurde dadurch etwas Luft verschafft. Das iranische „Depot“ gilt als eine Art Vorstoß auf künftige Engagement des französischen Kapitals im Iran.

Der Iran scheint ein Anlaufplatz für Kapitalinvestitionen von größter Bedeutung zu werden. Eine große Kapitalien-Delegation aus der BRD besuchte vor einigen Monaten den Iran, um die Entwicklung abzustaken. Die Rede ist von „einer der größten Raffinerien der Welt“ (unter Beteiligung von Thyssen), „über 20 industrielle Großanlagen“, Anlagen zur Meerwasserentsalzung (Krupp), Fabriken aller Art, Stahlwerke (Korf, Klöckner), Schallengeräte-Bau (ABG, Siemens), eine chemische Fabrik für 350 Mio. Mark (Bayer). Dem Kapital scheinen goldene Ufer zu winken. Einer der größten Brocken ist ein Druckabkommen zwischen BRD-Sowjetunion und Iran über die Lieferung von 10 Mrd. Kubikmetern Erdgas (der Iran liefert in die südliche Sowjetunion, und die SU liefert ihrerseits sowjetisches Gas in die BRD – so werden Transportkosten gespart).

Mehr als bloß profitabel aber ist das Rüstungsgeschäft mit dem Iran. „Zwischen Bonn und Teheran bahnt sich das größte Rüstungsgeschäft der deutschen Nachkriegsgeschichte an“ („Spiegel“, 7/74). Die iranische Regierung ist am westdeutschen Leo-

pard-Panzer und an westdeutschen U-Booten interessiert. BRD-Konzerne vom Iran Rüstungsfabriken für Panzermotoren, Panzerketten und Panzergeschütze bauen.

Der Iran soll „in kurzer Zeit“ zur stärksten Militärmacht des Nahen und Mittleren Ostens aufgerüstet werden, nach einigen Berechnungen gar „zur zweitgrößten Militärmacht des nicht-kommunistischen Blocks“ („FAZ“, 18.6.74). Der Iran wird damit im Nahen Osten weitgehend die Rolle übernehmen, die in den letzten Jahrzehnten der zionistische Staat hatte, und zu deren Aufrechterhaltung Israel heute nicht mehr in der Lage ist.

NATO-Konferenz von Ottawa ein neuer Anfang?

Noch im Frühjahr wurde allgemein von einer „Krise der NATO“ gesprochen. Die US-Imperialisten hatten es über vermerkt, daß ihnen einige westeuropäische Staaten bei der Aufrüstung und Munitionierung Israels (die u.a. über westeuropäische Häfen und Stützpunkte lief) während des Jom Kippur-Krieges (Oktober 1973) etwas Schwierigkeiten gemacht hatten.

Spanien mit einem Bein in der NATO

„Parallel zur NATO-Deklaration von Ottawa“ wurde im Juli ein Abkommen zwischen den USA und dem faschistischen Spanien (das der NATO bisher nicht angehört) geschlossen, das eine „Zusicherung für die gegenseitige Verteidigung“ enthält. Zu den Verhandlungen war Kissinger nach Spanien geflogen.

In dem Abkommen wird den spanischen Faschisten eine „herausragende Stellung für die westliche Verteidigung“ bescheinigt. Es heißt in dem Abkommen weiter: „Spanien habe in der Zusammenarbeit mit dem USA seit 20 Jahren den Westen gestärkt“ und damit geholfen, „die

heute nur noch der BRD-Imperialismus (der es sich freilich leisten kann), der die europäischen NATO-„Partner“ zweifelt auffordert, „ihre konventionellen Streitkräfte zu stärken“ (Lobner). Im Juni begann eine Serie von Konferenzen der NATO, um die Widersprüche zwischen den „Partnern“ so weit wie möglich zu lösen und die NATO wiederzubeleben.

Vorher fuhr BRD-Rüstungsminister Lobner, Ex-Gewerkschaftsführer ohne Mark, noch rasch vom 27. - 29. Mai nach Kanada (wo er Ausbildungsplätzen der Bundeswehr in Augsburg einnehmen konnte), und anschließend (30./31. Mai) nach Washington zu Gesprächen mit seinem „Kollegen“ Schlesinger, wobei man erwartungsgemäß zu dem alt verkündeten Schluß kam, daß „zwischen Bonn und Washington keinerlei bilaterale Probleme“ bestünden.

Die weiteren Sitzungen liefen in folgender Reihenfolge ab:

● 11. Juni: Verteidigungsminister der „Nuklearen Planungsgruppe“ der NATO

● 13. Juni: Verteidigungsminister der „Eurogruppe“

Werte und Ideals zu bewahren, auf denen die Würde und die Freiheit (!!!) des Menschen beruhen.“ (zitiert nach „Süddeutsche Zeitung“ vom 10.7.74).

Diese Ungeheuerlichkeit muß als eindeutige Parteinahme und Unterstützung für den spanischen Faschismus verstanden werden – in einer Situation, die durch die Ereignisse in Portugal und eine wachsende innere Opposition gekennzeichnet ist.

Als „Gegenleistung“ wurde das Abkommen über die US-Stützpunkte in Spanien (Luftstützpunkte Madrid, Saragosa und Morón; Kriegshafen Rota am Atlantik) verlängert.

● 14. Juni: Verteidigungsminister und Generalstabschefs des Defense Committee (DFC)

● 18. Juni: Beginn der NATO-Außenministerkonferenz in Ottawa (Kanada)

● 26. Juni: „feierliche“ Unterzeichnung einer in Ottawa festgelegten „Deklaration“ in Brüssel, in Anwesenheit von Nixon.

(Die „Euro-Gruppe“ ist ein Gremium der europäischen NATO-Länder, das

Die Euro-Gruppe ist ein Gremium der europäischen NATO-Länder, das

den europäischen NATO-Ländern ohne Frankreich zur „Standardisierung der militärischen Geräte“ und zur „Koordinierung der Rüstungsindustrie zum Zwecke einer gemeinsamen Entwicklung und Produktion“, das DFC entspricht der „Euro-Gruppe“, um den Einfluß der Amerikaner).

Über die „Deklaration von Ottawa“ war die Bourgeoisie des Lobes voll. Die FAZ sprach von einem „diplomatischen Meisterwerk“. „Seit der Deklaration von Ottawa hat für die NATO eine neue Zukunft begonnen.“ (Adalbert Weinstein in der „FAZ“ vom 12.6.74).

Diese Behauptung war kaum original gegenüber dem Spruch Nixons, daß die „Deklaration“ eine „Basis für ein neues Vierteljahrhundert der Zusammenarbeit“ sein würde.

Die „Deklaration“ enthält außer der „Bekräftigung“ der alten Phrasen über die Notwendigkeit der NATO als „unverzichtbare Grundlage für ihre Sicherheit“ usw. auch einige Neuigkeiten – wenn auch in sehr allgemeiner, unveränderlicher Form – die der Tatsache Rechnung tragen sollen, daß sich die ihre gemeinsame Verteidigung beherrschenden Umstände in den letzten zehn Jahren tiefgreifend verändert haben.

So wird in der „Deklaration“ anerkannt, daß Großbritannien und Frankreich als Nuklear-Mächte „in der Lage sind, eine eigene Abschreckungsfähigkeit zu übernehmen, die zur Stärkung der gemeinsamen Abschreckungskraft des Bündnisses beiträgt. Auch die Rolle der „europäischen Einheit“ wird gewürdigt.

Es heißt dann, daß zwischen Europa und USA die „Aufrechterhaltung enger Konsultation, Zusammenarbeit und gegenseitigen Vertrauens erforderlich“ sei, daß „Freundschaft, Gleichheit und Solidarität“ herrschen sollten sowie „harmonische Beziehungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet“, daß die NATO-Staaten „fest entschlossen“ seien, „einander stets umfassend zu unterstützen und die Verpflichtung freimütig und rechtskräftig Konsultationen mit allen geeigneten Mitteln“ zu entwickeln. „Sie werden insbesondere darauf hinarbeiten, Konfliktsituationen zwischen ihrer Wirtschaftspolitik (!) zu beseitigen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit untereinander zu fördern.“

Es ist wahrscheinlich erstmalig, daß die Wirtschaftspolitik in so eindeutiger Weise in ein zentrales Dokument

der militärischen Integration der Imperialisten einfließt.

Vor allem Helmut Schmidt hielt in Brüssel eine schwungvolle Rede über die Notwendigkeit einer „energetischen Staatspolitik“, „...entsprechende Bemühungen müßten alle Regierungen bei sich zu Hause beginnen“ und müßten „brav sein, auch kühne (!?) Maßnahmen gegen die Inflation und die Rezession zu ergreifen“. Nixon konnte nur noch hinzufügen, er könne „dem deutschen Bundeskanzler nicht genug recht geben“, die imperialistischen Staaten dürften nicht „nach außen als Konzentration aufweisen“, man dürfe „unabhängig Mittel (!), nötigenfalls auch Opfer, nicht scheuen“ usw.

Neben der Wirtschaftspolitik spielte vor allem die Frage der sogenannten „Konsultationen“ auf den NATO-Konferenzen eine große Rolle. Dieser Punkt lag besonders den US-Imperialisten sehr am Herzen. Es wird zwar so getan, als handle es sich um eine Abmachung auf Gegenseitigkeit (und Kissinger setzte im Juli wieder demonstrativ das Karusel seiner Rundreisen, diesmal durch Westeuropa, in Bewegung, um unbedingt den Eindruck zu erwecken, als wolle die US-Regierung ihre europäischen „Partner“ über den Stand der sowjetisch-amerikanischen „Ab-

stimmungsverhandlungen“ informieren und konsultieren etc.). – Tatsächlich handelt es sich natürlich in erster Linie darum, daß die US-Imperialisten „Alleinsinger“ ihrer „Partner“ unterbinden sollten deshalb den Forderungen über die „Konsultationen“ Widerstand entgegen. Sie waren auch gleich mit der Interpretation zur Hand, daß die neue NATO-Deklaration kein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag, sondern nur eben eine „Deklaration“ – also ganz unverbindlich – sei.

Die NATO-Deklaration von Ottawa ist ein im Grunde protektiver Versuch, die zwischenimperialistischen Widersprüche zu verkleinern und mit schönen Worten eine angebliche „Harmonie“ in den Beziehungen herbeizumageln, die es auf Grund der objektiven Verschärfung der Widersprüche langfristig gar nicht geben kann. Die „Deklaration“ wird mißgipelt mit ihren ängstlichen Beschwörungen von „Harmonie“, „Freundschaft“, „Solidarität“ etc., bläß bläß gerade die tatsächliche Zerissenheit und Widersprucheentwicklung im imperialistischen Lager.

BRD-Imperialismus pokert hoch – auf Kosten der Arbeiterklasse

BRD-Imperialismus pokert hoch – auf Kosten der Arbeiterklasse

„Das Ziel war hoch gesteckt, der Weg dorthin kam teuer, die Ausgaben waren umsonst“ – mit diesen Worten schreibt der „Spiegel“ (5/74) über das „ehrigste Vorhaben“ des BRD-Imperialismus, einen „europäischen Währungsblock“ als „Vorstufe für die politische Union Europas“ zu schaffen, der nach Ausgaben in Milliardenhöhe (auf Kosten der westdeutschen Werktätigen) schließlich am Ausschern Frankreichs scheiterte.

Die obigen Worte können aber als Motto über die gesamte Entwicklung des deutschen Imperialismus gelten, der schon zweimal sich hohe Ziele steckte (den „Platz an der Sonne“, den Lebensraum im Osten usw.), den deutsche Proletariat dafür einen hohen Preis zahlen ließ und schließlich scheiterte.

Heute unternimmt der BRD-Imperialismus zum dritten Mal den Versuch, eine internationale Großmacht- und womöglich Vormachtstellung in der Welt zu erringen. Zu diesem Zweck verschärft der Imperialismus die Ausbeutung, apart an den „unproduktiven Kosten“ (für Schulwesen, Gesundheitspolitik, sozialen Wohnungsbau u.a.m.), und bekennt sich zugleich auf die militärische Niederschlagung kommender Klassenkämpfe der Werktätigen gegen diese Politik vor.

Auch in den anderen imperialistischen Staaten entwickelt sich der Imperialismus gegenwärtig in diese Richtung, als Ergebnis der verschärften inneren und äußeren (Konkurrenzkampf) Widersprüche.

In England, Dänemark, Italien vor allem hat es gegen diese Politik der Bourgeoisie in den letzten Monaten breite Kämpfe gegeben. Auch diese Kämpfe haben aber vorerst noch so wohl an der nationalen Zerfahrenheit und Isoliertheit, wie auch an dem Fehlen revolutionärer Führungen, die die werktätigen Massen zum Kampf gegen das gesamte System des Imperialismus führen könnten.

So bleiben die Arbeiter- und Volkskämpfe auf Abwehrbeweise gegen die Ängste der Arbeiter- und Arbeiterinnen beschränkt und können letzten Endes so nicht einmal diese verhindern. Die Entwicklung, die möglichst rasche Entwicklung von revolutionären Führungen in den Massenbewegungen und die Verwirklichung der Klassenkämpfe der Proletariat aller Länder wird so zu einer wirklichen Existenzfrage des Proletariats. ●

Argentinien Peronismus ohne Peron

Am 1. Juli starb Juan Peron, Präsident Argentiniens. Als am folgenden Tag der Sarg mit der Leiche Perons in den Kongresspalast überführt wurde, strömten Hunderttausende ins Zentrum von Buenos Aires; sie warteten zum Teil zwei Tage und Nächte in langen Schlangen vor dem Kongresspalast, um einen Blick auf den toten Peron werfen zu können. In ganz Argentinien wurde eine Arbeitsruhe ausgerufen; in den Elendsvierteln und auf dem Lande richteten Menschen kleine Altäre mit dem Foto Perons her.

Dieser Kult um den toten Peron wird aus durchsichtigen politischen Gründen von Kirche und Staat unterstützt und gefördert. Überall werden Totenmessen gelesen, und die Regierung plant die Einbalsamierung der Leiche.

Peron war Anfang '73 nach Argentinien gerufen worden, um – auf Grund des Vertrauens, das die Massen noch aus seiner ersten Regierungszeit in ihm hatten – die sich ständig verschärfenden Klassenwidersprüche in ihn halten und die stärker werdenden linken Kräfte in und außerhalb der peronistischen Bewegung zu integrieren.

Perons dritter Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus ist – wie Peron selber propagierte – der „nationale Wiederaufbau Argentiniens“ durch die „Ausöhnung und nationale Einheit“ aller politischen und wirtschaftlichen Kräfte, das heißt also nichts anderes als die Stabilisierung des Kapitalismus auf dem Rücken der Arbeiterklasse, wobei die spezielle „peronistische Ideologie“ aus Verzerrungen des herkömmlichen Faschismus und des gewöhnlichen Sozialdemokratismus zusammengesetzt ist.

Peron war der Mann, der dem argentinischen Volk nicht nur diese Politik verkauften, sondern der auch aktiv dafür mobilisieren sollte. Alle auch nur zaghaften Kritiker an Perons Politik wurden als dem argentinischen Volk fremde Kräfte (!) hingestellt, die den „nationalen Wiederaufbau“ stören wollten. Peron rief „jeden einzelnen Argentinier“ auf, gegen diese Kräfte zu kämpfen. Mit

Auftritten auf Massenversammlungen, mit mehrbändigen Rücktrittsdrohungen nutzte Peron das Vertrauen der Volksmassen in seine Person aus, um sie zu einer allgemeinen Bestätigung seiner Politik zu mobilisieren und dabei von den wirklichen Widersprüchen abzulenken. Diese Methode der sozialen Demagogie wurde, als Ergebnis der Verschärfung der Widersprüche, immer mehr mit offenem, brutalem Terror verbunden.

Gegen die kommunistischen revolutionären und fortschrittlichen Kräfte innerhalb und außerhalb der peronistischen Bewegung wurde ein immer schärferer Kampf geführt: In Cordoba wurde zum Beispiel eine linke-proletarische Provinz-Regierung abgesetzt, weil sie einen spontanen Streik der Arbeiter unterstützte hatte; die Reihen der peronistischen Organisationen wurden radikal von fortschrittlichen „Kräften“ „gesäubert“ (häufig durch Ermordung der politischen Gegner!), revolutionäre Gruppen wurden verboten.

Das Ergebnis dieser Entwicklung war, daß große Teile der Arbeiterklasse die Arbeiterfeindlichkeit einzelner Maßnahmen der Regierung Perons durchschaute und dagegen kämpfte. Z. B. fanden gegen den Sozialplan (ein Stillhalteabkommen zwischen Gewerkschaftsführungen und Kapitalisten) zahlreiche spontane Streiks statt. Der Kampf gegen einzelne Maßnahmen der Regierung führte jedoch auf der Massenebene noch nicht zu einer umfassenden Einsicht in den Charakter des Peronismus insgesamt. Das zeigt sich nicht zuletzt in den Reaktionen auf Perons Tod.

Unter diesen Voraussetzungen ist das weitere Vorgehen der argentinischen Bourgeoisie abzulesen. Die Stärkung des nationalen Kapitals auf Kosten der Bevölkerung und die Verschleierung dieser Politik durch ungeheure soziale Demagogie lassen sich ohne die Integrationsfigur Peron zu nicht sicher schwerer durchsetzen. Man wird versuchen, einen ungeheuren Mythos um Peron aufzubauen und die Notwendigkeit der „nationalen Einheit“ – gerade jetzt nach dem Tod des „großen Führers“ – beschwören.

Das heißt, es wird eine weitere Verschärfung des Rechtskurses eingeleitet. Aus der einen Seite militärisch – Militär und Polizei wurden bereits in Alarmbereitschaft versetzt, um möglicherweise zunehmende Kämpfe der Arbeiterklasse von vornherein niederzuschlagen. Zugleich wird die Bourgeoisie versuchen, die faschistische Mobilisierung von Teilen des Volkes voranzutreiben.

Die Frage ist, inwieweit kommunistische und demokratische Kräfte diesem Kurs entgegenzutreten können. Entscheidend wird dabei auch das Verhalten der linksperonistischen Organisationen und Gruppen sein.

Durchschauen sie die bürgerliche Natur des Peronismus und treten sie dagegen auf, sind sie zur Zusammenarbeit mit linken nichtperonistischen Gruppen bereit? Oder ist ihre Bindung an den Peronismus so stark, daß sie einen argentinischen „Nationalsozialismus“ unterstützen würden? Bei den Montoneros z.B. – einer politisch-militärischen Jugendorganisation der peronistischen Bewegung – erscheint noch beides möglich. Die Montoneros kämpfen einerseits gegen den Sozialpakt, gegen die Gewerkschaftsführung und treten für bewaffnete Volkskämpfe ein. Auf der anderen Seite haben sie immer darauf bestanden, daß sie trotz Meinungsverschiedenheiten mit Peron Peronisten sind. Sie haben den „volkstämmlichen, revolutionären Nationalismus des peronistischen Volkes“ (!) auf ihre Fahnen geschrieben (Prensa Latina, 10.6.74) – ein Ansatz, der auch für eine faschistische Ideologie und Politik genutzt werden kann.

Für den Fall, daß die peronistische Ideologie nicht mehr unter den Massen verläßt und die fortschrittlichen Kräfte gemeinsam den Kampf aufnehmen, besteht die Gefahr eines Putsches und einer „faschistischen Diktatur wie in Chile, Brasilien und anderen Ländern Lateinamerikas. Die USA und ihre Anhänger in Lateinamerika – die allesamt faschistischen Nachbarländer Argentiniens (Brasilien, Chile, Uruguay, Bolivien, Paraguay) – würden einen „Unruheherd“ Argentinien zu liquidieren versuchen.

Bestellt!

Beim VERLAG ARBEITERKAMPF

ANZAHL UNSER WEG Sondernummern

- ☐ Zum Haupt-Problem
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF
60 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 2,-
- ☐ Die Emanzipation der Frau in Palästina
Von einer kommentierten und überarbeiteten Propaganda-Illustration der PFLP zu diesem Thema
24 Seiten DM 1,-
- ☐ Chile: Vom „friedlichen Übergang“ zur faschistischen Militärdiktatur
3. gänderte und erweiterte Auflage 58 Seiten DM 4,-
- ☐ Chile: Reform oder Revolution –
Auseinandersetzung mit den „Strategien“ revisionistischer Parteien
62 Seiten DM 3,-
- ☐ Von Pinelli zu Fainelli – politischer Mord in Italien
In einer präzisen politischen Analyse wird die „kapitalistische Strategie der Bomben, der Provokation und Bestrafung, des geplanten politischen Mordes und Einsatzes faschistischer Kommandos“ im Kampf gegen die kommunistische und Arbeiterbewegung am Beispiel Italiens erörtert.
44 Seiten DM 1,50
- ☐ Zur Außenpolitik der VR China
Ausführliche Stellungnahme zum Wandel der chinesischen Außenpolitik.
Nachdruck von ARBEITERKAMPF-Artikeln
50 Seiten DM 2,50
- ☐ Armia aus aus Indochina?
Nachdruck von KB-Reden, ARBEITERKAMPF-Artikeln und wichtigen Dokumenten
2. erweiterte Auflage, 26 Seiten DM 0,50
- ☐ Nachdrucks von Artikeln der KAB-Arbeiterzeitung zu zentralen Fragen der Arbeiterbewegung:
- ☐ Teil 1
Aus dem Inhalt:
„Links“ Opportunismus in der Gewerkschaftsfrage muß zurückgewiesen werden.
Kampf dem Faschismus
Zur Rolle der SPD
„Zwei Fraktionen der Kapitalistenklasse“?
Die Arbeiter brauchen ihre Partei – über welche politischen Differenzen muß diskutiert werden?
Europas Proletariat vor dem Sturm
58 Seiten DM 2,-
- ☐ Teil 2
Aus dem Inhalt:
Zur Gewerkschaftsfrage; Was ist Ökonomismus? Was ist los mit der Mitbestimmung?
Chemie – Tariffrage 71: Ein großer Kampf und ein schwacher Ausbruch
Volkswirtschaft und politische Lösung
Zur Kritik der RAF
15 Jahre KPD-Verbot
Aktionseinheit zur Metalltariffrage 71 – Verlauf der Aktionseinheit
Für das Bündnis von Intelligenz und Arbeiterklasse
61 Seiten DM 2,-
- ☐ Der Metallarbeiter-Streik in Schleswig-Holstein 1968/69
Eine ausführliche Analyse der Flensburger KB-Gruppe
18 Seiten DM 1,-
- ☐ Wohnungsprobleme in der BRD
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF seit März 72
4. erweiterte Auflage
(eine 5. Auflage wird vorbereitet)
64 Seiten Kleinformat DM 1,50
- ☐ Schlußwort
Artikel des ARBEITERKAMPF Nr. 24 – 42 zu Fragen des Schulkampfes
92 Seiten Kleinformat DM 2,-
- ☐ Wenn nützen die Bomben bei Springer?
Nachdruck von Referaten auf der Großveranstaltung des KB anlässlich der Bader-Meinhold-Kampagne der Bourgeoisie
32 Seiten DM 1,50
- ☐ Zum Aufbau eines Sozialistischen Studentenfundes Teil 2
40 Seiten DM 1,50
- ☐ Zur Politik des KBW (MRF)
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF und UNSER WEG
78 Seiten DM 3,-
- ☐ Aktionseinheit oder „Partei“ innen-Politik?
Internes Papier des Regionalkomitees Westerkante der „KPD“ gegen den KB
8 Seiten DM 0,50
- ☐ UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung
- ☐ 15
Ausführliche Analyse der Metalltariffrage 1971 zur Diskussion im Kommunistischen Bund
28 Seiten DM 1,50
- ☐ 16/17
Zur Auseinandersetzung mit den ABG / München
40 Seiten DM 1,50
- ☐ 18
Kampf zweier Linien in der KP-China
Die Leistungsfähigkeit und den Arbeitsstil verbessern
Die politische Arbeit im Stadtkreis
32 Seiten DM 1,-
- ☐ 19
Zur Faschismuskritik
32 Seiten DM 1,-

Pierburg – Neuß Lügen haben kurze Beine



August 1973: Die Arbeiterinnen von Pierburg erkämpfen in einem mehrtägigen Streik zahlreiche Verbesserungen. Heute sollen die Belegschaftsvertreter im Betriebsrat für den Erfolg kämpferischer Solidarität bestraft werden.

Schon in früheren Ausgaben des AK (Nr. 43, 44 und 46) mußten wir uns mit den Versuchen der Pierburg-Kapitalisten (Autogartefirma in Neuß) beschäftigen, die Belegschaftsvertreter im Betriebsrat wegen Störung des Betriebsfriedens aus der Fabrik zu drängen.

Die Kollegen Keldis, Braeg, Leipziger und Jünnens sollen nach Aussage eines ehemaligen BR-Kollegen im Sommer des letzten Jahres die spontanen Streiks mitorganisieren – und damit gegen die „Friedenspflicht“ des Betriebsverfassungsgesetzes verstoßen haben.

Rinziger Beleg für diesen Kündigungsgrund war bisher die schriftlich zu Protokoll gegebene Aussage des griechischen Betriebsrats-Attolias, der unter mysteriösen Umständen von der Pierburg-Geschäftsleitung im März dieses Jahres gefeuert – und schließlich mit einer ungewöhnlich hohen „Abfindungssumme“ (25.000 DM) in seine Heimat entlassen wurde.

Vom Neußer Arbeitsgericht fand die Auseinandersetzung ihre Fortsetzung. Die Anwälte der Kapitalisten mußten ohne ihren „Kronzeugen“ auftreten – und sahen sich in der Verlegenheit, für die am 8. April 1974 ausgesprochenen fruchtlosen Kün-

digungen gegen die vier Betriebsräte neues Beweismaterial und neue Zeugen heranzuschaffen.

Zur ersten Verhandlungsrunde vorm Arbeitsgericht am 23. April, brachten die Pierburg-Anwälte zwei Beschäftigte der Firma Rokal in Nettetal mit. „Sie sollten bezeugen, daß Leipziger und Braeg auch bei Rokal zum Streik aufgerufen hätten. Doch sie konnten nur bestätigen, daß beide in Nettetal waren, den um ihre Arbeitsplätze bangenden Rokal-Kollegen die Solidarität der Pierburg-Belegschaft anzurufen.“ („Metall“, 11/74)

Von Streik war nie die Rede. Damit fiel selbst diese völlig abwegige „Beweis“-Führung zur Kündigung der Pierburg (!)-Kollegen in sich zusammen.

Was die Kapitalistenvertreter schließlich in der zweiten Verhandlung, am 18. Mai, vorm Arbeitsgericht zum Besten gaben, war noch einen Tick vertückter: So sollten Solidaritätstelegramme, Briefe und Spenden, die von Gewerkschaften, Studenten usw. an die streikenden Pierburg-Kollegen geschickt worden waren, die Verantwortung der Betriebsräte für die spontanen Aktionen der Belegschaft „beweisen“. Grund: sie hät-

ten die Solidaritätsadressen angenommen und weitergeleitet.

Dieses lächerliche „Argument“ bedarf keines Kommentars!

Auch der Aufmacher der Lohnbuchhaltung, von deren Aussagen sich die Firmenbosse offensichtlich einiges erhofften, erwies sich als Bumerang. Deren Vorwurf: Betriebsrat Peter Leipziger soll gesagt haben: „Jetzt ist die Schonzeit für das Lohnbüro vorbei. Es braucht nur ein Wort von mir und tausend Leute stehen auf den Kopf.“ („Metall“, 11/74)

Die kapitalistischen Vertreter wollten vor Gericht glauben machen, daß das ein Aufruf zum „wilden Streik“ sei. Der Betriebsrat indes hat nichts anderes getan, als auf die katastrophalen Zustände im Lohnbüro bei Pierburg hinzuweisen.

Leipziger erläuterte vor Gericht: „Immer wieder gab es in der Lohnabrechnung – vor allem bei den ausländischen Kollegen – Unregelmäßigkeiten. Ein paar Kollegen beschwerten sich – die meisten konnten sich aber noch nicht einmal beschweren, weil sie das komplizierte Abrechnungssystem nicht durchschauten.“ (lt. „Metall“, 11/74)

„Kompromiß“ in Pierburg?

Die dritte Verhandlung vorm Düsseldorf Arbeitsgericht wird am 7. August stattfinden. Die Kapitalisten werden sich dazu etwas neues einfallen lassen müssen, weil alle bisher ausgebotenen „Zeugen der Anklage“ – die Gekündigten ober und ab – bezeugt haben.

Fierburg hat mittlerweile einen „Einigungs-vorschlag“ unterbreitet, der an Dummheitsgeist wohl kaum zu überbieten ist: Die vier Betriebsräte treten von ihrem Amt zurück und die Unternehmensleitung verspricht dafür, sie weiterhin zu beschäftigen. So hätten sie's gern!

Die vier Kollegen haben diesen Vorschlag natürlich zurückgewiesen – und sie wissen sich in dieser Frage einig mit der großen Mehrheit der Belegschaft bei Pierburg: Alle vier wurden erst vor wenigen Wochen (am 2. Mai 1974) in den neuen Betriebsrat gewählt!

Metal-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Bestellt!

Anzahl

- ☐ 20 / 21 Zum 1. Mai 1973
Die chinesische Kulturrevolution
62 Seiten DM 2,-
- ☐ 22 Schädliche Illusionen über den Kampf der arabischen Völker
Kritik eines griechischen Genossen
Neue antikomunistische Broschüre
37 Seiten DM 2,50
- ☐ 23 Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD“
Selbstkritik Merke KBW
Propaganda der Faschisten
Arbeitsordnung Blohm & Voß
Berufsbildung in Stufen
Zur Westeuropäischen Chile-Konferenz
49 Seiten DM 2,50

Bücher und Broschüren

- ☐ Palästina
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-
Allgemeine Führung
120 Seiten Großformat DM 8,-
- ☐ Die chinesische Kulturrevolution
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rund-
schau“ aus drei Jahren 1966 und 1967
134 Seiten Großformat DM 8,-
- ☐ UNSER WEG Realisationskritik
160 Seiten Buchformat DM 4,50
- ☐ Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen!
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten Buchformat DM 6,-
- ☐ Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der
schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten Buchformat DM 4,50
- ☐ Kampf dem Faschismus
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger
Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten Buchformat DM 5,50

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch
herausgegeben sind:

- ☐ Eine teilt sich in zwei
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
208 Seiten Buchformat DM 6,-
- ☐ Iwan Popow — Als die Nacht verging
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen
Reaktion“, dieser schwersten und finsternen Zeit für das russische Proletariat

die auf die Revolution von 1905 folgen
Teil 1 und Teil 2 je DM 6,-

- ☐ Ernst Thälmann — Über Gewerkschaften
Beiträge zum 10. Plenum des EKKI, Juli 1929 zum Kampf um die revolutionäre
Klasseneinheit und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften.
100 Seiten Buchformat DM 3,-

- ☐ Hermann Flehmke — Schritt halten!
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunisten in der KPD.
100 Seiten Buchformat DM 3,-

Preis zusätzlich Postkosten

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des kommunistischen Bundes

- ☐ für 6 Ausgaben DM 4,80
☐ für 12 Ausgaben DM 9,60
☐ Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6,-
☐ Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,-

DIE INTERNATIONALE Zeitung des kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

- ☐ für 6 Ausgaben DM 4,80
☐ für 12 Ausgaben DM 9,60
☐ Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6,-
☐ Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,-

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

- ☐ für 6 Ausgaben DM 8,-

Anschrift:

(Datum)

(Unterschrift)

Verlage Katalog

Kostenlos

In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Nazi-Folterer in Chile

Das chilenische Militärregime hat für seine Mord- und Terrorherrschaft nicht nur Hilfskräfte des nordamerikanischen Geheimdienstes CIA und der brasilianischen Polizei eingesetzt, sondern in seinem Dienst stehen auch deutsche Mord- und Folterexperten.

• Walter Julius Rauff, während der Nazi-Diktatur einer der engsten Mitarbeiter von Adolf Eichmann, in dieser Funktion wesentlich an der Einrichtung von Gaskammern beteiligt und einer der Hauptverantwortlichen der Massenmorde im Nazi-Konzentrationslager von Minsk (Sowjetunion), ist heute in Chile einer der Folterchefs der politischen Polizei DINA (Direccion de Inteligencia Nacional), („Frankfurter Rundschau“, 29.6.74)

• Christian Ackerknecht, Enkel eines deutschen Einwanderers aus Württemberg, ist Militärbefehlshaber der Bergbauprovinz O'Higgins (wo die Kupfermine El Teniente liegt), Standortkommandant von Rancagua und Kommandeur des Gebirgsinfanterie-Regiments „Lantaro“. Vor vier Jahren absolvierte Ackerknecht noch einen Kursus an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese und bei der 14. Panzerbrigade in Koblenz („Stern“, 13/74).

Das sind nur zwei bekanntgewordene Beispiele. Deutsche Faschisten und deutsche Imperialisten haben den Militärputsch in Chile mit initiiert, haben mit davon profitiert und stehen heute mit in den ersten Reihen der Mord- und Terrorbanden. Gerade in den deutschen „Kolonien“ hat der chilenische Faschismus viele treue Vasallen gefunden: und das ist insofern auch nicht verwunderlich, da es sich bei diesen „deutschstämmigen Chilenen“ zu einem großen Teil um finanztrüchtige Großgrundbesitzer handelt, die seit dem Ende des letzten Jahrhunderts davon leben, daß sie dem chilenischen Volk die Ernährungsquellen geraubt haben. Der „alte deutsche Siedlergeist“ ist dort noch wie vor erhalten, ergänzt heute durch den Einfluß auch

gänzt heute durch den Einfluß auch des westdeutschen Finanzkapitals in Chile. Und auch das chilenische Militär selbst ist heute nach wie vor mit dem „Geist der alten deutschen Wehrmacht“ (so der Faschist Ackerknecht) durchzogen: bereits 1896 übernahm eine preußische Militärmission unter dem General Emil Körner die Ausbildung des chilenischen Offizierskorps.

Erinnern wir uns auch noch einmal an den Brief der westdeutschen Hochzeit-Niederlassung in Chile an die Konzernleitung in Frankfurt, woraus erkennbar wurde, daß der westdeutsche Imperialismus nicht „nur“ vom chilenischen Militärputsch profitiert, sondern offenbar neben dem US-Kapital auch direkt an dessen Vorbereitung beteiligt gewesen ist.

„Der so lange erwartete (!) Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden... Wir sind der Ansicht, daß das Vorgehen des Militärs und der Polizei nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte und daß es sich um eine Aktion handelte, die bis ins letzte Detail vorbereitet war und glänzend ausgeführt wurde... Chile wird in Zukunft ein für Hochster Produkte zunehmend interessanter Markt sein...“

(Dieser Brief ist ausführlicher sitiert in unserer Broschüre: CHILE — vom „friedlichen Übergang“ zur faschistischen Militärdiktatur.)

Die Mitwirkung deutscher Faschisten und deutscher Imperialisten beim Massenmord am chilenischen Volk muß es der westdeutschen Arbeiterklasse zur noch größeren Pflicht machen, den antifaschistischen Widerstand solidarisch und tatkräftig zu unterstützen. Was Clara Zetkin 1923 in bezug auf den internationalen Kampf gegen den italienischen Faschismus sagte, gilt dabei heute ebenso in bezug auf Chile und andere faschistisch regierte Länder:

„Wenn es unsere Pflicht ist, international an die Überwindung des Faschismus in Italien unsere ganze Kraft zu setzen, so dürfen wir dabei nicht vergessen, daß die erfolgreichste Überwindung des Faschismus im Ausland nur Voraussetzung hat, daß wir auch den sich organisierenden Faschismus in unserem eigenen Lande mit aller Macht bekämpfen und gründlich besiegen.“

KB/Gruppe Frankfurt



Ein erschossener Allende-Anhänger wird aus einer Baugrube gezogen

Unser Weg
GEMEINSAM
KRISTEN NLR

Chile: REFORM oder REVOLUTION!

Die Revolutionäre der DGP sagen, daß von den Erfahrungen der letzten beiden Jahre der chilenischen Revolution selbst ist heute nach wie vor mit dem „Geist der alten deutschen Wehrmacht“ (so der Faschist Ackerknecht) durchzogen: bereits 1896 übernahm eine preußische Militärmission unter dem General Emil Körner die Ausbildung des chilenischen Offizierskorps.



KONTAKTADRESSEN

Bremen:
F. Köpcke
205 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60
Katze:
H. Lankau
242 Eutin-Grömmendorf
Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83
Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47
Hamburg:
Postadressen:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschebahn 35
Kiel:
W. D. Schell
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A
Oldenburg:
Th. Piepgas
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße“
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr
Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postlagerkarte
Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüster 68
Wien:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephaner 60
Weitere Vertriebsgruppen:
Symphonien Gruppe
Bremen
Arnold Neugebhorn
28 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof
Bücherstand

Der Kampf der Völker Indochinas geht weiter

Seit Jahrzehnten kämpfen die Völker Vietnams, Kambodschas und Laos gegen den US-Imperialismus für ihre Unabhängigkeit. Die US-Regierung hat weder vor einem systematischen Völkermord zurückgeschreckt noch davor, die Infrastruktur dieser Länder auf Jahre durch Chemikalien, Entlaubungsmittel etc. zu vernichten.

Trotz der riesigen Kriegsmaschinerie und des technologischen Aufwandes ist es dem US-Imperialismus jedoch nicht gelungen, die Völker Indochinas zu unterwerfen. Im Gegenteil – die Volksbefreiungskräfte haben bedeutende Siege errungen.

Kampf mußte weitergehen. Nur offiziell haben die US-Imperialisten ihre Truppen abgezogen. Die Wirklichkeit ist, daß sie ihre militärischen Schwerpunkte verlagert und eine andere Taktik eingeschlagen haben.

- die Kommandozentrale wurde von Saigon nach Bangkok (Thailand) verlegt;
- die US-Soldaten sind jetzt in Guam, Thailand und im Golf von Tonkin stationiert;
- in Japan und auf den Philippinen

abkommen (hieran beteiligen sich auch die westeuropäischen Imperialisten).

Man sieht: Die Abkommen haben für die US-Regierung kaum mehr Wert als ein paar blutige Leinwand. Entscheidend für einen endgültigen Sieg der Völker kann nur ihre eigene Kampfkraft und die internationale Solidarität sein.

Vietnam – Verteidigung des bedrohten Gebietes

In Saigon versucht US-Lakai Thieu, die von den Volksbefreiungskräften zurückgewonnen und die Bevölkerung in dem ihm noch verbliebenen Einflugsgebiet mit faschistischen Methoden zu unterdrücken.

Dagegen kämpft das vietnamesische Volk und die Volksbefreiungsarmee, unter Berufung auf das Pariser Friedensabkommen, das ausdrücklich jede militärische Aktivität verbietet, das Recht auf Selbstbestimmung des Volkes von Südvietnam garantiert und die Durchführung freier und demokratischer Wahlen festlegt.

Ein Interesse, dieses Abkommen zu brechen, hat eindeutig die US-Regierung und ihr Statthalter Thieu. Wie der Teufel das Weihwasser, so fürchtet die Thieu-Chique die Entscheidung des Volkes und damit die politische Konfrontation mit der FNL. Deshalb gibt es für Thieu und den US-Imperialismus nur eine Lösung: den Versuch, die andere Seite militärisch zu vernichten. Seit das Friedensabkommen besteht, wird es von den Thieu-Söldnern und den US-„Beratern“ gebrochen: so morden, fliegen Angriffe gegen befreite Gebiete, kerkern weiterhin politische Gefangene ein, halten EZ's aufrecht, verhindern die Arbeit des „Rates für nationale Versöhnung und Eintracht“ (der laut Abkommen die demokratischen Wahlen durchführen und überwachen soll), „notfalls“ gegen unbekannte Vertreter der sog. dritten Kraft (die bürgerlich-demokratische Opposition gegen Thieu) im Pariser Abkommen haben der FNL und Thieu als dritter Träger einer Friedenslösung festgelegt) liquidiert. (Vergl. dazu in AK 40 den Bericht über das Weibchen der DRV, das über die Verletzungen des Pariser Abkommens durch Thieu und die US-Regierung berichtet).

Für die Volksbefreiungskräfte Südvietnams und die DRV (Nordvietnam) muß deshalb die Verteidigung des Landes weiter die Hauptaufgabe bleiben. Die Wirtschaft des Landes ist vorrangig darauf ausgerichtet, Soldaten mit Waffen und Nahrungsmitteln versorgen zu können; die Industrie bleibt dezentral – d.h. in allen Regionen aufgebauten meist unterirdischen Betrieben, die gewährleisten, daß auch bei Bombardierungen die Produktion weitergeht, bleibe erhalten; die Wiederherstellung von Straßen und Brücken des Versorgungsweges ist wichtig.

Zum anderen ist der Aufbau eines öffentlichen Gesundheits- und Erziehungswesens in den befreiten Gebieten von großer Bedeutung. Diese Fortschritte, dazu die breite Ver-

öffentlichung des Pariser Abkommens in den noch von der Saigoner Verwaltung besetzten Gebieten und das Aufheben des Verbotens Thieu, lassen die Söldnertruppen bröckeln und ziehen immer mehr Menschen auf die Seite der Befreiungsbewegung.

Kambodscha – Volkskräfte auf dem Vormarsch

In Kambodscha versucht die Lon Nol-Chique in Phnom Penh verzweifelt, die US- und andere imperialistische Interessen zu vertreten. Über 9/10 des Landes wird von der Nationalen Einheitsfront beherrscht; die Söldnertruppen von Lon Nol sind schwer angeschlagen und von Korruption zersetzelt – so verschoben die Befehlshaber lieber die Sold-Gelder auf eigene Bankkonten in die Schweiz, anstatt die Soldaten auszuzahlen. Die Rekrutierung neuer „Kämpfer“ wird mit über regelrechten Menschenjägern auf Kinder und Greise betrieben, die als Kanonensfutter direkt an die Front geschickt werden.

Immer größere Teile der Bevölkerung versuchen, in die befreiten Gebiete zu fliehen, um dort die Befreiungsbewegung zu unterstützen, oder sie bekämpfen in der Hauptstadt die Polizeitruppen von Lon Nol. So mußte die Lon Nol-Chique trotz der enormen amerikanischen Unterstützung immer weiter zurückweichen und ihr wackeliger Einfluß erstreckt sich nur noch auf wenige größere Städte. Gleichzeitig mit der militärischen Offensive treibt die Nationale Einheitsfront (Fuek) auch die politische und diplomatische Offensive voran, um die internationale Öffentlichkeit immer wieder auf die Lage in Kambodscha aufmerksam zu machen, und mit dieser Unterstützung den US-Imperialismus den Weg zu einer neuen Intervention und neuen Massakern an der Bevölkerung zu verlegen, und schließlich die Befreiung des gesamten Landes mit möglichst geringen Opfern für die Bevölkerung zu erreichen.

Laos: Koalitionserregung gebildet

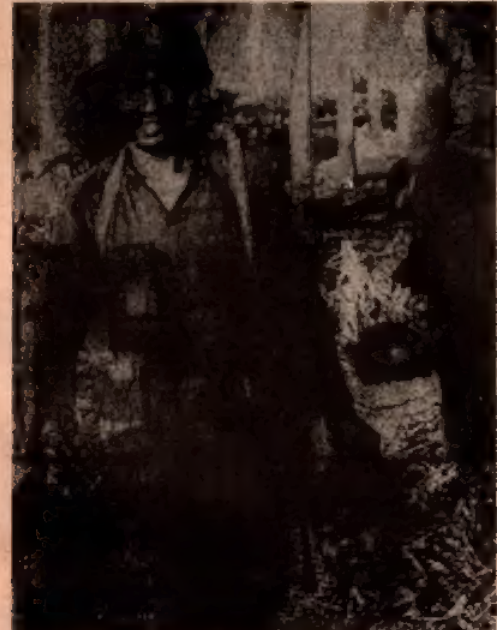
In Laos begannen etwa im April zu den Vietnam-Verhandlungen eben falls Friedensverhandlungen zwischen dem Volksbefreiungskräfte und dem Regime in Vientiane.

Am 21. Februar 1973 kam ein Waffenstillstand zustande. Im August 1973 unternahm die Kräfte der äußersten Reaktion, unterstützt und dirigiert von allem von der thailändischen Regierung und vom CIA, einen Putschversuch, um die Entwicklung zurückzudrehen. Das mißlang.

Am 5. April 1974 kam ein Abkommen über die Bildung einer parlamentarischen Koalition in Vientiane zustande. In Vientiane und Luang Prabang (den größten Städten des bisher noch von der reaktionären Vientiane-Regierung kontrollierten Gebietes) wurden Soldaten der Volkskräfte stationiert. Die ausländischen Truppen und Militär (vor allem die 17.000 thailändischen Söldner) mußten Laos verlassen.

Dieses Abkommen ist das Ergebnis der Tatsache, daß es in den Schlächten und Auseinandersetzungen des vergangenen Jahres den Volksstreikkräften gelang, etwa 80 % des Territoriums von Laos mit etwa 50% der Landesbevölkerung, zu befreien.

Allerdings ist nicht zu vergessen, daß es schon 1957 und 1962 Versuche zu Koalitionserregungen gab, die beiderseits scheiterten, und daß auch diesmal der Kampf in der einen oder anderen Form noch weitergehen wird. Richtig ist aber auch, daß die Volkskräfte die Bildung der Koalitionserregung nicht mit einer Entwaffnung und einer Freigabe der befreiten Gebiete befreit haben, sondern im Gegenteil heute auch in den bisherigen Hauptstädten der reaktionären Vientiane-Regierung militärisch präsent sind. Das revolutionäre Volk von Laos hält also weiterhin die Waffen in der Hand, um die Einhaltung der Abkommen zu kontrollieren.



Phnom Penh stellten sich hinterher sogar noch den Fotografen, damit alle Welt sehen kann, wie vielen gefangenen Gegnern sie die Köpfe abgeschnitten haben. Und trotzdem führt das Volk Kambodschas den Kampf weiter.



Phnom Penh stellten sich hinterher sogar noch den Fotografen, damit alle Welt sehen kann, wie vielen gefangenen Gegnern sie die Köpfe abgeschnitten haben. Und trotzdem führt das Volk Kambodschas den Kampf weiter.

Die US-Regierung mußte für Vietnam bereits im Januar 1973 durch die Unterzeichnung des Pariser Friedensabkommens öffentlich für alle Völker ihre Niederlage eingestehen, für Kambodscha am 15. August 73 und für Laos zehn Tage später. Dennoch – dies war kein endgültiger Sieg für die Völker Indochinas – der

existieren starke Militärbesen, von denen jederzeit erneut Einsätze gegen Indochina gefolgt werden können.

• Saigoner Marionetten der US-Imperialisten werden vollgestopft mit Kriegsmaterial und amerikanischen „Beratern“, die werden unterstützt mit hohen Wirtschafts- und Finanz-

Hausbesitzer terrorisiert ausländische Mieter

Vor ungefähr einem Monat drehte der Hausbesitzer Hechler im Haus Rotlindestraße 4 neben in Mietrecht befindlichen Mietern das Wasser ab. Die Bewohner, alles ausländische Kollegen waren gezwungen, das Wasser mit Eimern von Nachbarn zu holen. Die herbeigeholte Polizei informierte das Amt für Wohnungswesen, das den Wasseranschluß wieder herstellen ließ.

Einen Tag später erschien ein Stoßtrupp des Hausbesitzers, der erneut die Wasserleitung zerstörte. Den Mietern gelang es jedoch, diese notdürftig zu reparieren, sodass jetzt das Wasser sprichwörtlich fließt.

Dieser Willkürakt Hechlers richtete sich ein in ständige Terrormaßnahmen dieses Hausbesitzers gegenüber seinen Mietern, wie er sie nach eigenen Worten „nach alter deutscher Methode“ praktiziert. So unternimmt er mit einer Truppe von 15 mit Karabinern bewaffneten Jugendlichen „Razzien“ in seinen Häusern. Er bittet Türen aufbrechen, Möbel ausräumen und bedroht die Bewohner. Das Hechler für seine Aktionen gut gerüstet ist, wurde nach einer Polizeidurchsuchung klar. Er wurde bei ihm u.a. drei Karabiner, ein Gewehr und ein Elektroschock-Gummiknüppel gefunden. Diesem Waffenarsenal versucht der faschistische Hausbesitzer als Liebhabsammlung zu verhandeln: „Das waren ja alte Waffen, die hatte ich ja schon in der Kiste.“ („FR“, Ostern 74).

seine Terrorakte anführt, bestehen aus rassistischem und antikommunistischem Sud. Nach seiner Ansicht leben



Faschist Hechler, Hausbesitzer und Bauunternehmer, SPD-Stadtschreiber, Justiz und Polizei dachten seinen rassistischen Terror gegen ausländische Arbeiterfamilien, die ausländischen Mieter, wie die Zigeuner, handeln mit Rauschgift, drohen mit Waffen und tragen Tausende von Mark in den Taschen herum. Der verwahrloste Zustand des Hauses ist nach des Hausbesitzers Behauptung ebenfalls allein Schuld der Bewohner und nicht etwa Folge von Überbelegung und Armut. So fordert denn Hechler auch nach altem Nazi-Vor-

bild, die ausländischen Arbeiter und Familien in Lagern zu internieren. Und diese Leute müßten wegen in einer Wohnbaubecke oder sonst was unterbringen, wo die unter Aufsicht stehen.

Die Proteste der Bewohner haben dazu geführt, daß Hechler seine Häuser verkaufen will – hat er als Schankwirt und Baufirmeninhaber doch auch so sein „Auskommen“. Zu diesem Zweck will er die Mieter auf die Straße setzen, denn: „Ich kann doch die nicht einfach los-schicken.“ („FR“, Ostern 74).

Bereits im 16. Verhältnis des CDU-Mitglied Hechler zum Staatsapparat, oder vielmehr des Staatsapparats zu Hechler: Obwohl Ämter und Gerichte seit 1971 Hechler und seine Methoden kennen, schleppen sich die Verfahren hin, und erst seit Anfang des Jahres soll die Anzeige erhoben worden sein. Die Erklärung des Leiters der Antirassistischen Frankfurter, Werner Koch, entlarvt den Klassencharakter der Justiz: „Es gibt die bei vielen Richtern soziologische Barrieren.“ („FR“, Ostern 74).

Jedoch auch ergangene Urteile haben bei solchen Angelegkeiten wie Hechler sehr einmal gar keine Folgen. Obwohl er schon 1972 (!) we-

gen Mietwacher zu Geldbußen und Mietrückzahlungen von insgesamt mehr als DM 100.000 verurteilt wurde, hat er bis heute keinen Pfennig bezahlt. Es ist nicht bekannt, daß die Gerichte irgendwelche Schritte zur Durchsetzung ihrer Urteile gegen diesen Hausbesitzer und Kapitalisten unternommen hätten. Es gibt einen weiteren Hinweis dafür, daß Justiz und Ämter diese Mißstände und den Terror Hechlers offensichtlich decken wollen:

„Denn ich bin ja von höheren Leuten verurteilt worden. Vom Leiter des Polizeibereichs, von Justiz und Polizeipräsidenten, also von höchster Stelle. Und... die sind zu dem Schluß gekommen, daß der Hechler nur ein politisches Opfer

ist, das man ausmerzen will“ – so der Faschist Hechler zu „Frankfurter Rundschau“.

Die SPD-Stadtvordemokratie, die über den „Exzess des Hausbesitzers Hechler“ empört ist, hat einen beifälligen Tip ausgeteilt, wie sich von Spekulanten bedrohte Mieter wehren können: Sie sollen sich vertrauensvoll an das Amt für Wohnungswesen oder an die Polizei wenden. (Ergebnis: siehe oben). Fraktionsvorsitzender Michael warnt gleichzeitig vor Mietstreiks als angeblich untauglichem Mittel. Das ist wahrhaftig konsequente sozialdemokratische Scheuenschlägerei.

Brandstiftende Missetat des Kd/Gruppe Frankfurt



Von Hechlers Terror-Stoßtrupp zerstörte Wasserleitung in einem von Ausländern bewohnten Haus.

Polizei-Überfall in Loxstedt

Am 4. Juli überfielen vier Kriminalbeamte sowie ein halbes Dutzend mit Maschinenpistolen bewaffnete „Schutz“-Polizisten das Haus der Familie Scheele in Loxstedt (Landkreis Weimünde, nahe Bremerhaven). Zur Zeit des Überfalls befand sich Frau Scheele mit ihren sechs Kindern und zweieinhalb Jahre alten Kindern allein im Haus. Bei Annäherung des Polizeiwagens verließ sie das Haus, um nachzusehen, was los sei. Die Bullen befahlen ihr, sofort stehen zu bleiben, und an ihr vorbei stürmten die „Zivilen“ ins Haus, um es zu durchsuchen. Erst auf wiederholte Fragen teilten die Polizisten Frau Scheele den Grund für den Überfall mit: Für Frau Scheele war die Polisationsaktion ein derartiger Schock, daß sie noch am gleichen Abend einen Arzt aufsuchen mußte und noch am nächsten Tag „völlig durcheinander“ war, so Herr Scheele.

Was war der Anlaß zu diesem „Blitz Einsatz von Wesermünder und Cuxhavener Polizeibeamten“, wie die „NZ“ am 6.7. noch schreiben? Am Mittwoch hatte ein Mr. X (den Namen will Kriminaloberkommissar Jürgen Voss als Cuxhaven nicht nennen) der Polizei gemeldet, er habe im Wagen von Herrn Scheele „auf der Fahrt (!) in Richtung Bremerhaven“ „zweifelhafte“ (!) Fritz Teufel (von der Polizei verfolgt anarchistischer Genosse) erkannt. Als einziges Erkennungsmerkmal diene offenbar ein Bart (!), den der Betroffene getragen hat. Diese Meldung, „einer zuverlässigen Quelle“ (so Voss) gemeldet, dann bis zum Donnerstag morgen auf Voss' Schreibtisch herum, der dann – offensichtlich in aller Gemütsruhe (der Überfall erfolgte um 10.15 Uhr) – den Einsatz plante und koordinierte. Als

Aufklärungsergebnis konnten die „mühsigen“ Polizisten ihrem Vorgesetzten dann melden, daß die Scheeles einen dänischen Musiker zu Gast hatten, der bereits am Mittwoch wieder abreist war. Trotzdem ist dem Kriminaloberkommissar Voss „die ganze Sache weiter verdächtig. Die Geschichte (!) mit dem Dänen müßten wir natürlich nachprüfen“ („NZ“ 6.7.). Die Überprüfung soll durch eine übergeordnete Stelle erfolgen, die Voss auch nicht verraten will.

In Loxstedt mußte die Familie Scheele als Objekt einer Polizei-Übung herhalten, bei der die Bullen die „Eroberung“ und Durchsuchung eines Hauses proben. Die Geheimniskrämeri, der berüchtigte Mr. X, der während der Fahrt im Wagen eines anderen „zweifelhafte“ jemanden identifiziert sowie auch der zeitliche Abstand zwischen Eingang der Meldung und Ausführung des Einsatzes (fast 20 Std.), sprechen dafür, daß man hier einen billigen Vorwand zu einer wohl längst fälligen Polizei-Übung gefunden hatte.

Dieser Polizei-Überfall ist einzuordnen in andere, z.T. noch wesentlich brutaler Einsatz vor allem des bereits berüchtigt-beschäftigten MEK. Zweck der „Übung“ in Loxstedt war offenbar, auch die „normalen“ Polizisten im händischen Gebiet herauf einzubringen.

Herr Scheele will gegen die Polizeikräfte gerichtlich vorgehen, indem er auf Schadenersatz und Schmerzensgeld sowie Amtsanwaltschaft klagt. Er bleibt abzuwarten, was dabei herauskommt, vor allem da bekanntlich eine Kräfte (bürgerliche Justiz) der anderen (Polizei) kein Auge aushackt.

Zwei Genossen aus dem Landkreis Weimünde

Bei der Beerdigung eines erschlagenen Arbeiters:



Brutaler Polizeiterror gegen Trauerzug

Wie in AK 46 berichtet, starb am 18. Juni in der Essener Universitätshölle der 45-jährige Arbeiter Günther Rothke, Sympathisant der KPD/ML. An den Folgen von Verletzungen, die er am 5. Juni während eines Polizeieinsatzes erlitten hatte, starb er an einem Arbeiterschmerzprozess als Zuschauer teilnahm.

Am 24. Juni wurde Genosse Rothke in Duisburg beerdigt. Einige Tausend Mitglieder und Sympathisanten der „KPD/ML“ und „KPD“ aus allen Teilen der Bundesrepublik waren gekommen, um ihm die letzte Ehre zu erweisen.

Selbst in Chile hatte die faschistische Junta es nicht gewagt, die Trauerkundgebung für den Dichter Pablo Neruda zu stören. In Duisburg aber verbietet die Polizei den Trauerzug und ging brutal gegen diesen vor. Zahlreiche Genossen wurden zusammen geschlagen, mindestens 56 (nach Angaben der „Bild“ vom 26.6.) verletzt. Schon auf der Autobahn waren von der Polizei am Vormittag Busse der „KPD/ML“ und verschiedenen Ständen gestoppt und „durchsucht“. Fahnen und Propagandamaterial „beschlagnahmt“ worden.

Eine Veranstaltung, die die „KPD/ML“ am Abend in der Mercator-Halle durchführen wollte, wurde ebenfalls verboten, und die Halle wurde von einem großen Polizeiaufgebot abgesperrt.

In der bürgerlichen Presse wurden die Vorgänge auf den Kopf gestellt. So war in der „Bild“ vom 26.6. als

Überschrift zu lesen „Die Kommunisten kamen mit Knäpeln, Rohren und Messern“ und „Mit Schutzhelm und Schildern mußten sich die Polizisten vor den Kommunisten in Duisburg schützen“. Von „300 Latzen und Besenstielen“, die „sicher gestellt“ wurden, ist da die Rede (es geht dabei um Fahnenstangen), und offenbar als Gipfel „kommunistischer Heimtücke“ „Die Kommunisten hatten sich auf den Straßenkampf (!) speziell dadurch vorbereitet, daß sie einen Samstagswagen hatten.“

Hier wiederholt sich das Zusammenspiel zwischen Polizei und bürgerlicher Presse, wie es auch in Hamburg bei der Ermordung des türkischen Arbeiter Naci Danis im Mai (vgl. AK 45) deutlich wurde. Es wurde gelogen, vertuscht, verdreht und gehetzt.

Wie die „KPD/ML“ berichtet, wurden außerdem nach dem Tod des Genossen Rothke in Augsburg Selbst (vgl. AK 45) deutlich wurde. Es wurde gelogen, vertuscht, verdreht und gehetzt.

Frankfurt:

Uni-Verwaltung will Büchertische in der Mensa verbieten

Die Frankfurter Universitätsverwaltung will die Büchertische in der Mensa verbieten. Der Geschäftsführer des Studentenwerks, Kath, hat dazu wechselläufig die üblichen Begründungen abgegeben:

- Studenten hätten sich wegen Behinderung und Raumnot beschwert;
- die Büchertische seien feuerpolizeilich nicht zulässig (nachdem das offenbar 5 Jahre lang, so lange gibt es die Büchertische dort, „nicht aufgefallen“ ist!);

Es ist klar, daß es hier um etwas anderes geht: Die Büchertische werden von linken Gruppen und Büchler gemacht, und dort können die Studenten anders als in den „normalen“ Büchergeschäften sozialistische Zeitungen und Literatur kaufen. Das drohende Büchertisch-Verbot ist nach der Praktizierung eines generellen Demonstrationsverbots und nach der Aberkennung des politischen Mandats für den linken ASIA (siehe zu beiden den letzten AK) ein weiterer Schritt auf dem Weg der Illegalisierung der linken Organisationen.

Jetzt helfen nur noch Prügel!

Am Samstag, den 1. Juni fand in Lößenscheid eine faschistische Demonstration statt. Aufgerufen dazu hatten am selben Vormittag die „Jungen Nationaldemokraten“, Jugendorganisation der NPD, deren Anhänger aus den umliegenden Orten (Wuppertal, Köln, Iserlohn) herangeschleppt wurden.

Begründung ihres Auftretens war die ihrer Ansicht nach „inflationfördernde Politik der Gewerkschaften“.

Daß sie um 14.00 Uhr eine Demonstration planten, wurde erst zwei Stunden vorher bekannt. Sofort bildete sich eine spontane Aktionsgemeinschaft gegen die faschistische Provokation zwischen einigen SDAJlern, Mitgliedern des Dachverbandes der Jugendzentren im Kreis Lößenscheid, einigen Gewerkschaften und Genossen der Kommunistischen Gruppe Lößenscheid.

Es wurden Flugblätter und improvisierte Plakate hergestellt, die zu einer Gegendemonstration aufriefen.

Interessant an dieser Aktionseinheit war das Verhalten des anderen Teils der SDJA, der den Kampf mehr oder weniger offen sabotierte. Die Mitglieder weigerten sich, ihr Auto zur Verfügung zu stellen, um rote Fahnen von einem etwas weiter entfernten Ort zu holen. Sie mußten zu einer „Fete“ in Recklinghausen und seien sowieso schon zu spät.

Wir bekamen wegen der kurzen Zeitpanne nur noch etwa 30 Kollegen und Genossen zusammen.

Die Anzahl des faschistischen Mobs betrug ca. 80–120 Personen. Die Bullen hatten 25 Mann dabei. Auf der Demonstration kam es zu folgendem Zwischenfall: Ein Genosse mit einem Megaphon wurde in den Block der Faschisten gerufen und man versuchte, ihn zu verprügeln. Das Megaphon wurde ihm geklaut. Der Genosse wurde durch die Bullen verhaftet. Mit ihm zwei weitere Genossen, die ihn herzuholen bzw. das Megaphon retten wollten. Den dreien wurde später beim Verhör durch die politische Polizei eröffnet, daß sie organisiert in eine „genehmigte friedliche Demonstration“ eingedrungen seien und Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet hätten. Die faschistische Demonstration endete mit einer Kundgebung, wo sie dann noch mit Pfiffen und Eiern bedacht wurde.

Danach führten wir noch ein Pfingsttreffen auf dem Grundstück eines NPD-Ratsheim durch und gedachten durch eine Kranzniederlegung, die hermetisch von der Polizei abgesperrt wurde, irgendeinem ihrer Vorgesetzten.

Die erreichte spontane Aktionsgemeinschaft wollen wir weiter fortführen, denn nur die Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen kann die Faschisten zum Tode führen.

Zur Zeit machen wir Informationsstände, wo wir zur Solidarität mit den angeklagten Genossen aufrufen.

Genossen aus Lößenscheid

In München und Erlangen wurden bereits Büchertische gewaltsam geräumt. In Marburg hat der Universitätspräsident Zingl ebenfalls versucht, die Büchertische zu verbieten, die Büchertische zu verbieten,

und auch in der Frankfurter Uniklinik wurde bereits ein Vorstoß unternommen, den Verkauf kommunistischer Zeitungen zu verbieten.

Die Organisationen und Büchler in Frankfurt, die diese Bücher tische machen, wollen gemeinsam diskutieren, wie der Kampf gegen das drohende Verbot nach Ende der Semesterferien im Oktober organisiert werden muß.

KB/Gruppe Frankfurt

Hamburg:

„Verfassungsschutz“ wollte Spitzel anwerben

Am 15. Mai wurde ein Student des Fachbereichs Sozialpädagogik (FHS) von einem Spitzel-Werber des „Verfassungsschutzes“ (VS) angesprochen. Da es der zweite bekanntgewordene derartige Fall allein in diesem Fachbereich.

Der Spitzel-Werber trat als biederer Sozialdemokrat auf, der auch mit manchem zuzufrieden sei usw. Mit dieser Masche sollen offenbar politisch unsichere Menschen für die „Zusammenarbeit“ mit dem VS gewonnen werden. Im Hintergrund wird mit dem Druck gearbeitet, daß der VS irgendwelche „Informationen“ über den Betreffenden vorliegen hat, sich über dessen Tätigkeit (z.B. beruflich) informiert zeigt usw. Mit am Anfang recht bequemen und nicht allzu schmutzigen Aufgaben (z.B. systematisches Sammeln von Flugblättern für den VS) soll das „Opfer“ tiefer in die Netze des VS gezogen werden.

Hier einige Auszüge aus dem FSR-Info des „Fachbereichs Sozialpädagogik“ vom 4.6.74, in dem der angesprochene Student, der das Spiel zunächst zum Schein mitspielte, über das Vorgehen des Spitzel-Werbers berichtet: „C. erklärte mir, warum es für den Verfassungsschutz so wichtig sei, gerade über unseren Bereich Informationen zu bekommen und zwar, weil wir es später mit einem Teil der Bevölkerung zu tun hätten, der für die Propaganda der Kommunisten besonders empfänglich sei. Das gelte auch für den Erziehungsbereich. Aber nicht nur dieser Teil der Bevölkerung, sondern eben auch die Studenten seien anfällig für diese Ideologien.“

Meine Aufgaben: Der Verfassungsschutz suche ständig „geheim Mitarbeiter“, die, versehen mit Code und

Wiel

Decknamen, finanziell tatkräftig selbstverständlich ohne Lohnsteuerkarte (je nach Wert der Information und der Arbeit, die für mich damit verbunden wäre) so bei 400, DM unterstützt würden (Und später noch einmal. Der Betrag könne sich auch verdoppeln, je nach dem Wert der Informationen, die man liefere.)

Ich sollte nun dem Verfassungsschutz Namen von politisch aktiven Studenten nennen. Außerdem, wie das Kräfteverhältnis dort sei. Wie ist es mit dem MSB, der KPD/ML, den Roten Garden, der KPD, der SSJ und dem SHB ...

Ferner müßte ich alle Flugblätter sammeln. Ich entgegnete, daß mir als Außenstehendem „auch nur Dinge zugänglich seien, an die er genauso gut herankäme. Man müsse doch wohl dann in eine der Organisationen (die er der „Neuen Linken“ zurechnete) eintriften. Wir waren uns einig, daß das sehr vernünftig sei und waren uns auch darüber im Klaren, daß ich dann zum Beispiel Flugblätter verteilen müsse. Auch Veranstaltungen seien für den Verfassungsschutz wichtig. Ich bräuhete natürlich nicht alles mitzuteilographieren, es genüge, was ich ein Gedächtnisprotokoll machen würde. Ansonsten hätte man auch die technischen Mittel, um eine Vermahlung mitschneiden. Sonst könnten wir uns auch jeweils im Anschluß an eine solche Vermahlung treffen, oder er könne mir auch ein Tonband zur Verfügung stellen ...“

Übrigens, der Spitzel-Werber stellte sich mit dem Namen Carsten vor und fuhr einen grünen Audi 80 mit Kennzeichen HH-RO-153.

Nach einem Bericht des SSB an der FHS-Sozialpädagogik

Kiel Studenten demonstrieren gegen Abbau politischer Rechte

Wie in AK 46 (S.32) berichtet, sind für die Universitäten Schleswig-Holsteins sogenannte „Gebäude-Nutzungs-Richtlinien“ erlassen worden.

- Es geht dabei darum, daß Flugblätter, Wandzeitungen usw., die in der Uni verbreitet werden, einer Zensur durch die Uni-Leitung unterliegen sollen.
- Politische Veranstaltungen in der Uni „genehmigt“ werden müssen, und diese „Genehmigung“ nicht erteilt wird, „wenn zu erwarten ist, daß Ziel, Inhalt oder Form der Veranstaltung im Widerspruch zum freiheitlichen Grundgedanken stehen.“
- Büchertische und Informationsstände in der Uni nur noch zu „Wohltätigkeitszwecken“ gestattet, sonst aber generell verboten sind.

Dagegen fand am 27. Juni in Kiel auf Beschluß der Landes-Akten-Konferenz eine Demonstration von Studenten Schleswig-Holsteins statt. An der Demonstration beteiligten sich etwa 900 Studenten.

Die Demonstration, die maßgeblich vom Kieler ASIA (in dem der KBV vor allem das Sagen hat) organisiert und politisch ausgerichtet wurde, hatte allerdings nur einen unharmlosen Charakter. So wurde in den Parolen und auf den Transparenten keine Verbindung zum Abbau der demokratischen Rechte in den anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und zur Arbeiterklasse hergestellt. Zentrale Parole war demnach auch: „Für freie politische Betätigung an der Hochschule“.

Hierbei handelt es sich nun nicht um einen Ausrutscher, sondern um ein Prinzip der KBV-Politik, nämlich die völlige Idiotie der Aufstellung der Volkskämpfe auf den Aktionsinhalts-Gesprächen halten auch die KBV-Vertreter auch ausdrücklich u.a. gegen die Parole „Für freie politische Betätigung in Betrieb und Hochschule“ ausgesprochen – mit der be merkwürdigen Begründung, daß man

che Studenten des vielleicht noch nicht verstanden werden.

Übrigens gründet sich diese Politik wohl direkt auf eine „Theorie“ von Schimrer (KBV-Führer) in die KUK 2/74, wo er in seiner bekannten apokalyptischen Manier nunmehr „nachweist“, daß es sich bei der Forderung nach freier politischer Betätigung im Betrieb gar nicht um eine „demokratische Forderung“ (im Sinne des KBV), sondern „nur“ um eine „Forderung nach Arbeiterrechten“ handelt, die daher z.B. mit Forderungen der Studenten nicht in eins zu setzen (Unwohlgeäußert (des KBV) sei, daß also die politischen Forderungen der Arbeiterklasse „nichts unmittelbar mit dem Kampf der Studenten zu tun“ hätten. Gelte dieser Linie im der KBV n.B. auch nicht bereit, den Kampf gegen die Berufsverbote gegen fortgeschrittene Intellektuelle zu verbieten, mit einem Kampf gegen politische Entlassungen in den Betrieben, weil diese Dinge angeblich gar nichts miteinander zu tun hätten.

Der KBV hatte an die Kieler Studenten Demonstration eine Solidaritätsadresse geschickt (abgedruckt in AK 46). Die Verlesung dieser Erklärung wurde aus aber nicht erlaubt, weil insgesamt „keine Beiträge anderer politischer Organisationen (wo nur eigentlich nicht!) vorgetragen werden sollten, sondern nur Vertreter der Aktionsgemeinschaft sprechen sollten.“

Auch hier wieder „Trick 17“ des KBV: andere politische Organisationen kommen nicht zu Wort, wohl aber der KBV im Kaskaden der „Aktions-einheit“.

Beiträge zur Sache wurden also nicht zugelassen. Als aber die Kundgebung beendet war, konnte man aus dem Lautsprecher eine Aufforderung zu einer Kundgebung gegen die Preisbildung für Strome (Gas, Wasser) und Erhöhung der Verrechnungsstellen natürlich der KBV.

KB/Gruppe Kiel und AK-Redaktion

CHILE – SOLIDARITÄT

Verschiedene westdeutsche Chile-Komitees verschieben Anfang Juli einen Aufruf zu einer nationalen Chile-Demonstration am 14. September in Frankfurt (vgl. den nebenstehenden Abdruck). Der KOMMUNISTISCHE BUND wandte sich daraufhin mit folgendem „Offenen Brief“ an die westdeutsche Linke:

Genossen,
In der letzten Woche wurde ein Aufruf zu einer nationalen Chile-Demonstration am 14. September in Frankfurt verschickt, der von einer Reihe westdeutscher Chile-Komitees unterschrieben ist.

Wir begrüßen grundsätzlich diese Initiative, zum Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile politische Aktionen zu organisieren. Wir halten aber die Vorgehensweise der Genossen für falsch und in der Konsequenz für spaltend. Statt einen Aktionsvorschlag in der Linken zur Diskussion zu stellen, wird auch der Versuch „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ machend versucht, die anderen Gruppen und Organisationen ein bestimmtes Vorgehen und eine bestimmte politische Linie aufzuzwingen. Wir lehnen solche Praktiken als schädlich für die Sache der Aktionseinheit ab.

Wir geben außerdem zu bedenken, daß nach aller Erfahrung eine zentrale Demonstration nicht das geeignetste Kampfmittel ist, um einen möglichst massenhaften und wirkungsvollen Protest zu organisieren. Wir schlagen auch stattdessen vor, am Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile, also am 11. September, Demonstrationen in allen größeren Städten der Bundesrepublik auf möglichst breiter Basis zu organisieren. Wir erreichen dadurch zum einen eine wesentlich breitere Mobilisierung, gerade auch unter den nichtorganisierten Werktätigen. Wir erreichen dadurch zweitens eine wesentlich breitere politische Wirkung, wenn in möglichst vielen Städten der BRD demonstriert wird, statt nur einer Demonstration in nur einer Stadt.

Wir schlagen Euch vor, zu diesem Konzept Stellung zu nehmen und

Sure eigenen Vorstellungen darzulegen, damit ein möglichst geschlossenes und breites Vorgehen diskutiert werden kann.

Wir möchten noch etwas zum politischen Inhalt des Aufrufs der Chile-Komitees sagen.

Ihr wißt, welche Rolle die chilenische Christdemokratie für die Vorbereitung des faschistischen Putsches gespielt hat und kennt die entsprechende Rolle der Christdemokratie in der BRD und Italien. In Italien hat die revisionistische „KP“ versucht, die Demagogen der Christdemokratie in die Chile-Solidarität einzuschleusen. Die revolutionäre Linke hat diesen Versuch mit der u. E. völlig korrekten Parole beantwortet: „Uniti n. ma contro la DC“ (einig ja, aber gegen die Christdemokratie!).

Die Genossen der unterschreibenden Chile-Komitees wenden sich aber sogar an „11 e Partien“ und politische Organisationen mit ihrem Aufruf. Das heißt doch, wenn man es ernst nimmt (und warum sollten wir die Genossen nicht ernst nehmen?): nicht nur an die CDU/CSU, sondern sogar an die NPD etc.

Wir sehen in der Formulierung „11 e Partien“ etc. keinen Pflichtigkeitsfehler, sondern den Ausdruck einer falschen Konzeption der Chile-Solidarität. Es entspricht u. E. gerade dieser Konzeption, daß im Aufruf darauf verzichtet wird, eine deutliche Beziehung zur innerpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik zu setzen (Abbau demokratischer Rechte, Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats usw.), daß kein Wort fällt über die grundsätzliche konterrevolutionäre Rolle des Imperialismus (und daher die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution, was doch

eine zentrale Lehre der chilenischen Ereignisse ist!) daß darauf verzichtet wird, die Perspektive des Kampfes in Chile aufzuzeigen – nämlich nicht bloß „Morder mit der Junta“ (und was dann?), sondern Kampf für den Sozialismus.

Die Genossen haben auf ihre Aussagen zu diesen Punkten offenbar deshalb verzichtet, um angelegentlich Bundesgenossen nicht zu verschrecken, die ohnehin nicht zu Chile-Solidarität gehören. Wir halten das für ein falsches Vorgehen von Ahnheitshehlerei.

Wenn weiterhin im Aufruf erwähnt wird, wie Proletariat in anderen Ländern – nämlich auf der Grundlage von entschiedenen Klassenkämpfen als in der BRD! – ihre Solidarität mit Chile zum Ausdruck bringen, so ist das nicht nützlich. Für bedeutendlicher wäre aber der Aufruf an die Gewerkschaftsmitglieder (der BRD) solche Aktionen zu diskutieren und ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.

Da dies an der Klassenwirklichkeit und Kampfsituation in der BRD völlig vorbeigehet, bleibt es ein bloßer moralischer Appell, der natürlich ungehört verhallen wird.

Statt dererger hilfloser Appelle an die Massen sollte u. E. die Aufgabe der Linken herausgestellt werden, durch systematische, geduldige Arbeit dazu beizutragen, auch in unserem Land die Grundlagen für einen massenhaften, kämpferischen proletarischen Internationalismus zu schaffen.

Wir sind der Meinung, daß die hier angesprochenen politischen Mängel in einer gemeinsamen Aktion zum 11. September vermieden werden sollten, und daß es gerade darauf ankommt, diesen Kampftag nicht nur als Tag einer perspektivlosen „Solidarität mit Chile“ zu „begleichen“, sondern die Solidarität zu verbinden mit der Propagierung der politischen Lehren der chilenischen Ereignisse für den Kampf des Proletariats um seine gesellschaftliche Befreiung.

Mit solidarischen Grüßen
LG des Kommunistischen Bundes
Hamburg, 19.7.74

AUFRUF 1 JAHR MILITÄRRÉGIERUNG IN CHILE

Am 11. September 1973 stürzte die chilenische Militärschule die CIA im ersten blutigen Putsch die Regierung der Unidad Popular. Während dieser Regierung hatte eine starke revolutionäre Entwicklung eingesetzt. Die Arbeiter besetzten die Fabriken. Sie organisierten die Produktion und die Verteilung der Waren selbst, indem sie begannen sich ihre eigenen Machtorgane zu schaffen. Die armen Landbesitzer versuchten das Land gemeinsam unter eigener Planung zu bebauen. Gegen diese Bewegung, die den Aufbau des Sozialismus vorantreiben wollte, richtete sich der Putsch der Junta.

Heute leben aufgrund der wirtschaftlichen Maßnahmen der Junta wie zur Zeit der besetzten Betriebe in die alten Besitzer, Prestidivoren und Lohnspekanten Arbeiter und Bauern unter dem Existenzminimum. Um das allseitige Ausbeuten abzuwehren ist die Junta gezwungen, die Arbeiterklasse in völliger Rechtslosigkeit zu halten.

Mit grausamsten Methoden werden Arbeiter, Bauern, Angestellte und Intellektuelle mit Hilfe amerikanischer und brasilianischer Experten sowie ehemaligen SO-Offiziere, angegriffen, verfolgt, gefoltert und ermordet, wobei durch den Aufbau eines Repressionsapparats seit Anfang 74 die Unterdrückung gesteigert wurde.

Die von der Junta unternommenen Maßnahmen sind jedoch nicht bereit, sich diesem politischen und sozialen Joch zu unterwerfen. Inzwischen sind in Chile im Untergrund Widerstandskräfte entstanden, die versuchen, den Widerstand zu organisieren. Versteckte Streiks und Flugblätteraktionen, Boykottmaßnahmen in der Produktion und die Zerstörung von militärischen Objekten sind die ersten Anzeichen der Widerstandsbewegung.

Die Militärdiktatur ist die Unterdrückung in Chile aus, um die Bedingungen für Investitionen insbesondere des ausländischen Kapitals zu schaffen. Aus diesem Grund haben z. B. die Farbwerke Hoechst den Putsch des Militärs nachdrücklich begrüßt. Die BRD Regierung hat schon während der Regierung der Unidad Popular die Interessen deutscher Konzerne vertreten. Sie nimmt auch jetzt eine doppelte Haltung ein, indem sie einerseits den Putsch gelegentlich moralisch verurteilt, andererseits ständig alles tut, um die Junta finanziell zu unterstützen. Der Sturz der Junta wird dadurch erschwert, daß es gelingt, die Unterstützung durch die BRD-

Regierung und die westdeutschen Kapitalisten abzubauen.
– Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile!
– Keine Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung und das westdeutsche Kapital!
– Für die freie politische Betätigung der chilenischen Arbeiter und Bauern!
– Für die unangenehmsten Aufnahme aller Flüchtlinge in die BRD!
– Freie politische Betätigung für alle chilenischen Flüchtlinge in der BRD!
Nieder mit der Militärdiktatur!
Solidarität mit dem chilenischen nationalen Widerstand!!!!

Für den Erfolg des Widerstandes ist es von großer Bedeutung, inwieweit es gelingt, die Antisozialistische politische und diplomatische zu isolieren und den entstehenden chilenischen Widerstand international durch eine breite Solidaritätsbewegung zu unterstützen. Vor diesen Hintergrund stellt sich in der Bundesrepublik die Aufgabe, gerade im Hinblick auf den 11. September alle unsere Kräfte zusammenzuführen und unsere Solidarität mit dem chilenischen Widerstand nachdrücklich zum Ausdruck zu bringen.

In England, Italien, Holland (siehe Stundt) der Lohn für Chile Boykott militärischer Produktion) haben Arbeiter beispielhaft gezeigt, wie man den chilenischen Widerstand aktiv unterstützt. Wir rufen die Gewerkschaften auf, auf solche Aktionen zu diskutieren und ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.

Die unterschreibenden westdeutschen Chile-Komitees rufen deshalb zur Durchführung einer Chile Woche vor dem 11. September auf, an deren Ende als Höhepunkt eine NATIONALE DEMONSTRATION stattfinden soll. Die Chile Komitees fordern alle Parteien und politischen Organisationen, Gewerkschaften, kirchliche Verbände und humanitäre Organisationen auf, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um am 14.9.74 eine einheitliche Demonstration durchzuführen.

CHILE-KOMITEE
Aachen, Bochum, Bremen, Düsseldorf, Esslingen, Freiburg, Göttingen, Hamburg, Heidelberg, Kiel, Köln, Frankfurt, Saarbrücken, Stuttgart, West-Berlin, Wolfsburg.
Info Zentrum Göttingen
KELA Frankfurt

Auf dem „Parteitag der KPD“ DKP-METHODEN



„Glänzend informiert“

Am 29. Juni führte die „KPD“ angeblich ihren „Parteitag“ eine Großveranstaltung in der Kölner Sporthalle durch, zu der ca. 4000 Mitglieder und Sympathisanten aus dem ganzen Bundesgebiet und Westfalen herangeführt worden waren. Der Saalveranstaltung voraus ging eine Demonstration durch die Linke.

Wir führen mit mehreren KB-Genossen hin, insbesondere auch, um Demonstration und Saalveranstaltung für den Verkauf des ARBEITERKAMPF und von UNSER WEG 23 („Zusammenschluß und Auseinandersetzung mit der KPD“) und der Sondernummer „Aktionseinheit oder Parteiführerpolitik?“ zu nutzen. Das erschien uns vor allem erforderlich,

weil die KPD-Führer trotz punktueller Zusammenarbeit mit dem KB in praktischen Fragen – weiterhin unsere Positionen entweder oberflächlich abtun oder gar verzerren. Darin besteht das Problem, daß eine Verbreitung unserer Materialien an den Orten, wo der KB noch nicht kontinuierlich arbeitet, systematisch unterdrückt wird. So weigern sich gerade auch an der „KPD“-orientierten Buchbuden unter den Ladenschneidern den Vorständen, KB-Publikationen zum Verkauf anzubieten.

Durch unseren Verkaufsmann wollte interviewten Genossen und Sympathisanten Gelegenheit gegeben werden, sich über unsere Positionen in grundlegenden Fragen des Klassenkampfes ein Bild zu machen

und sich über die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten zu informieren.

Allerdings mußten wir während der Demonstration feststellen, daß dank der vorabgeführten Gehirnwäsche in der „KPD“ nicht gerade ein überwältigendes Interesse an der politischen-ideologischen Auseinandersetzung festzustellen war. Vielmehr war von „KPD“-Mitgliedern und Sympathisanten zu hören, man sei über den KB schon hinreichend informiert durch die „Rote Fahne“ (!) und durch entsprechende interne Papiere (! – offensichtlich werden solche Papiere also nicht nur in Hamburg verbreitet!). Auf dieser Grundlage waren etwa so ideologische „Meinungen“ zu hören, daß der KB keine gewerkschaftsoppositionelle Arbeit mache, daß er überhaupt keine Praxis in den Betrieben mache usw.

Im Foyer der Sporthalle konnten allerdings etliche Exemplare von UNSER WEG verkauft werden. Daraufhin marschierten mehrere „KPD“-Ordner auf, um uns den Verkauf zu verbieten!

„Begründet“ wurde dieses Maßnahme mit einem entsprechenden Beschluß der „Parteileitung“, der generell den Verkauf fremder Materialien im Foyer untersagte. Auf unseren Einwand, daß ein solches Verfahren beim KB absolut unüblich und uns bislang nur von den DKP-Revisoren bekannt sei, führten sie wahre Eierhäute auf „Normaleweise“ hätten andere Organisationen Gelegenheit, auf „KPD“-Veranstaltungen ihre Materialien anzubieten, aber nicht auf dem „Parteitag“ (auch wenn es sich hier um eine öffentliche Abschlussveranstaltung handelte). Der „Parteitag“ sollte ein einheitliches Bild (!) abgeben und „geschlossen“ (!) sein, die Propaganda anderer Organisationen stünde nur „Verwirrung“ und „Unruhe“ unter den Genossen.

Außerdem führte man penetrant lokalbornierte Argumente an, der KB arbeite ja nicht am Ort, von daher sei eine Auseinandersetzung mit ihm nicht so bedeutend. Als wir uns – trotz dieser Flurformaler „Begründungen“ – weigerten, den Verkauf einzustellen, ordnete die Sporthalle zu verlassen, sondern stattdessen die im Umkreis stehenden Sympathisanten der „KPD“ in die Auseinandersetzung miteinzubringen, versuchte man uns mit faulen Tricks und mehr oder weniger unflätiger Gewalt am Verkauf zu hindern. Eine Genossin wurde teilweise von vier (!) kräftigen Ordnungshütern eingekerkert und zum Ausgang abgedrängt, drei mal wurden ihr gewalttätig mehrere Exemplare des ARBEITERKAMPF

„KPD“: Ganz neue Erkenntnisse

Aus einem Leserbrief

Habt Ihr übrigens gelesen, daß die „Rote Fahne“ (der „KPD“ – Ann. AK) in ihrem Bericht über den Parteitag schreibt: „Die Beratungen des Parteitag führten zu dem Beschluß, daß unsere Partei daran festhalten (!) wird, die Möglichkeit einer erneuten (!) sozialistischen Diktatur als reale Gefahr aufzuzeigen.“ („Rote Fahne“ Nr. 26)

Nicht nur, daß die „KPD“ also die faschistische Gefahr in erster Linie (oder ausschließlich!) im „Sozialfaschismus“ sieht, sondern jetzt haben sie wohl auch noch eine sozialfaschistische Diktatur erfunden, die es anscheinend früher schon mal gegeben haben muß („erneute Diktatur“). Ist das nicht sehr phantasmagisch?

Ich glaube kaum, daß das ein Druckfehler oder dergleichen sein kann, weil der ganze folgende Absatz denselben Inhalt widerspiegelt, daß nämlich „neben den Formen faschistischer Militärdiktatur“ (Chile, Griechenland usw.) auch „die Form der Klassendiktatur des Monopolkapitals“ entwickelt (!). „Die Terror ausübt unter dem Deckmantel der reinen Demokratie und der sozialen Phase“.

Dies ist doch an sich – wenn ich Lenin da nicht falsch interpretiere – keine besondere neue Entwicklung, sondern der Inhalt auch der bürgerlichen Demokratie ist ja Bourgeoisiediktatur. Allerdings ist „unter dem Deckmantel der reinen Demokratie“ eine Politik des offenen Terrors nur bis zu einer bestimmten Grenze möglich, nämlich die bürgerliche Ideologie des Demokratismus, des sozialen Staates usw. In so klarem Widerspruch zur Praxis kommt, daß die Massen auf

dieser Ideologie nicht mehr gehalten werden können.

Zwischen dem Terror unter der Hülle bürgerlicher „Demokratie“ und faschistischer „Militärdiktatur“ ist bekanntlich ein erheblicher qualitativer Unterschied. Die „Rote Fahne“ liegt daher schief, wenn sie schreibt, daß sich die „neben“ der faschistischen Diktatur entwickelnde bürgerliche Diktatur, vor der faschistischen Diktatur, auf dem Weg dorthin.

Dies „Neben“ erreicht aber den Eindruck, als handle es sich um Alternativen gleicher Qualität im einen Land macht die Bourgeoisie es mit „Militärdiktatur“, im anderen dagegen mit der Ideologie der „reinen Demokratie“ usw. Das ist eben falsch.

Nebenbei gesagt müßte sich aus diesen Ausführungen der „KPD“ doch eigentlich die Konsequenz ergeben, den Charakter der bürgerlichen Politik hier als Faschisierung anzuerkennen (wo sie es doch schon „neben“ die offene faschistische Diktatur stellen!).

Habt Ihr übrigens gemerkt, wie geschickt die Leute von der „Rote Fahne“ sind? Die Partei wird „daran festhalten“, die Möglichkeit einer (sozial-)faschistischen Diktatur aufzuzeigen. Die ganze Fehler, die die „KPD“ beim Kampf, bzw. Versuche darauf, gegen die faschistische Gefahr bisher gemacht hat, sind damit wohl von Tisch. Man braucht anscheinend nur an der alten Politik festzuhalten, denn man hat es ja schon immer richtig gemacht. Wenn das jetzt wenigstens gleichgültig Folgen hat, wäre aber sicher schon einiges erreicht.

Ein Leser des AK und der „Roten

und UNSER WEG entziehen (Gegen Ende der Veranstaltung konnte ein Teil der entwendeten Materialien zurückgeholt werden!).

Die umstehenden Sympathisanten reagierten darauf sehr unterschiedlich, einige billigten das Vorgehen der Ordner, andere aber waren ausgesprochen wütend und protestierten gegen die ihnen auferlegte Zensur. Ein Genosse beispielsweise warnte davor, zu Praktiken abzugeben, wie sie die SDAJ auf dem Bundeskongress am dem Tag gelegt hatte. Schließlich brachen sogar Meinungsverschiedenheiten unter den Ordner selbst auf. So ließ es zunächst der „KB Nord“ habe auf Anweisung

des Gen W (?) eine Sondergenehmigung, diese Entscheidung wurde jedoch bald von übergeordneter Stelle revidiert.

Es bleibt nur noch zu erwähnen, daß „KPD“-Führer Heilmann in einem Resümee der Ergebnisse des „1. Parteitag“ grobartig verkündete, in Zukunft den politischen-ideologischen Kampf sowohl in den eigenen Reihen als auch nach außen hin zu vertiefen. Einleuchtend ist dem allerdings auch aufgrund unserer jüngsten Erfahrungen mit einiger Skepsis entgegenzusetzen worden muß.

Am 11.6.74 ergab das endgültige Urteil in einem Prozeß, den das „gemeinnützige“ Wohnungsbauunternehmen ABG gegen 900 seiner Mieter anstrengt, hatte die Aktiengesellschaft für kleine Wohnungen im Bereich, ihre Mieter denen des „freien Wohnungsmarktes“ anzugleichen.

Bereits im Dezember 72 hatte die ABG eine Mieterhöhung zwischen 30 und 60% angekündigt. Neben notwendigen Reparaturmaßnahmen dienten vor allem der gestiegenen Handwerkerlöhne als Begründung: „Aus eigener Erfahrung wissen Sie sicher, daß jedes Kommen eines Handwerkers an Wegeged Kosten in Höhe von DM 13, - bis DM 30, - verursacht, ohne daß der Handwerker einen Finger gerührt hat und daß die Arbeit des einen Handwerkers meist Folgebearbeitung für einen anderen nach sich zieht“ (Brief der ABG an die Mieter, 27.12.72).

Sicherlich richtig ist der Hinweis „aus eigener Erfahrung“, denn in der Regel mußten die Mieter selbst für Reparaturen aufkommen. Die ABG führte in der Vergangenheit oft noch nicht einmal die notwendigen Instandhaltungsarbeiten durch. Aus Empörung gegen die unverhältnismäßige Mieterhöhung weigerten sich 900 der 11 000 betroffenen Altbaumieter, die Zustimmungserklärung zur Mieterhöhung zu unterschreiben. Die ABG drohte zunächst „Bei den notwendig werdenden Klagen werden wir nachweilen können, daß unser Mieterhöhungsanspruch die übliche Vergleichsmiete nicht übersteigt. Auf diesen Sachverhalt kommt es ausschließlich an“ (Brief der ABG an die Mieter, 2.2.73) - Dann prozessierte sie.

Eingeleitet in der Tat wieder um die Berechtigung der Mieterhöhung aufgrund zu leistender Reparaturarbeiten, geschweige denn um „soziale Belange“ einer „gemeinnützigen“ Wohnungsbaugesellschaft gegenüber ihren Mietern. Interessant war nur, ob die ABG berechtigt ist, Vergleichsmieten aus dem sogenannten „freien Wohnungsmarkt“ für ihre Mieterhöhung heranzuziehen. Die erste Instanz, das Amtsgericht, verneinte dies. Daneben hatte sich das Gericht

Frankfurt:

„Sozialmieten“ juristisch abgeschafft!

—Grundurteil für die ABG, „Gemeinnützige“ Wohnungsbaugesellschaften dürfen ihre Mieterforderungen nach dem „freien“ Wohnungsmarkt ausrichten —

die Aburteilung, daß es die Pflicht des Vermieters sei, erforderliche Reparaturen durchzuführen. Die Begründung der ABG, sie benötigte die Erhöhung zur Deckung der anfallenden Reparaturkosten sowie die Instandhaltungskosten sowie in der Miete enthalten sind. Diese, für das Urteil aber vollkommen irrelevant Bemerkung, war indes geeignet, bei den Mietern und ihren gewählten Organen, den Mieteräten, Diskussionen über den Gerichtsschied in der zweiten, entscheidenden Instanz aufkommen zu lassen. So hatte auch Ende April auf einer Mieterveranstaltung der Vertreter der „Arbeitsgemeinschaft der Interessengemeinschaften von Mietern der ABG“, Herr Nicolaus (verantwortlich für die Mieter im Stadtteil Riederswald), immer wieder betont, daß das Gericht um Interesse der Mieter entschieden - auf jeden Fall (!) aber ein „gerechtes und verbindliches“ (!) Urteil fällen werde.

Die ABG hat in der Vergangenheit immer mehr ihr „soziales“ Mittelchen fallen lassen. So beteiligte sich das städtische, also von der SPD gemeinsam, Wohnungsunternehmen bereits frühzeitig und in großem Umfang an der Bodenspekulation (vergl. AK 44), baute während des Mietstopps so gut wie überhaupt nicht (zwischen 1945 und 1960 nur 338 Wohnungen gegenüber 7.800 in den folgenden 13 Jahren) und auch nach dem Lücke-Gesetz wurden die Gelder eher in den U-Bahn-Bau oder teure Komfort-Wohnungen, bzw. Büro-Bauten investiert, als in den „sozialen Wohnungsbau“. Langfristiges Ziel der SPD war es, in diesem Bereich die Mieten des „sozialen Wohnungsbau“ immer mehr denen des „freien“ anzugleichen. So verknappte die SPD-Regierung

durch ihr „Städtebauförderungsgesetz“ (vergl. Wohnungsbroschüre des KB) immer mehr das relativ billigen Wohnraum in Altbauten. Gerichte klagten für spekulationswütige Hausbesitzer ganze Straßenzüge leer. Und der erste Mietwucherprozeß vor einem Frankfurter Gericht wurde gegen einen ausländischen Arbeiter (!) geführt, der die Wohnräume seines Hausbesitzers als Hauptmieter an seine Untermieter weitergegeben hatte. Über weitere Fälle, in denen die bürgerlichen Gerichte gegen die Mieter und für die Wohnungsunternehmer entschieden haben, haben wir mehrfach in unserer Presse berichtet.

So hat denn das Justizwesen in einem kapitalistischen Staat die Aufgabe, mittels der Augenwischerei einer Gewaltenteilung die Klassengegensätze zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern von einer „unparteilichen“ Warte aus zu beurteilen und den Klassenkampf in den Gerichtssaal zu verlagern, wo die Arbeiter eben isoliert von ihren Klassenbrüdern der Macht der Rechtsanwälte, Sachverständigen und anderen „Autoritäten“ in der Regel nichts entgegenzusetzen haben.

So hat denn auch die ABG nicht etwa einen Mietprozeß geführt, sondern bereits frühzeitig darauf hingewiesen, gegen jeden zahlungsunwilligen Mieter einzeln zu klagen, wobei sie sich sogar noch auf ein entsprechende Gesetz berufen konnte (§ 3 (3) WoKStG).

In dem Gerichtsursult wurde vom 11.6.74 wurde eine Politik abgesegnet, deren Anliegen es war, die Vorteile des „sozialen Wohnungsbau“ für die Mieter abzubauen. Als Richtlinie für die Mieterhöhung der „gemeinnützigen“ Wohnungsbaugesellschaft kann die

„marktorientierte Miete“ gelten. Diese Miete wird nach „Angebot und Nachfrage“ bestimmt. Die „übliche Miete“ ist hierbei die Obergrenze. Das Landgericht verwies die Entscheidung um die Höhe der Miete wieder an das Amtsgericht zurück. Die Parteien könnten dann wiederum in die Berufung vor das Landgericht treten.

Ziel dieses Hin- und Herschiebens der Entscheidung von einer Instanz zur anderen war es zunächst, die anfangs spontan sehr starke Mieterbewegung laulassen zu lassen und desweiteren die Erhöhung auf die Zeit nach den Landtagswahlen zu verschieben. Die SPD meinte wohl zurecht, durch diese neue Maßnahme weitere Stimmen in Frankfurt einzubauen. Da die Miete sich rückwirkend um 1.174 zu zahlen nichts. Den Mietern empfahl das Gericht, in Härtefällen doch Wohngeid zu beantragen, daneben „steßen soziale Belange hier abet zur Debatte und dürfen das Gericht auch nicht interessieren.“ Eine sehr offenerge Schilderung dessen, was das Gericht unter „Gerechtigkeit“ - im Namen des Volkes versteht!

Abschließend wurde festgestellt, daß sich der Beizname „gemeinnützig“ bei der ABG, als eines der größten westdeutschen Wohnungsunternehmen, lediglich auf die Ausschüttung des Gewinns (nur 4%) und gewisse (betrieblliche) Steuervorteile bezieht. Befriedigt äußerte sich demnach der Dachverband der „gemeinnützigen“ Wohnungsbaugesellschaften über dieses Grundurteil. Bedeutet es doch, daß die für die „Gemeinnützigkeit“ ungünstige Wettbewerbsituation auf dem Wohnungsmarkt voll den Wohnungsgesellschaften selbst zugute

kommen kann, anstatt den Mietern. Ein SPD-Mitglied im ABG-Vorstand äußerte sein Vertrauen in die Gerechtigkeit und betonte, „daß man eigentlich nichts anderes erwartet habe“ („FR“, 27.6.74).

Die Mieteräte geben eine Presseerklärung ab, in der es heißt: „daß durch dieses Urteil eine ganze Bevölkerungsguppe zu Sozialhilfeempfängern (Wohngeld) gemacht wird. Das Gericht habe „im Namen des Volkes“ gegen die Mieter des gesamten „gemeinnützigen“ Wohnungsbau entschieden. Dies entspreche genau der Tendenz, die im öffentlich geförderten Wohnungsbau seit rund zehn Jahren zu erkennen sei.“ (zit. nach „FR“, 27.6.74).

Ein Sprecher des städtischen Amtes für Wohnungswesen kommentierte nach dem SPD-Motto: selbst die größte Verschlechterung des Lebensstandards kann noch als Steigerung der Lebensqualität bezeichnet werden - wenn man nur der SPD-Propaganda vertraut! Es sei künftig möglich, die Vergleichsmieten für privatwirtschaftlichen Altbau wesentlich niedriger zu setzen als bisher, weil das Urteil auch gestatten müßte (!), daß der private Wohnungsbau mit dem öffentlich geförderten Wohnungsbau gleichzusetzen ist. Bei der Festsetzung von Vergleichsmieten müsse es deshalb in Zukunft auch gestattet sein, Beispiele aus dem „gemeinnützigen“ Wohnungsbereich heranzuziehen. Das ist purer Zynismus und Robbäuscherei! Wenn die Mieten des sozialen Wohnungsbau denen des „freifinanzierten“ gleichgesetzt werden, wird es für die Mieter privatwirtschaftlicher Wohnungen zwar keine materiellen Vorteile bringen, wenn sich ihre Miete an der von „gemeinnützigen“ orientiert, wohl aber haben sie das schöne Gefühl, gleichsam in einer „Sozialwohnung“ zu leben.

KB/Gruppe Frankfurt, Mitteilungsgruppe Bornheim

Der Mainzer Delegierten-Kongreß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (5.6. bis 8.6.74) hat als wichtigstes Ergebnis eine bundesweite Satzungsänderung für die GEW verabschiedet. Nach dieser neuen Satzung sollen die bisher selbständigen GEW-Landesverbände zu einer einheitlichen Bundes-Organisation wie in den anderen DGB-Gewerkschaften zusammengefaßt werden. Gleichzeit werden noch vorhandene demokratische Rechte der Mitglieder in starkem Maße eingeschränkt (auch wie bei den anderen DGB-Gewerkschaften).

In den Landesverbänden soll obligatorisch eine Vertreterversammlung als oberstes Organ eingeführt werden. Für den LV Hamburg bedeutet dies die Abschaffung der Delegiertenversammlung, mit der die Mitglieder bisher das Recht hatten, über die Politik ihrer Gewerkschaft mit zu entscheiden.

Der Mitgliedschaft bzw. ihren Vertretungsorganen (in Hamburg: Vertreterversammlung) wird das Recht entzogen, darüber zu befinden, ob jemand aus ihrer Gewerkschaft ausgeschlossen werden soll oder nicht. Diese Funktion soll jetzt von angeblich „neutralen“ Schlichtungskommissionen ausgeübt werden. Hier ging es offensichtlich darum, ein praktisches Verfahren zu schaffen, das das sozialdemokratische Gewerkschaftsregime garantiert, ihre Macht im DGB gegebenenfalls sogar mit Hilfe von Mensenausfällen zu behaupten.

Die Studenten in der GEW werden auch weiterhin den diskriminierenden Status von Mitgliedern zweiter Klasse (in den wesentlichen Fragen nicht abstimmberechtigt) behalten. Der LV Nordrhein-Westfalen, in dem bislang Studenten als GEW-Vollmitglieder zugelassen (und sogar im Vorstand vertreten) sind, soll diese zu „unberodeten“ Mitgliedern zurückführen.

Wartende der Landesverbände auf dem es tatsächlich einmal zu kommen sollte, bedeutet der Zustimmung durch den Hauptverband der Bundes-GEW.

Darüberhinaus politisieren die Gewerkschaftsführer am liebsten Tag, buchstäblich um „Öl“ vor sich. Die Verschlebung bzw. Bestätigung des DGB „Unvereinbarkeitsbeschlusses“ gegen Extremisten für die GEW durch Sonst würde sich je auch der ganze Aufwand mit den Schiedskommissionen nicht lohnen!

GEW nach Mainz: Das letzte Wort müssen die Mitglieder haben!

Früher mehr oder weniger vornehm zurückhielt, traten als Antragsteller einige Landesverbände auf, die sich bereits als Kommunisten (reserviert) Namen gemacht hatten (z.B. Wunder aus Hamburg). Der Einwand, daß Landesverbände als solche satzungsgemäß gar nicht berechtigt sind, selbständige Anträge auf der Bundesdelegierten-Versammlung einzubringen, wurde bemitleidet. Zur Begründung des angeblichen Dringlichkeit des Antrags mußte das haarsträubende „Argument“ herhalten, es sei tags zuvor ein Artikel über die „linke Unterwanderung der GEW“ in der Presse erschienen. Sodann Antrag auf sofortige Abstimmung, keine Diskussion; Abstimmung ist „fertig! Der Antikommunismus ist „legitimiert“.

Die GEW als Gewerkschaft am Rande des DGB hatte, entsprechend der liberal-demokratischen Einstellung vieler Lehrer, lange Zeit ein relativ hohes Maß an Mitgliederdemokratie zugelassen. Man kann auch sagen, daß die Lehrverbände, aus denen die GEW hervorgegangen ist, hinsichtlich ihres Verhältnisses zur Demokratie in der Vergangenheit einiges wieder gut zu machen hatten. Mit der jetzigen Satzungsänderung wird die GEW an das „normale“ DGB-Niveau angepaßt.

Die demokratische Opposition in Mainz

Während es auf dem Kieler GEW-Kongreß 1971 auch schon hier und da Kritik an der Gewerkschaftsführung gegeben hatte, konnte doch von einer in den Abstimmungen einheitlich auftretenden Opposition keine Rede sein. Dagegen stimmte in Mainz rund ein Viertel der Delegierten in den wesentlichen Punkten gegen die Satzungsänderungen und verwurte Frister die Zustimmung für den Bundesvorstand. Auch das ist ein Zeichen für eine zunehmende Polarisierung innerhalb der GEW. Allerdings dominierten unter diesen rd. hundert Delegierten Junes und linke Sozialdemokraten, während die Kommunisten ähnlich schwach vertreten waren wie die DKP. Auf diese linke Gruppe hatte der KB in Mainz einen Aufruf an die Delegierten zur Ablehnung der Satzungsänderungen verteilt.

Nur in einem einzigen wesentlichen Punkt gelang es den Linken, der Gewerkschaftsführung einen Strich durch die Rechnung zu machen, § 7.3. der neuen Satzung lautet: „Oberstes Organ der Landesverbände sind die Landesvertreterversammlungen. Über die Gliederung sowie die Anzahl und Zusammenwirken der weiteren Organe der Landesverbände entscheidet die Vertreterversammlung des zuständigen Landesverbandes.“ Der vom Hauptverband vorgeschlagene folgende Satz wurde jedoch ersatzlos gestrichen: „Über das für die Bildung von Organen anzuwendende Wahlverfahren (also auch für die Landesvertreterversammlungen!) beschließt der Hauptverband.“

Hier hatten sich die Gewerkschaftsführer dafür stark gemacht, die Wahlen für gewerkschaftliche Funktionen nicht mehr auf Mitgliederversammlungen, sondern getrennt davon in einer schriftlichen „Urwahl“ durchzuführen. Angeblich würde auf den gewerkschaftlichen Versammlungen nur eine „aktive Minorität“ von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und dadurch „Sonderrechte“ in der GEW genießen. Demgegenüber seien diejenigen GEW-Mitglieder benachteiligt, die keine Versammlungen besuchen, „aber durch ihre regelmäßige Beitragszahlung ihre Solidarität auch aktiv bekunden“. Das gleiche Recht für alle Mitglieder bestehen müsse, sei die Wahl selbst unabhängig von den Wahlverfahren durchzuführen, auf denen lediglich „Kandidatenvorstellungen“ erfolgen sollten. So wolle das „Demokratisierungsprogramm“ von Frister & Co.

Sollte man diesen Vorschlag nicht konsequent zu Ende denken? Was passiert, wenn die Gewerkschaftsmitglieder ihren Wahlzettel im Haus geschickt bekommen und trotzdem nur ein Teil von ihnen wählt? Würde dieser Teil dann nicht ein „Sonderrecht“ gegenüber den glückselig passiven Mitgliedern beanspruchen? Da wäre es doch das beste, ganz sicher zu gehen und gar nicht mehr zu wählen, denn gar kein Recht ist gleiches Recht für alle!

Tatsächlich tragen die Gewerkschaftsführer selbst die Verantwortung dafür, daß unter vielen Mitgliedern Passivität und Desinteresse vor-

herrscht. Und mit diesem Vorschlag stellen sie noch einmal unter Beweis, daß sie ein Interesse an diesem Zustand haben, daß sie ihn beibehalten wollen, daß sie ihn - entsprechend ihrer Politik und ihren Zielen - für optimal halten. Jeder, für den Demokratie nicht nur schöne Worte sind, sondern der davon auch Gebrauch machen will, macht sich in den Augen dieser Herren „illiberaler Arroganz“ schuldig.

Dieses Wahlverfahren (z.B. für Vertreterversammlungen) würde über die Abschaffung der Hauptversammlung hinaus in letzter Instanz die Verschlagung aller gewerkschaftlichen Mitglieder-Versammlungen bedeuten. Denn wenn Mitglieder-Versammlungen nicht einmal mehr das elementare Recht haben, ihre Delegierten zu wählen oder auch zur Rechenschaft zu ziehen, werden sie zu völliger Bedeutungslosigkeit degradiert. Sie können Beschlüsse fassen oder es bleiben lassen, und ihre Delegierten können sich daran halten oder auch nicht. Denn satzungsgemäß ist das Ausfüllen eines Wahlzettels dabei am Schicksal des einzelnen Mitglieds, auf den politisch ihrer Gewerkschaft Einfluß zu nehmen. Dies würde konsequent dazu führen, daß die „gewählten Vertreter“ unkontrolliert und unabhängig von der innergewerkschaftlichen Diskussion „für Amt suchen“, wie es tatsächlich der überwiegende Zustand in den DGB-Gewerkschaften ist.

Da die „Urwahl“ in Mainz scheiterte, wurden die Gewerkschaftsführer in den einzelnen Landesverbänden versuchen, dieses Verfahren doch noch durchzusetzen.

Dabei ist es wieder einmal der Hamburger Landesverband dessen Vorgehen nicht einmal ein Minimum von Rechtmäßigkeit für sich in Anspruch nehmen kann. Der Hamburger Vorstand hat schlicht und einfach „beschlossen“, daß die Hauptversammlung nicht mehr „aktuiert“. Nach der Logik dieser Herren ergibt sich daraus „zwingend“, daß folglich allein der Vorstand selbst befugt ist, ein Wahlverfahren zu beschließen, nach dem eine Landesvertreterversammlung im Herbst gewählt werden soll, die dann im nächsten Jahr über Satzungsfragen befinden

darf. Damit ist der bisherige Höhepunkt der Willkür dieser Gewerkschaftsführer erreicht. Man sorgt durch ein geeignetes Wahlverfahren für eine Zusammensetzung der Vertreterversammlung, die nachher alles „legitimiert“.

Demgegenüber berufen sich die demokratischen Gewerkschaftler darauf, daß die alte Satzung des Hamburger Landesverbandes solange in Kraft bleibt, bis die Hauptversammlung eine Änderung dieser Satzung (im Sinne der Mainzer Beschlüsse oder auch nicht) vornimmt. „Änderungen dieser Satzung können nur von einer Hauptversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erfolgen“ (§ 55). Das heißt, daß eine Hauptversammlung im Herbst dieses Jahres stattfinden muß, auf der der Hamburger GEW-Landesverband sowohl darüber entscheiden muß, ob er die Beschlüsse des Mainzer Kongresses akzeptiert (und damit seine organisatorische Unabhängigkeit aufgibt) als auch über die Konstituierung einer Landesvertreterversammlung (Wahlverfahren), falls die neue Bundesstatut eine Zweidrittelmehrheit findet.

Bis kann keine Rede von einer demokratischen Legitimation des Mainzer Kongresses sein. Viele Delegierte waren nicht gewählt. Die bisherige Bundes-Satzung schreibt eine solche Wahl auch nicht zwingend vor, sondern nur die „Entsendung“ von Delegierten der Landesverbände. Selbstverständlich ist eine solche Regelung nur möglich auf der Basis der völligen organisatorischen Selbstständigkeit der Landesverbände. Wenn die Delegierten überhaupt gewählt worden waren, dann ohne politische Diskussion der Satzungsänderungen, die in den allermeisten Landesverbänden (Ausnahme Hamburg) den Mitgliedern gar nicht bekannt waren. Der Mainzer Kongreß stellt das Verzicht der Gewerkschaftsführer dar, auf kalem Weg noch bestehende demokratische Rechte innerhalb der GEW zu vernichten. Demgegenüber müssen die Mitglieder das Recht für sich in Anspruch nehmen, in den einzelnen Landesverbänden über die Mainzer Beschlüsse zu entscheiden. (In einer Fortsetzung dieses Artikels werden wir speziell auf die Hamburger Situation eingehen und begründen, warum wir nicht nur wie die meisten anderen Linken eine Satzungs-HIV fordern, sondern es auch für richtig halten, die GEW-Mitglieder zur Ablehnung der Mainzer Satzung aufzufordern).

Bündnis-Kommunisten des KB/Gruppe Hamburg

„Strage di Stato“ Prozeß erneut verschoben

Am 12. Dezember 1969 explodierte in der Mailänder Landwirtschaftsbank eine von Faschisten gelegte Bombe und tötete 16 Menschen. Seit nunmehr mehr als vierzehn Jahren wird der Prozeß gegen die Urheber dieses Attentats immer wieder verschoben. Drei Jahre davon (bis Ende 1972) mußten der von der Bourgeoisie zu Unrecht angeklagte Anarchist Valpreda und weitere anarchistische Genossen in „Untersuchungshaft“ verbringen. Inzwischen sind die faschistischen Mörder bekannt – Ventura, Freda und andere. Aber die Justiz hält an der Version fest, daß Valpreda und seine Genossen am Attentat beteiligt waren, man eben gemeinsam mit den Faschisten!

Am 10. Juni dieses Jahres wurde der Prozeß gegen Valpreda und die anderen Genossen erneut verschoben, eine Wiederaufnahme ist frühestens im November, wahrscheinlich aber erst 1975 zu erwarten.

Über zwei Jahre vergingen nach dem Mailänder Blutbad, bevor am 23. Februar 1972 in Rom der erste Prozeß gegen die Genossen begann. Kaum zwei Wochen später, am 6. März 1972, erklärte sich das Gericht für „unzuständig“ und verwies das Verfahren nach Mailand.

Später wurde dann erklärt, die politische „Atmosphäre“ in Mailand sei für den Prozeß nicht gut (mit anderen Worten: es wurden starke Protestaktionen der Linken erwartet), und so wurde der Prozeß, bevor er überhaupt in Mailand wieder aufgenommen werden konnte, nach Catanzaro, einer kleinen Stadt in Süditalien, verlegt.

Inzwischen war, vor allem durch die „Gegenermittlungen“ der revolutionären Linken (wobei sich besonders „Lotta Continua“ große Verdienste erwarb), die faschistische Urheberchaft am Mailänder Blutbad nachgewiesen worden. Eine starke Bewegung, der sich auch die reformistischen Parteien im Parlament anschließen mußten, verlangte die Freilassung der seit drei Jahren inhaftierten Anarchisten. So wurde Ende 1972 ein Gesetz für Valpreda „maßschneidert“, daß es erlaubte, die Anarchisten „vorläufig“ aus dem Gefängnis zu entlassen – und zu-



Valpreda vor Gericht

gleich aber die gerichtliche Klärung weiter zu verschieben.

Nach vielen neuen Schwierigkeiten begann endlich am 18. März 1974 in Catanzaro der zweite Prozeß gegen Valpreda und Genossen. Am 4. Mai wurde die Einstellung dieses Prozesses und seine Zusammenlegung (!) mit einem Prozeß gegen die Faschisten Freda, Ventura & Co. angeordnet. Die anarchistischen Genossen sollten also mit den faschistischen Mördern auf dieselbe Anklagebank gebracht werden, damit die bürger-

lichen Hetzer ihre Demagogie von „rechts = links“ besser ausspielen können. Das leuchtete aber nicht einmal den Richtern von Catanzaro ein, so daß der Prozeß zunächst trotz der Anordnung fortgeführt wurde. Am 10. Juni wurde dann jedoch endgültig die Einstellung des Prozesses gemäß der Anordnung vom 4. Mai beschlossen. Die bis dahin gelaufenen Verhandlungen – bei denen vor allem verschiedene Polizeivertreter, die in die Ermittlungen nach dem Blutbad verwickelt wa-

ren, vor Gericht als Zeugen keine gute Figur gemacht hatten – wurden für null und nichtig erklärt, als hätte es sie nie gegeben.

Ein neuer Prozeß, wohl erst 1975, wird also nochmals bei Null beginnen müssen. Und nach dem Willen der Justiz auf Anarchisten und Faschisten auf derselben Anklagebank. Die anarchistischen Genossen haben gegen diese Ungeheuerlichkeit ihren entschiedenen Protest angekündigt.

In einer Erklärung Valpredas zu neuerlichen Prozeßverschiebung heißt es u.a.: „Nach fünf Jahren, wo die gesamte demokratische öffentliche Meinung die Wahrheit über unser Schicksal kennt, greift man noch mal zu einer Verschiebung, die sogar die von unserer Verfassung festgelegten Prinzipien verletzt.“

Aber was noch schlimmer ist: diese Maßnahme reiht sich ein in den politischen Rahmen seit 1969, auf der Grundlage der Theorie der „entgegengesetzten Extremismen“, die eine Wiederherstellung der faschistischen Gewalt gestiftet hat, die in jedem bürgerlichen Staat auf der Basis der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen latent vorhanden ist. Die Komplizenschaft, das Einverständnis, die Finanzierung und die Deckung, die die Faschisten genossen und genießen, sind eine Tatsache, auch wenn sich nach dem Märker von Braccio alle beileihen, ihre antifaschistische Einstellung zu bekunden, das autoritäre Wesen des Staates ist die einzige Realität, trotz der Worte...“

Bombenterror der italienischen Faschisten

Leserbrief

In Genua fand am Freitag, dem 5. Juli ein vierstündiger Generalstreik gegen weitere Preiserhöhungen und Teuerung durch die Rumor-Regierung statt. Dies wurde von den bürgerlichen Zeitungen nur am Rande erwähnt. Stattdessen brachten sie in großer Aufmachung „Berichterstattung“ über Polizeiaktionen gegen die Linke, angeblich gegen die „brigate rosse“, die „Roten Brigaden“, die sich für die Einführung des Staatsnotstands verantwortlich erklärt hatten (siehe Artikel im AK 45). „Lotta Continua“ allerdings berichtet in ihrer Ausgabe vom Freitag über eine Reihe von politischen Hausdurchsuchungen etc. gegen Genossen ihrer Organisation.

Ein Ereignis, das in der westdeutschen Presse ebenso fortgeschwiegen wurde, möchte ich hier kurz berichten (inwieweit die italienische Presse darüber berichtet, ist mir nicht bekannt).

Am Freitagabend verlief der Zug „Reverdi-Express“ Genua in Richtung Mailand. Sein endgültiges Ziel ist Dänemark via Westdeutschland. Mit ihm reisten zahlreiche deutsche, östliche und holländische Touristen in ihr Heimatland zurück. Ca. fünf Minuten nach seiner Abfahrt wurde der Zug an einem kleinen Bahnhof außerhalb Genuas wieder gestoppt. Rufe auf italienisch schreuten die Reisenden auf: „Wartet, wartet, nur wenige auf, zuerst verstanden nur wenige.“

Als aber italienische Mitfahrende den Zug verließen, folgten auch panikartig mehr und mehr Ausländer. Es sprach sich herum, daß eine Bombe im Zug sein soll.

Allmählich drang die Information durch, daß eine Bombenwarnung eingegangen war. Alle standen verstört am Rande des Zuges. Nach einiger Zeit trafen zwei (!) Carabinieri ein und begannen mit einigen Eisenbahnern, den Zug zu durchsuchen. Nach einer Viertelstunde wurden die Reisenden aufgefordert, sich vom Zug zu entfernen und an der anderen Seite des Bahnhofs in Sicherheit zu begehen. Triff man sonst an jedem Flecken Italiens auf laufenweise Polizei, Carabinieri und Militär, so durchsuchten nun zwei lächerliche Bullen einen ganzen Zug nach einer Bombe!

Nach zwei Stunden (!) durften nach einigen Hin und Her alle in den Zug zurückkehren. Die Bullen gingen noch einmal durch den Zug und sahen nach, ob auch kein Gepäckstück im Zug war, was niemandem gehört und eventuell eine Bombe enthalten könnte. Dann verließen sie sich wieder. Den Eisenbahnern war nach dieser gründlichen „Observation“ wohl nicht ganz wohl zumute. Sie gingen nicht einmal von Waggons zu Waggons und leuchteten Ächsen und Boden von unten ab. Erst als sie sich selbst überzeugt hatten, daß alles o.k. war, verließ der Zug nach drei Stunden den Bahnhof.

Anschläge auf Züge und Bahnhöfe gehören seit einigen Jahren zu einem oft benutzten Mittel faschistischer Terror- und Anarchistischer Linken. Mit welcher Absicht diese Bombendrohung einfließen auf die Kontrolle der Faschisten zu gehen, denn im „Zweifel“ hätte sonst die westdeutsche Presse wohl schon am Sonntag abendnarrigen von „linksextremistischem Bombenterror“ gegen unschuldige deutsche Touristen“ gesprochen. Ein Hamburger Genosse.

England: Der Tod eines Provokateurs oder Die legale Kriminalität des bürgerlichen Staates

Am 13. April dieses Jahres wurde der 30-jährige Iren Kenneth Lennon in einem Straßengraben in London erschossen aufgefunden. Der arme Lennon muß gehabt haben, was da auf ihn zukam, denn er hatte wenige Tage vorher dem Londoner Blues-Sänger George Melly in dem Sozialclub Ronnie Scotts erzählt, daß er gebetzt und bedroht würde. „Wenn Sie etwas hören über meine Leiche, wie sie daliegt, mit dem Gesicht in einer Pfütze, dann wissen Sie, daß ich die Wahrheit gesagt habe.“

Die „Frankfurter Rundschau“ schreibt zu diesem Fall: „Der Schuß auf eine „frische Exekution“ lag nahe. Man wundert sich nur, daß Morde nach Belfast Muster bereits im Herzen Englands passieren. Erschrocken ist man jetzt, seitdem bekannt wurde, daß der ermordete Lennon ein Agent des britischen Geheimdienstes gewesen ist. Hätte die Polizei ihrer Majestät ihre Agenten nicht besser schützen können?“

Damit hätte die IRA also den Mord an Lennon auf dem Gewissen. Bei dieser Version konnte man allerdings nicht lange bleiben. Denn Lennon selbst hatte dafür gesorgt, daß ein Stückchen Wahrheit ins Licht kam: er hatte noch drei Tage vor seinem Ende eine schriftliche Erklärung beim „Nationalen Rat für Bürgerrechte“ hinterlegt, aus der hervorging, daß er vom „Special Branch“ des britischen Geheimdienstes (Einheit zur Terroristenbekämpfung) wegen kleinerer krimineller Delikte erpöckelt worden war.

Man hatte ihn gezwungen, in Irland Spitzelkonditionen gegen die IRA zu leisten, sich an Aktionen zu beteiligen, selbst Aktionen wie Bombenlegen und Banküberfälle durchzuführen, die dann der IRA in die Schuhe geschoben wurden usw.

Offensichtlich hatte Lennon aussteigen wollen. Auf jeden Fall ist sicher, daß er sehr klare Vorstellungen darüber hatte, aus welcher Ecke ihm Gefahr drohte. In seiner Erklärung heißt es: „Es ist möglich, daß der „Special Branch“ mich umbringen wird und es so hinstellen wird, daß es nach einer IRA-Aktion aussieht.“ (nach „Workers Press“ vom 4.5.74). Es wäre in auch für die IRA nicht ganz leicht, einen Spitzel umzubringen, der gerade über die Methoden des englischen Geheimdienstes ausgepackt hat. Eher hätte die Genossenschaft Interesse am Schweigen Lennons.

Labour-Innenminister Jenkins ordnete natürlich sofort eine Untersuchung an, die Scotland Yard durchführte. Am 2.5.74 gab Jenkins dann im Parlament bekannt, der Fall sei abgeschlossen, es sei „nicht notwendig, weitere Untersuchungen mehr über die Aktionen der Polizeifürsorge in den Lennon-Fall verwickelt seien, durchzuführen“. Der „Daily Telegraph“ schreibt am 3.5.74: „Aus rechtlichen Gründen könnte Jenkins jetzt nicht den Bericht über

die Polizeiuersuchung veröffentlichen. Aber das ist der Meinung, daß darin stehe, Lennon sei ein freiwilliger Informant des „Special Branch“ gewesen, der nicht den Rat befolgt habe, sich von kriminellen Aktivitäten fernzuhalten.“

Auf den Protest von mehreren Labour-Abgeordneten, die eine „volle und unabhängige Untersuchung“ forderten, hatte Jenkins die zynische Bemerkung parat: „Wir müssen klar stellen, daß wir nicht einseitig groß sind im Untersuchen, aber schwach im Aufdecken.“ (!!!) (zitiert nach „Daily Telegraph“ vom 3.5.74).

Der Beifall der Tory-Opposition war ihm sicher. Der Kommentar vom Innenminister des Schattenkabinetts James Prior: „Wenn das Gesetz und unsere Institutionen angegriffen werden, ist es unbedingt notwendig, daß die Sicherheitskräfte das Vertrauen der ganzen Nation besitzen.“ (nach „Workers Press“ vom 4.5.74).



Kenneth Lennon: Vom britischen Geheimdienst angeheuert – vom britischen Geheimdienst ermordet. ?

Auch die Chefs des „Special Branch“ und der Sicherheitskräfte in Nordirland, begrüßten Jenkins festen Standpunkt. („Daily Telegraph“).

Der Fall Lennon ist der zweite innerhalb kurzer Zeit, an dem die Methoden des englischen Geheimdienstes schlagartig deutlich werden. Über den Fall Littlejohn ist kaum etwas zu erfahren. Auch hier das gleiche Muster: Die Brüder Kenneth und Keith Littlejohns beide verurteilt. Kenneth waren vom britischen Geheimdienst angeheuert worden, um in der IRA zu arbeiten. Die Littlejohns sagten aus, daß die Bombenexplosionen in Dublin im Dezember 1972, bei denen zwei Menschen getötet und 74 verletzt wurden waren, und die der IRA in die Schuhe gehoben wurden waren, auf das Konto des britischen Geheimdienstes gingen.

Die Spitzel Lennon und Littlejohn und nur die Spitze vom Eisberg der Provokationsstrategie der englischen Imperialisten. Es handelt sich hierbei nicht um Ausnahmen, in denen einzelne Geheimdienstler gegen die Dienstvorschriften kriminelle als Provokateure eingesetzt

haben, sondern um eine durchgängig betriebene Praxis, bei der nur zufällig und unangenehmweise zwei Fälle bekannt geworden sind. Das beweisen auch die Überlegungen von General Frank Kitson, Ausbilder an der Infanterieschule in Westminster, Süngland, die er in seinem Buch „Im Vorfeld des Krieges Abwehr von Subversion und Aufruhr“ dargelegt hat. Kitson vertritt die Auffassung, daß die Armee sog. „Pseudo-Gangs“ ausbilden müsse, die als „Streikführer oder aktive Terroristen“ tätig werden, um die Armee mit Inside-Informationen zu versorgen. Aufgabe dieser Gruppen wäre es, Informationen über Lebensweise, Einkommensverhältnisse und Verhaltensweisen „verdächtiger Bevölkerungskreise“ zu sammeln. „So können nicht nur die Rädelsführer, sondern eine gesamte Gruppe ausgeschaltet werden.“

Die Vorstellung vom Agenten, der im Ausland an sonnigen Strän-

England: Linker Student erschlagen

Unter der neuen Labour-Regierung hat sich das Vorgehen des Staates gegen die linke Opposition – wie erwartet – nicht liberalisiert. Ein Beispiel aus der unmittelbaren letzten Zeit zeigt, mit welcher Brutalität gegen Menschen vorgegangen wird, die gegen die Faschisierung in England kämpfen.

Am 22.6.74 zogen 10 000 Menschen im Schweigenmarsch durch die Londoner Innenstadt. Sie protestierten damit gegen die Ermordung von Kevin Gately. Der 21 Jahre alte Mathematik-Student (Mitglied einer trotzkistischen Gruppe) hatte am 16.6. an einer Protestdemonstration gegen eine gemeinsame Hetzveranstaltung der faschistischen „Nationalen Front“ in London teilgenommen. Die Veranstaltung wurde von britischen Polizei geschützt, die ohne Vorwarnung plötzlich in die Demonstration einmarschierte und von ihren Pferden herunter brutal auf die Menschen emporen.

Kevin Gately erhielt dabei einen

so schweren Schlag auf den Kopf, daß er bewußtlos auf die Straße fiel und später im Krankenhaus starb.

Zunächst hatte es offiziell wie ein Scotland Yard geheißen: Kevin sei an einer „Gehirnblutung ohne äußere Einwirkungen“ gestorben. Da aber offensichtlich zu viele Zeugen den tödlichen Schlag gesehen hatten, mußte ein offizieller Obduktionen nicht eine „Gehirnblutung infolge Schlagwirkung“ zugegeben werden.

Zu welchem Zynismus die sozialdemokratischen Führer angesichts der Ermordung eines Antifaschisten in der Lage sind, wird deutlich an folgender kurzer Notiz aus dem sozialdemokratischen „Daily Express“ vom 2.6.74: „Der Chef der Polizei-Gewerkschaft Peter Turner sprach gestern Abend in London über die Sorgen seiner Männer über die heutigen Studentendemonstrationen. Er sagte: „Sie verlassen ihre Familien und fragen sich dabei, ob sie (die Polizisten) held zurückkommen.““



Der 21 Jahre alte Kevin Gately liegt von englischen Bullen erschlagen auf der

Im Mai wurde in Hamburg das „Verband ehemaliger Gewerkschaftler der IG-Chemie“ (VGE) gegründet. Diese Gründung ist die Antwort von ausgeschlossenen gewerkschaftlichen Arbeitern und Angestellten auf die administrative Abtötung der innergewerkschaftlichen Demokratie und den Ausschluß der DGB-Gewerkschaften.

Nachdem drucken wir einen Brief ab, den im Mitte Juni vom Verband zugesandt bekommen. Der Verband ehemaliger Gewerkschaftler der DGB-Gewerkschaften Hamburg, den 10.6.74

Liebe Freunde und Genossen!
Wie Euch sicherlich bekannt ist, wurden Anfang 1974 elf Kollegen der Reichhold-Albert Chemie AG in Hamburg betriebsratliche Vertrauensleute und Jugendvertreter aus der IG-Chemie ausgeschlossen.

Die Gewerkschaftsführer begnügen sich allerdings nicht mit dem Ausschluss, sondern verfolgen die Kollegen auch weiterhin, inwiefern bereits zwei Gerichtsverfahren gegen die Reichhold-Kollegen. Diese weiteren Angriffe der Gewerkschaftsführer dienen zum einen der Einschüchterung und dem direkten politischen Verbot, z.B. bestimmte Dinge über die Gewerkschaftsführer zu äußern, zum anderen sollen die Kollegen durch hohe Gerichts- und Anwaltskosten finanziell fertig gemacht werden.

In der als Anlage beigefügten Broschüre „Der Rot der Götter“ veröffentlichen wir die beiden Verfahren. Die IG-Chemie-Führung gegen Kollegen der Reichhold-Albert Chemie.

Die Broschüre wird herausgegeben vom „Verband ehemaliger Gewerkschaftler der DGB-Gewerkschaften“. In diesem Verband haben sich Kollegen zusammengeschlossen, die in jüngster Zeit aus den DGB-Gewerkschaften wegen opportunistischer Anschauungen ausgeschlossen wurden. Der Verband stellt keine „Gegen-Gewerkschaft“ oder „Revolutionäre Gewerkschaft“ bzw. „Gewerkschaftsopposition“ dar. Innerer Ansicht nach würden derartige Pläne von der rechtlichen Situation und der tatsächlichen Schwäche der linken Gewerkschaften abgelehnt. Die Broschüre soll aber in den Händen der DGB-Gewerkschaften verbleiben und hat sich nicht auf der verdrängten Politik ihrer Führungskräfte. Sie durch die Gewinnung von Gegengewichten innerhalb von dieser Mehrheit abzuwenden, halten wir für schädlich. Allerdings bedeutet dies nicht, daß wir nicht auf eine eigene Organisation verzichten werden, nachdem die Gewerkschaftsstrukturen uns durch Ausschluß von den gewerkschaftlichen Arbeitsstrukturen zu trennen versucht, - nachdem sie uns so vor die Alternative stellt, entweder klein betriebsratlich oder organisiert weiter für eine Arbeiterpolitik.

Wie im Arbeiterkampf 44 berichtet, versucht die Gewerkschaftsführung, die Kollegen zu isolieren.

Wie im Arbeiterkampf 44 berichtet, versucht die Gewerkschaftsführung jetzt, die elf aus der IG-Chemie ausgeschlossenen Reichhold-Kollegen mit Hilfe der betriebsratlichen Gerichte fertigzumachen. So wurde den Kollegen per einstweilige Verfügung verboten, beliebige Tatsachen über Politik und Praxis der IG-Chemie-Führer weiter zu verbreiten. Die toten und langwierigen Prozesse zielen darauf ab, die Kollegen einzuschüchtern und sie vor den Konsequenzen einer klassenkämpferischen Politik zurückzuschrecken zu lassen. Auf dieser Ebene wurden die ausgeschlossenen Reichhold-Kollegen jetzt noch von einer anderen Seite provoziert von dem Rechtsanwalt (RA) Wesag.

Die Reichhold-Kollegen hatten den RA Wesag mit ihrer Rechtsvertretung beauftragt. Wesag war als fortgeschrittener Anwalt bekannt, der in den 60er Jahren zusammen mit dem DDR-Anwalt Kauf die verbotene KPD in einigen Prozessen verteidigte.

Die Reichhold-Kollegen mußten mit Wesag einige böse Überraschungen erleben. Kurz vor Fristablauf für die Einreichung eines wichtigen Schriftsatzes bei Gericht erreichte die Reichhold-Linke ein Brief von Wesag, in dem er schrieb:

„Nun ist in der Sache weiter tätig werde, bitte ich aber folgende Frage zu klären.“

Ich muß von dem Bestellten (den ausgeschlossenen Reichhold-Kollegen) Anm. AKI eine klare Erklärung haben, daß sie gegen Gewalttätigkeiten sind und nicht als Gegner der Grundgesetze (1) betrachten, was den können ich bin nicht in der Lage solche Personen die als Leisestützpunkt zu betrachten und (2) zu vertreten. Als Anwalt bin in der Hamburger Rechtsanwaltskammer eine gewisse Rolle spielt (1) hat mich eine verfassungswidrige Tätigkeit (2) nicht erlauben und will

Was bisher weder die IG-Chemie, noch die Reichhold-Kollegen

Hamburg, Ausgeschlossenen-Verband gegründet

In den Gewerkschaften zu kämpfen. Über das Ziel unserer Verhandlungen in der Wiederaufnahme unserer Gewerkschaften in die DGB-Gewerkschaften zu streben und alle „vom Ausschluss betroffenen Gewerkschaftler, um die in massiver und jäh an sicher Form zu unterstützen“ (Führung des Verbandes). Zudem wird der Verband alles in seinen Kräften stehende tun um die Weiterführung fortschrittlicher gewerkschaftlicher Arbeit in den Betrieben zu unterstützen.

Die Mitgliedschaft in unserem Verband ist nicht automatisch mit der Wiederaufnahme in eine DGB-Gewerkschaft.

Wir wenden uns heute an Euch mit der Bitte, unsere Broschüre zu verbreiten, und damit den Reichhold-Kollegen in propagandistischer und finanzieller Hinsicht gegen die rechten IG-Chemie-Führer zu helfen. Wir danken Euch schon jetzt und sind jederzeit gern bereit, ähnliche Fälle, mit denen Ihr Euch an uns wendet, zu unterstützen, soweit es unsere Kräfte zulassen.

Mit sozialistischen Grüßen
Verband ehemaliger Gewerkschaftler der DGB-Gewerkschaften

Wir halten die Verbandsgründung durch die ausgeschlossenen Gewerkschaften für richtig, die IG-Chemie-Führung gegen die Kollegen der Reichhold-Albert Chemie. Die Broschüre wird herausgegeben vom „Verband ehemaliger Gewerkschaftler der DGB-Gewerkschaften“. In diesem Verband haben sich Kollegen zusammengeschlossen, die in jüngster Zeit aus den DGB-Gewerkschaften wegen opportunistischer Anschauungen ausgeschlossen wurden. Der Verband stellt keine „Gegen-Gewerkschaft“ oder „Revolutionäre Gewerkschaft“ bzw. „Gewerkschaftsopposition“ dar. Innerer Ansicht nach würden derartige Pläne von der rechtlichen Situation und der tatsächlichen Schwäche der linken Gewerkschaften abgelehnt. Die Broschüre soll aber in den Händen der DGB-Gewerkschaften verbleiben und hat sich nicht auf der verdrängten Politik ihrer Führungskräfte. Sie durch die Gewinnung von Gegengewichten innerhalb von dieser Mehrheit abzuwenden, halten wir für schädlich. Allerdings bedeutet dies nicht, daß wir nicht auf eine eigene Organisation verzichten werden, nachdem die Gewerkschaftsstrukturen uns durch Ausschluß von den gewerkschaftlichen Arbeitsstrukturen zu trennen versucht, - nachdem sie uns so vor die Alternative stellt, entweder klein betriebsratlich oder organisiert weiter für eine Arbeiterpolitik.

KBW hetzt gegen die Reichhold-Linke

Der KBW (vormals als KG, bevor die SSG bekannt) bemüht sich schon seit langem, bei Reichhold Fuß zu fassen. Vor den Gewerkschafts-Ausschlüssen ignorierte der KBW in seiner

Presse die organisierte linke Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, stellte sie als „spontane Bewegung der Kollegen“ dar, um so in schulmeisterlicher Pose den Kollegen mit diesem oder jenem „Erfolg“ schlag zu kommen - ohne Erfolg allerdings. Im Kampf um den Wiedereintritt des Vertrauenskörpers (nach dessen administrativer Auflösung durch die IG-Chemie-Führer), sowie im Kampf um die Abwehr der Gewerkschaftsausschlüsse wird der KBW nicht gesehen. Im Betriebsrats-Wahlkampf rief er den Kollegen dann mit einer lauten Erklärung zur Stimmabgabe für die linke Liste (der Ausgeschlossenen), sparte allerdings nicht mit Demagogie gegen die Linke. Nach Gründung des Verbandes ist die Argumentation des KBW gegenüber den Linken von der DGB nicht mehr zu unterscheiden. Offene Hetze gegen die Ausgeschlossenen vom Standpunkt der (sozialdemokratischen) „Einheit“ des DGB.

Ein Beispiel mag den schweinischen und demagogischen Charakter der KBW-Argumentation gegenüber den Ausgeschlossenen demonstrieren. Als nämlich der letzten Tarifrunde der Ausgeschlossenen eine einheitliche Lohnforderung von 100 % (linear) in einem „offenen Brief“ an die Mitglieder der Tarifkommission propagiert, betrat die KBW „Betriebsrat“ postum im 1974 dagegen (und empfahl statt dessen die inzwischen beschlossene „offizielle“ Forderung der IG-Chemie der Kollegen als Basis für den „Zusammenhang“, „einheitlichen Kampf“ etc.). Das spezielle KBW-„Argument“ gegen die 300-Marks-Forderung (die vor der TK-Entscheidung aufgestellt wurde) „Sie (die 300-Marks-Forderung) ist in keinem gewerkschaftlichen Diskurs und Erfahrungsaustausch seiner Mitglieder bei der Bewältigung der gemeinsamen Probleme (Wiederaufnahme) sowie um Herstellung möglicher sozialer Beziehungen zu den Kollegen“ (d.h. es ist politisches Ziel des Verbandsmitglieds, der auch weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, um am betrieblichen und innergewerkschaftlichen Kampf teil zu beteiligen).

Die Verbandsgründung hat innerhalb der sich kommunistischen nennenden Bewegung Hamburgs einen Wirbel ausgelöst.

Mal abgesehen davon, daß es nach Auflösung des VVK bei Reichhold gar kein gewerkschaftliches Gremium mehr gibt, auf abgeben der dem KBW die einzige betriebliche Gremium bei Reichhold - der Betriebsrat - mehrheitlich von sozialdemokratischen Rechten, sowie von Sozialdemokraten besetzt ist (die freilich eine lineare Forderung ohnehin ablehnen würden) und nicht befügt ist, überhaupt Tarif-Forderungen zu beschließen, mal abgesehen davon, daß es gewissermaßen in der Natur der Sache liegt, daß Forderungen von Ausgeschlossenen nicht in solcherart Gremien beschlossen werden können und die 300-Marks-Forderung auch ausdrücklich als „Voranschlag der Ausgeschlossenen“ für die betriebliche und gewerkschaftliche Diskussion gekennzeichnet wurde, mal abgesehen davon, daß also dieses KBW-„Argument“ saubler ist

und allein zum Zweck der demagogischen Hetze (gegen die Reichhold-Linke) aufgeführt wurde, wird in diesem Zitat doch der KBW typischerweise als „spontane Bewegung“ (der den bürgerlichen Machthabern innerhalb des DGB direkt in die Hände arbeitet) und der in diesem Fall so weit geht, ausgeschlossene Kollegen die bloße Meinungsäußerung als „verboten“ zu erklären.

In mündlichen Gesprächen setzen die KBW-Leute über die Verbandsgründung als „offen-spontane Bewegung“ dar. Im studentischen KBW-Mitglied, das wenige Wochen bei Reichhold arbeitete und aus politischen Gründen wieder gefeuert wurde, verweigerte mit diesem „Argument“ (RGO) die teilweise Herausgabe seines Kündigungsscheins zu dokumentarischen Zwecken gegenüber Mitgliedern des Verbandes. Das Niveau innerorganisatorischer Verhältnisse bei Reichhold im Hamburger KBW, mögen die Schnacke einiger ihrer studentischen Mitglieder aus der Hamburger Universität zeigen.

Danach haben die „Ausgeschlossenen selbst Schuld“. Die KBW-Leute haben aus dem Ausschluss der Linken eine „falsche Politik“ der Linken und speziell des KBW die Reichhold-Linke sein „Gewerkschaftsfeind“. Selbstredend können die KBW-Studierenden die angeblichen „Feinde“ der Reichhold-Linke nicht konkret benennen. Aber „bei richtiger Politik hätten Ausschüsse“ (KBW) „nicht“ „Gegner“ der „abgeschlossenen“.

Die einzige Politik (richtige Politik), die garantiert im DGB nicht zum Ausschluss führt, ist die „bürgerliche Politik“ und zwar in ihrer rechten Schattierung. Schon linkssozialdemokratische „christliche Reformist“ sche Politik muß heute mit dem Ausschluss rechnen. Zweifellos mauernd sich der KBW in diesem Sinn.

Lehrreich beim KBW ist allerdings, daß er keinerlei Einfluß bei Reichhold hat. Auch nach über einjähriger intensiver Bemühung ist er noch nicht über den Schritt einer bloß papiernen „Arbeit“ hinausgekommen (jede Menge Flugblätter und „Betriebs-Zeitungen“, „organisatorisch abgesichert“ bloß durch eine „Zelle am Betrieb“ (ohne Kontakte am Betrieb), bzw. zeitweise durch eine „Ein-Mann-Betriebszelle“, die obendrein noch „verdeckt arbeitet“, also sich nicht in praktischer Hinsicht betätigt, was offenbar wiederum Ergebnis einer - vom KBW so verstandenen - „richtigen Politik“ angesichts der drohenden Räumung und Gewerkschafts-Ausschlüsse ist.

DKP bekämpft Solidarität mit den Ausgeschlossenen

Die DKP tritt bei Reichhold nicht öffentlich auf, ist aber durch einige Mitglieder ihrer Jugendorganisation (SDJ) unter den Lehrlingen aktiv im Gegensatz zur Situation in anderen Betrieben haben diese SDJ-Jugend nicht in allen Phasen der Auseinandersetzung zwischen SPD (und IG-Chemie-Führung) einerseits und der Reichhold-Linke andererseits offen auf Seiten der SPD Stellung bezogen, waren oft wankelmütig, ließen sich schon mal ein gutes Haar an den Linken, machten die schlimmsten Schweinereien nicht mit in der

DKP bekämpft Solidarität mit den Ausgeschlossenen

Die DKP tritt bei Reichhold nicht öffentlich auf, ist aber durch einige Mitglieder ihrer Jugendorganisation (SDJ) unter den Lehrlingen aktiv im Gegensatz zur Situation in anderen Betrieben haben diese SDJ-Jugend nicht in allen Phasen der Auseinandersetzung zwischen SPD (und IG-Chemie-Führung) einerseits und der Reichhold-Linke andererseits offen auf Seiten der SPD Stellung bezogen, waren oft wankelmütig, ließen sich schon mal ein gutes Haar an den Linken, machten die schlimmsten Schweinereien nicht mit in der

VDM, Frankfurt: Ausbilder prügelt Lehrling

Anfang Mai wurde bei VDM (Vereinigte Deutsche Motorenwerke) ein Auszubildender von dem Ausbildungsmeister so verprügelt, daß er mehrere Tage krankgeschrieben wurde. Nach der Arbeit lieferten sich mehrere Auszubildende im Waschraum eine Wasserschlacht, bei der sie sich gegenseitig mit einem Wasserschlauch besprühten. In dem Moment, als der betroffene Auszubildende den Wasserschlauch in der Hand hatte, kam der Meister zur Tür rein und landete genau im Wasserschlauch. Daraufhin ließ er vom einzigen Auszubildenden die Tür zuhalten und rannte dem Schutze nach. Als er ihn erwischte, klemmte er den Kopf des Lehrlings unter seinen Arm, um ihn am Weglaufen zu hindern und schlug mehrmals mit der Faust auf seinen Rücken ein. Das Ergebnis waren mehrere Prellungen. Der Kollege ging sofort zum Werkarzt und wurde krankgeschrieben.

Als der Auszubildende vom Arzt Vorfall erzählt meinte er, man solle das nicht so ernst nehmen, es sei eine kleine Handlung gewesen und er habe das auch nicht gemerkt.

Frage der Gewerkschafts-Ausschlüsse haben wir bis zum Schluss anscheinend eine „differenzierte Haltung“ eingenommen (gegen administrative Ausschlüsse für eine Diskussion um die Positionen der Linken niederkunft). Diese eigentlich untypische Haltung der DKP hat ihre Ursache im speziellen innerbetrieblichen Kräfteverhältnis, also in der relativen Stärke der Linken (die unter den Gewerkschaftsmitgliedern sogar demonstriert ist), sowie in der eigenen Schwäche und der der SPD bei gleichzeitig relativer Stärke der anti-gewerkschaftlichen Rechten.

Ein Indiz dafür, daß die „differenzierte Haltung“ der DKP bei Reichhold bloß Taktikerei gegen über den Linken war, mag eine universitäre Veranstaltung (Veranstaltung MSB, Studentenorganisation der DKP) zu Reichhold sein, auf der auch die SDJ/Linken gegen die Reichhold-Linke offen betritten, sie als „Gewerkschafts-Feinde“ vorstellten usw. Nach vollzogenem Gewerkschaftsausschluss - also nach dem die SPD jeglicher Taktikerei gegenüber der Linken einen administrativen Regel vorschob - änderte sich auch die Haltung der SDJ im Betrieb. Anlaßlich der jüngsten Jugendvertreter-Wahlen wurden jugendliche Gewerkschaftsmitglieder, die (auf der Basis eines gemeinsamen Programms) mit ausgeschlossenen Jugendlichen auftreten wollten, von SDJ/Linken öffentlich mit Gewerkschafts-Ausschluss und Denunziation (gegenüber den IG-Chemie-Führern) bedroht. Die Ausgeschlossenen werden seitdem auch im Betrieb öffentlich als „Gewerkschafts-Feinde“ („Chancen“ etc.) diffamiert.

„KPD“ warnt vor RGO

Eine besonders üblige Stellungnahme zur Verbandsgründung war aus Kreisen der Hamburger „KPD“ zu hören, die noch bis vor kurzem die Propagierung einer „Revolutionären Gewerkschafts-Organisation“ (RGO) sich zur gewerkschaftlichen Hauptaufgabe setzten.

Um sich den Schlägen der Gewerkschaftsführer nicht zu entziehen, hat die „KPD“ inzwischen diese Falle fallengelassen zugunsten der Propaganda zur „Stärkung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung“ und des Aufbaus „öffentlich auftretender“ sogenannter „Gewerkschaftsoppositioneller Gruppen“ (GOGs) - Entgegen sonstiger freudiger Bekenntnisse zur RGO, reagierten die „KPD“-Genossen über die Verbandsgründung ganz erregt, und der Hamburger „KPD“-Führer L. (Mühsen des „ZK“ empor) sich nämlich eines Fußballspiels zwischen KB und KPD (4:2 - vgl. AK 46, Seite 29), da hätten wir ja eine RGO gegründet!

Die wachsende Bewegung, die reale Entwicklung der Arbeiterbewegung und speziell der Arbeiterlinken

Die wachsende Bewegung, die reale Entwicklung der Arbeiterbewegung und speziell der Arbeiterlinken und nicht papiernen „Programme“, wachsende revolutionäre Aufregung und sonstige Abwehrkriterien, wurde gewissermaßen die sich kommunistisch nennende Bewegung, die in konsequente Klassenkämpfe und Revolutionäre einerseits und Opportunisten aller Schattierungen andererseits infaust und wir nicht betriebsratlich, sondern zunehmend zutragender Rechtsopportunisten, die Kapitalverhältnisse vom Klassenfeind zum „KPD“ und „KPD“.

KB-Gruppe Hamburg

KB-Gruppe Frankfurt

Die Jugendvertretung beantragte Entlassung des Meisters, was vom Betriebsrat abgelehnt wurde. Die Jugendvertretung wollte daraufhin Aussetzung des Betriebsratsbeschlusses beantragen, um doch noch eine Entlassung zu erreichen. Dieses Vorhaben konnte jedoch nicht durchgeführt werden, da mit diesem Antrag zu lange gewartet wurde. Außerdem stimmte bei einer Befragung der größte Teil der Auszubildenden gegen die Entlassung. Nachdem sie durch eine Ansprache der Geschäftsleitung entsprechend eingeschüchtert worden waren, Sie hatte ihnen mit noch schärferen Maßnahmen gedroht.

Der Vater des verprügelten Kollegen stellte bei der TSG einen Antrag auf Rechtschutz und wollte den Meister verklagen. Bevor es jedoch zu einem Prozess kam, entigte sich die VDM mit dem Vater und dem Betrofflenen in einem Vergleich. Ein „angenehmes“ Schmerzensgeld zu zahlen. Der Meister eine Verwarnung (!) auszusprechen und die Sache damit abzuschließen.

KB-Gruppe Frankfurt

Steueränderungsgesetz bringt u.a.

Schamlose Diskriminierung ausländischer Arbeiter

Noch während in Bonn Regierungs- und Oppositionsparteien um Einzelbestimmungen des geplanten Steueränderungsgesetzes feilschen – und nach wie vor fraglich ist, ob die „Reform“ im Januar des kommenden Jahres in Kraft treten kann – ist bekannt geworden, daß die ausländischen Arbeiter in der BRD durch die Gesetzesnovelle in skandalöser Weise benachteiligt werden sollen.

Um rund eine Milliarde Mark (!) will der westdeutsche Staat die Arbeiterfamilien aus Nicht-EG-Ländern mit der Neuregelung des Kindergeldes begünstigen!

Diese Kollegen und ihre Familien

- werden zunächst einmal ihre Kinderfreibeträge verlieren und damit erheblich mehr Steuern bezahlen müssen;
- werden aber nicht (wie ihre westdeutschen Arbeitskollegen) in den vollen Genuß der Neuregelung kommen, wonach das Kindergeld in festen Beträgen ausbezahlt wird.

Die ausländischen Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern (also vor allem Türken, Griechen, Spanier und Jugoslawen) werden für diejenigen Kinder, die in ihren Heimatländern leben, in Zukunft nur die in diesen Ländern übliche „Vergütung“ erhalten.

Betroffen sind von dieser „sozialliberalen“ Regelung rund eine Million Kinder, die von ihren Eltern nicht mit in die BRD genommen werden konnten, weil hierzu fast sämtliche Voraussetzungen im sozialen Bereich fehlen (Schulen, Wohnungen u.a.).

Was dieser verheerende Plan konkret für die betroffenen Ausländerfamilien bedeutet, sei an folgenden Beispielen erläutert: „Bei einem Gastarbeiter mit einem Einkommen von DM 20.000,- pro Jahr hat ab 1975 ein türkischer Vater von vier Kindern DM 1.800,- mehr Lohnsteuer zu zahlen.

Leben die Kinder mit hier, würde dieser Verlust durch über DM 4.000,- Kindergeld überkompensiert.

Leben aber die Kinder in der Türkei, verliert er den bisherigen Steuerfreibetrag, zahlt eine höhere Steuer

und bekommt für sie nach türkischem Standard nur etwa DM 500,- ersetzt. Für ihn bedeutet diese „Reform“ mehr als 1.000 DM Verlust.“

(zit. nach Westbörner „Extradiet“, 28. Juni 1974)

Unannehmliche „Alternativen“

Der westdeutsche Staat legt mit der Neuregelung des Kindergeldes dem größten Teil der ausländischen Arbeiter in der BRD unannehmliche „Alternativen“ zur Entscheidung vor:

- Entweder sie fügen sich widerstandslos in die weitere Demontage ihrer ohnehin schon miserablen Existenzbedingungen oder aber
- sie holen ihre Kinder aus ihren Heimatländern hierher in die BRD, um in den vollen Genuß des Kindergeldes zu gelangen. Letzteres würde nicht nur die Lebensverhältnisse der Ausländer noch weiter einengen und damit verschlechtern, sondern darüber hinaus die schon heute krassen

Ausländische Arbeiter:

Demonstration in Stuttgart

Stuttgart, 9. Juli — Gegen ihre rechtliche und soziale Diskriminierung in der Bundesrepublik demonstrierten am Samstag rund 200 Arbeiter aus Griechenland, Portugal, Spanien und der Türkei durch die Stuttgarter Innenstadt. Ihre Parolen lauteten: „Schluß mit der Diskriminierung ausländischer Arbeitnehmer“, „Wir fordern Gleichbehandlung — Kindergeld für alle!“ und „Vollständige staatsbürgerliche Rechte für ausländische Arbeitnehmer“. Die Demonstranten, die der Arbeitsgemeinschaft ausländischer Organisationen in der BRD angehören, erklärten, sie fühlten sich durch das Ausländergesetz der BRD einer Reihe demokratischer Rechte beraubt und würden Kinderzimmer kontrolliert und bespitzelt.

aus: „UZ“, 18.7.74

Probleme im kommunalen Bereich auf ein unerträgliches Maß zuzunehmen. Bereits heute – wo noch 60 % der Kinder von Ausländern aus Nicht-EG-Staaten in ihren Heimatländern leben – kann der westdeutsche Staat nicht dafür garantieren, daß alle „Gastarbeiter“-Kinder überhaupt eine schulische und berufliche Qualifikation bekommen.

Eine unlängst im Ruhrgebiet durchgeführte Untersuchung forderte einige Fakten zutage, die sicher nur das ganze Ausmaß des „Gastarbeiter“-Elends ahnen lassen. Die „FAZ“ berichtet davon:

„Die ‚Fluktuation‘ vor allem der Südländer war lange Zeit eine Entschuldigung dafür gewesen, die Konsequenzen in der Form der Kindergärten, Vorbereitungsklassen, Förderkursen und Berufsausbildung für ausländische Kinder zu übersehen... Seit einigen Monaten gibt es im Ruhrgebiet ein Wettrennen der Schuldträger nach den in der Industrie arbeitenden türkischen Lehrern. Allerdings zeigt sich, daß die eilig angestellten Lehrer nicht immer die für den schwierigen Integrationsunterricht geeigneten Methoden beherrschen; viele von ihnen sprechen selbst kaum Deutsch (!). Man sucht um, richtet Lehrerkurse ein.“

Befürchtungen werden laut, daß sich „Sechsjahresschulen“ aufbauen könnten – Gattoschulen für die Türken.“

Der türkische Arbeitsverein in Gelsenkirchen deckte zudem auf, daß (in Gelsenkirchen) nur 845 der 1.538 statistisch gemeldeten schulpflichtigen türkischen Kinder von der „theoretischen Möglichkeit des Besuches alters- und begabungsgerechter Schulen“ profitierten; mindestens 694 Kinder seien der Schule ferngeblieben.

Bei der Umfrage der Türkei kamen auch die Gründe der Scheu vor der Schule ans Tageslicht. In nur 27 von 252 Familien, deren Kinder die Schule besuchten, konnten die Eltern bei den Schulaufgaben helfen. Ein Schreibstisch oder auch nur ein eigenes Bett für jedes Kind – das fand man nur in Ausnahmefällen...

Dabei liegt Gelsenkirchen, wie nicht nur im Schulumittel, sondern auch von der türkischen Selbsthilforganisation berichtet wird, mit schulbehördlichen Anstrengungen für Türken mit an der Spitze im Revier (!). („FAZ“, vom 12. Juli 74)

Diese katastrophalen Zustände sollen sich also nach dem Willen der Bundesregierung noch weiter zu Ungunsten der ausländischen Arbeiter verschärfen – denn zu keinem anderen Zweck werden die Ausländerfamilien durch die „Reform“ der Steuern unter diskriminierendes Recht gestellt.

Protestaktionen

Unmittelbar nach Bekanntwerden der provokativen, arbeiterfeindlichen Pläne der SPD/FDP-Regierung protestierten mehrere fortschrittliche Ausländerorganisationen in der BRD – und kündigten ihren Widerstand dagegen an.

Ein „Internationales Komitee“, zu dem sich mehrere Organisationen verschiedener politischer Richtung zusammengeschlossen hatten, organisierte am Samstag, 6. Juli, eine Demonstration durch die Innenstadt von Hannover.

Ihren Protest gegen die geplante Änderung des Kindergeldgesetzes trugen die Ausländer auch auf einer Pressekonzferenz vor:

„Wir wollen nicht die Konjunkturschraube sein, an der man nach Belieben dreht“, meinte ein türkischer Sprecher.

Die Kürzung des Kindergeldes stellt eine harte Diskriminierung der ausländischen Arbeiter dar, die ebenso viele Steuern zahlen wie ihre deutschen Kollegen und daneben auch die gesetzlichen Sozialabgaben entrichten, obwohl sie später nach Rückkehr in ihre Heimat die dadurch begründeten Ansprüche auf Sozialleistungen verlieren.“ („FR“, 5.7.74)

Es wurde angekündigt, daß der Kampf gegen das arbeiterfeindliche Änderungsgesetz im September mit bundesweiten Demonstrationen fortgesetzt wird.

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Kindergeld für Gastarbeiter

W.H. Die von allen Bundestagsfraktionen gebilligte Neuregelung des Familienlastenausgleichs ab 1. Januar 1975 wird uns nicht nur ein neues Beamtenheer bescheren. Die geplante Auszahlung von Kindergeld durch die Arbeitsämter wirkt außerdem eine Fülle neuer Fragen auf. Die Einbeziehung der Gastarbeiter mit ihren oft kinderreichen Familien bereitet dabei besondere Schwierigkeiten. Allein das hohe deutsche Kindergeld macht für eine vielköpfige Familie in unterentwickelten Ländern das Vielfache des dort erzielbaren Arbeitslohns aus. Das Kindergeld für ein Kind übertrifft in einigen Ländern den Lohn eines Arbeiters. Damit es nicht zu unerwünschten Reaktionen kommt, plant die Bundesregierung eine Regelung, wonach nur in der Bundesrepublik und in der EWG wohnende Gastarbeiterkinder das hohe deutsche Kindergeld erhalten, außerhalb der EWG lebende Kinder dagegen nur das in ihrem Land übliche Kindergeld. Dieses Verfahren würde wie eine Prämie wirken, möglichst viele Kinder mit in die Bundesrepublik zu bringen. Die ohnehin nur unbefriedigend gelösten Wohnungs- und Schulprobleme der Gastarbeiter würden künstlich vergrößert. Es entstehen verstärkte Anreize speziell für kinderreiche Arbeiter, in die Bundesrepublik zu kommen. Ob den Familien und Kindern damit geholfen wird, wenn sie aus ihrem bisherigen Lebenskreis herausgelöst werden, ist zumindest fraglich. Und was soll mit der Familienplanung in Entwicklungsländern werden, wenn für jedes weitere Kind monatlich ein voller Arbeitslohn bezahlt wird? Das Gefälle der Sozialleistungen zwischen verschiedenen Ländern wirft zwar schwierige Fragen auf. Die Sozialleistungen sollten aber nicht so konstruiert sein, daß solche unerwünschten Reaktionen primiert werden. Das ist bei der neuen Kindergeldregelung offensichtlich der Fall.

„Frankfurter Allgemeine“, vom 12.7.74
Zynismus sondergleichen!

USA/UdSSR: Statt „Abrüstung“ – weitere Aufrüstung!

Anfang Juli trafen sich Nixon und Brezhnev in der Sowjetunion, um ihr Verhandlungsdebatte um eine angebliche „Abrüstung“ fortzusetzen. Wie schon im ARBEITERKAMPF Nr. 33 aufgezeigt, stehen diese „Abrüstungsgespräche“ (SALT) einer weiteren allseitigen Aufrüstung überhaupt nicht im Wege.

Die neuen Abkommen zwischen den USA und der SU beinhalten im Wesentlichen:

1. Ein Abkommen über die Begrenzung unterirdischer Atomversuche. Dieses Abkommen sieht vor, daß unterirdische Atomtests auf Sprengungen unter 150 Kilotonnen beschränkt werden, wobei dieses Abkommen ohnehin erst ab 1.4.1976 (!) in Kraft tritt.

Zum Ersten heißt das, daß sich in diesem Punkt in den nächsten zwei Jahren überhaupt nichts ändern wird. Weiterhin beeinträchtigt das Abkommen in keiner Weise die Erprobung neuer Waffensysteme bzw. Sprengsätze.

Selbst Springers „Welt“ gab zu: „Die Beschränkung auf 150 Kilotonnen Sprengkraft bei unterirdischen Atomtests erlaubt nach wie vor die Erprobung mittlerer MIRV-Sprengköpfe und vor allem die von den Amerikanern geplante ‚Ministerleistung‘ ihres fiktionalen Atomarsenals.“ („Welt“, 4.7.74).

2. Die USA und die Sowjetunion gehen lediglich „Absichtserklärungen“ über eine Beschränkung der Interkontinentalraketen und der Raketen mit Mehrfachsprengköpfen heraus. (Raketen mit Mehrfachsprengköpfen – MIRV – sind nukleare Waffensysteme, bei denen von einer einzigen Rakete mehrere Atomsprenköpfe ferngesteuert, verschiedene Ziele getroffen werden können).

Am Zustandekommen dieses Abkommens schien insbesondere das US-Imperialismus interessiert, da es diesem Gebiet die Sowjetunion in den letzten Jahren anscheinend „aufgeholt“ hat.

3. Die USA und die Sowjetunion vereinbarten, auf den Bau von je einem weiteren Raketen-Abwehrsystem (ABM) zu verzichten. Das bedeutet nur, daß beide Staaten ihre Rüstungsentwicklung eher auf offensive Waffen ausrichten.

Es ist also im Grunde nichts bei den Verhandlungen herausgekommen. Nach Unterzeichnung ethischer SALT-Abkommen seit 1972 sind beide Länder auf dem Gebiet der weiteren Aufrüstung alles andere als untätig geblieben:

- so stellte das „Stockholmer Institut für Friedensforschung“ (Sipri) in seinem „Jahrbuch 1974“ unter anderem fest, daß die USA die Zahl der Atomsprenköpfe auf 6.000, die die SU auf 2.000 gesteigert hätten.
- so entwickelte die Sowjetunion vier mehr oder weniger schwere Raketen mit Mehrfachsprengköpfen und hoffte die USA auf diesem Gebiet anscheinend ein.

– so arbeiten die USA ständig an der Entwicklung noch schlagkräftigerer Waffensysteme, die einen erfolgreichen „First Strike“, also die weitgehende Vernichtung des sowjetischen Atomwaffenpotentials schon im ersten Angriff ermöglichen sollen. Der amerikanische Kriegsminister Schlesinger bezeichnete diese Entwicklung als „Strategie des präziseren Gegenstoßes“.

Zum anderen arbeiten die USA an der Entwicklung sogenannter „mini-mucos“, das heißt kleiner, dafür aber präziser treffender Atomsprenköpfe, die speziell in einem „begrenzten Krieg“ (z.B. in Westeuropa!) eingesetzt werden könnten.

Insgesamt dient der ganze „Abrüstungs“-Schwindel nur dazu, die Masse über die tatsächlich weitergehende Aufrüstung zu täuschen, wobei die revisionistische Propaganda sich besondere Mühe gibt, große „Erfolge“ der jüngsten Moskauer Gespräche auf der Luft zu greifen, während die US- und BRD-Imperialisten sich eher „skeptisch“ äußern.

Militärwesen-Kommission des KB,
Gruppe Hamburg

Rationalisierungswelle in der Metallindustrie

Dem „Berliner EXTRA dienst“ entnehmen wir folgende Zusammenstellung von Rationalisierungsmaßnahmen (Kursarbeit und Entlassungen) in der westdeutschen Metallindustrie während der letzten drei Wochen:

JUCHO – Dortmund

1130 Arbeiter und Angestellte des Dortmunder Stahl- und Brückenbau-Unternehmens JUCHO erfuhr in dieser Woche, daß sie ab sofort „Anspruch auf Arbeitslosengeld“ hätten. Auf diese zyn-

„Betriebssterbekasse“ geleisteten Zahlungen wendern in die Konkursmasse. (siehe zu JUCHO auch AK 451)

AEG-Küppersbusch, Gelsenkirchen

700 der 2.800 Beschäftigten der Küchen- und Herdfabrik Küppersbusch AG in Gelsenkirchen müssen nach Beendigung des Betriebsurlaubes am 23. August noch eine Woche lang zwangsfeiern. Die Tochterfirma des AEG-Konzerns verordnete für die Kursar-

in Kenstingen noch möglich ist. Wie inzwischen bekannt wurde, ist das Stammkapital von 4,5 Millionen DM im vergangenen Jahr fast aufgebraucht worden. Ob es aufgrund dieser Finanzlage möglich sein wird, einen aufgestellten Sozialplan zu realisieren, ist mehr als zweifelhaft.

Bisher wurden noch nicht einmal die Löhne und Gehälter für den Monat Juni in Höhe von rund einer halben Million Mark ausbezahlt.

Fittings, Sontra

60 Arbeiter der Gießerei-Firma Fittings in Sontra im Kreis Hersfeld sind noch immer ohne Arbeit. Das Unternehmen hatte vor einigen Monaten die Produktion eingestellt. Insgesamt waren 530 Beschäftigte entlassen worden. Ein großer Teil von ihnen mußte nach Nord- und Südthüringen, Flensburg und Essen umziehen, um eine neue Beschäftigung aufnehmen zu können.

Wilhelm Reich KG, Neu-Ulm

Die Maschinenfabrik Wilhelm Reich KG in Neu-Ulm hat beim Amtsgericht Antrag auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens gestellt. Anlaß für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Unternehmens, das in den letzten Monaten bereits 200 der 550 Arbeiter und Angestellten entließ, ist die Kündigung eines Bankkredits.

Peschke, Zweibrücken

In Zweibrücken wurde die Baummaschinenfabrik Karl Peschke stillgelegt. Die 221 Arbeiter und Angestellten wurden während sogenannter Betriebsferien von der Produktionseinstellung überbracht.

Rollmann & Tavor, Ahlen

230 Beschäftigte des Stens- und Emailwerk Rollmann & Tavor GmbH in Ahlen (Westfalen) verlieren am 3. August ihre Arbeitsplätze. Das Unternehmen begründet die Produktionseinstellung mit der stark gesunkenen Auftragslage in der USA.

„Bei 12 Prozent wird gefeuert“

Sorgenpost

Brandt: Gewerkschaft überzieht das Tarifkonzept Arbeitslose?

Über 600.000 Arbeitslose?

Wiese Voraussicht? - Gesteht Planung!

sche Weise hatten sie zur Kenntnis zu nehmen, daß der Betrieb den Konkurs angemeldet hatte.

Am Mittwoch wurden die Beschäftigten in die Erwerbslosenliste des Arbeitsamtes aufgenommen. Versuche der Geschäftsleitung, den Konkurs durch eine Bürgschaft des Landes Nordrhein-Westfalen abzuwenden, waren erfolglos geblieben.

Die 780 Arbeiter bei JUCHO haben schon seit dem 1. Juni keinen Lohn mehr bekommen. Ihre letzte Lohnzahlung erhielten sie im Monat Mai, während den Angestellten noch das Juni-Gehalt ausbezahlt wurde.

Auch die ehemaligen Werksangehörigen werden von dem Konkurs betroffen: sie müssen künftig auf sogenannte Werkrenten verzichten. Alle in eine

beit, an einem Stück. Vorstandsvorsitzender Ahle erklärte zynisch, diese Art Kurzarbeit sei „sozial“, weil die Betroffenen so das Fahrgehalt für eine Woche sparen könnten.

J. Kaiser GmbH, Villingen

Mit der Beendigung des Konkurses durch die Uhrenfabrik J. Kaiser GmbH, Villingen, beim zuständigen Amtsgericht am Montag wurde gleichzeitig festgestellt, daß Verhandlungen zur Sanierung des Unternehmens gescheitert sind. Die Einsetzung eines Konkursverwalters wurde gerichtlich bereits verfügt. Dieser wird festlegen, ob eine Weiterbeschäftigung der insgesamt 770 Beschäftigten im Villingen Hauptwerk und dem Montagebetrieb

40-Std.-Woche im öffentlichen Dienst

Am 1. Oktober wird mit einer tarifvertraglichen Vereinbarung im Öffentlichen Dienst die 40-Stunden-Woche eingeführt; damit soll die offizielle Arbeitszeit um zwei Stunden pro Woche verkürzt werden. Von Seiten des Staates ist immer wieder versucht worden – zuletzt noch während der letzten Tarifverhandlung – die Erfüllung dieser berechtigten Forderung hinauszuschieben. So starteten auch der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger (CDU) und auch Teile der bürgerlichen Presse Angriffe auf die Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst.

1961	1966	1971	1972
4922	5270	5841	5814
823	735	804	795
	475	894	974
726	846	1524	1587
keine Ang.		1115	1099

Nach den Angaben einer Broschüre der Gesundheitsbehörde liegt der Fehlbestand an Pflegepersonal in den Krankenhäusern bei ca. sieben Prozent; d.h. es fehlen in Hamburg rund 700 bis 800 Pflegekräfte, wobei sich die Behörden natürlich an den ausgeschriebenen Planstellen orientiert, die aber in stichhaltigen Fällen auch zu niedrig angesetzt sind.

Die ÖTV-Führung bietet uns diese Vereinbarung als einen „erfolgreichen Abschluss“ an; für sie war die Arbeitszeitverkürzung „Ergebnis harter Auseinandersetzungen“, in denen sie „sich nicht durch das Gerate der Arbeitgeber über vorläufige personalpolitische Folgen betören ließ.“ (ÖTV-Angebot-Nachrichten).

Was von diesem Abschluß und seinen Folgen zu halten ist, will dieser Artikel unter besonderer Berücksichtigung der Hamburger Krankenhäuser beleuchten.

Am 15.6.74 konnte man im „Hamburger Abendblatt“ die folgende Meldung lesen: „In den 3519 Krankenhäusern der Bundesrepublik mit 700.000 Betten fehlen zur Zeit über 35.000 (!) Krankenschwestern... Von den rund 204.000 Pflegekräften sind über 12.000 Ausländer.“

Das sind allerdings alarmierende Zahlen, wenn man bedenkt, welche Bedeutung das Pflegepersonal bei der Betreuung der Kranken spielt. In Hamburg selbst sieht es nicht ganz so schlimm aus; die folgende Tabelle zeigt, wieviele Pflegepersonen in den Hamburger Krankenhäusern beschäftigt sind:

So bemerkt schon der Gesundheitsbericht im Jahr 1972: „...mal mehr war der Mangel an Krankenschwestern... J so spürbar wie heute.“ Zum Teil wird dieser „Mangel“ heute dadurch überbrückt, daß viele Schwestern oft gezwungen sind, die Hilfskräfte nach kurzer Anlernzeit genauso in den Dienst einzusetzen wie die Vollschwestern und die mit fast denselben Aufgaben betrauen. Aus einem DRK-Krankenhaus in Frankfurt wurde bekannt, daß auf Stationen mit bis zu 60 Patienten Schwesternschülerinnen „z.T. ohne Aufsicht und Anleitung Nachtwache hielten (ÖTV-Magazin 6/74). Das ist mit Sicherheit kein Einzelfall. Wenn dann was schieflieft, trifft es jedoch nie den Staat, sondern allein den Patienten, die Hilfskraft oder die Stationschwester – tie sind die angeschissenen, die „unverantwortlich und fahrlässig gehandelt“ haben.

Ansonsten geht der Mangel natürlich auf Kosten der Versorgung der Patienten; die Schwesternarbeit besteht vielfach darin, nur die notwendigen Arbeiten wie Betten machen, Essen und Medizin ausliefern, sowie das Putzen der Station zu erledigen; für mehr ist dann keine Zeit. Eine echte pflegerische Tätigkeit, die auch ein individuelles Eingehen auf den Patienten und seine Sorgen und Pro-

bleme einschließt, ist nicht möglich. So wird der kranke Mensch ein Objekt der Medizin, eine „Lunse“, ein „Blindarm“ oder ein „Kopf in Zimmer 122“. Daß die Arbeit unter diesen Bedingungen für viele Schwestern und Pfleger eine große psychische Belastung darstellt und ihnen stinkt, darauf wies kürzlich auch der „Stern“ hin: „Jedes Jahr kündigen 15% der examinierten Schwestern und 26% der Pflegehelfer, weil sie heubeten und nicht weiterarbeiten wollen, weil ihnen das Betriebsklima nicht paßt, oder weil sie sich falsch eingesetzt fühlen.“

Bedauerlicherweise ist auch der Staat weder bereit noch in der Lage, den chronischen Personalmangel in den Krankenhäusern abzustellen. Kleine Reformen bleiben Stückwerk und dienen nicht den grundlegenden Abschaffung der üblen Zustände; geparkt an allen Ecken und Kanten. Darüber gibt auch die obige Tabelle Auskunft: Wir beobachten in den letzten Jahren einen relativ starken Anstieg der Zahl der ungeprüften Pflegekräfte und der Pflegehelfer. Für diesen Personalkreis z.T. Hausfrauen, die zur Mitarbeit gezwungen sind, spart der Staat natürlich die Ausbildungskosten und ihre tarifliche Bezahlung liegt auch niedriger. Der Einsatz dieser Kräfte wird oft mit der „zunehmenden Differenzierung der Arbeiten im Krankenhaus“ begründet; die Praxis zeigt jedoch, daß die Stationschwester oft gezwungen sind, die Hilfskräfte nach kurzer Anlernzeit genauso in den Dienst einzusetzen wie die Vollschwestern und die mit fast denselben Aufgaben betrauen. Aus einem DRK-Krankenhaus in Frankfurt wurde bekannt, daß auf Stationen mit bis zu 60 Patienten Schwesternschülerinnen „z.T. ohne Aufsicht und Anleitung Nachtwache hielten (ÖTV-Magazin 6/74). Das ist mit Sicherheit kein Einzelfall. Wenn dann was schieflieft, trifft es jedoch nie den Staat, sondern allein den Patienten, die Hilfskraft oder die Stationschwester – tie sind die angeschissenen, die „unverantwortlich und fahrlässig gehandelt“ haben.

Auch in einem anderen Fall spart der Staat die Ausbildungskosten für das Pflegepersonal: „Etwa 14.000 der 140.000 tätigen Schwestern in den Krankenhäusern der Bundesrepublik sind Ausländerinnen.“ (Stern, 18/74). Um den größten Mangel

etwas zu vertuschen, werden diese Kräfte im Ausland angeworben; sie haben durchweg eine abgeschlossene Ausbildung; viele kommen von weit her: aus Südkorea, von den Philippinen, aus Indonesien, Indien, Pakistan, Afrika. Das ist geradezu grotesk, da diese Länder zum größten Teil noch Entwicklungsländer sind und ihre gesundheitliche Versorgung noch bedeutend schlechter ist als unsere; diese Länder sind selbst dringend auf solche Fachkräfte angewiesen!

Auf der anderen Seite ist es in Hamburg nicht so, daß nicht genügend Menschen Interesse hätten, eine pflegerische Ausbildung zu machen und für die Betreuung Kranker zu sorgen. Die Regierung kann sogar Pläne machen, nach denen nur noch Bewerber mit mindestens Mittlerer Reife für den Schwesternberuf auszubilden sind, und schon heute werden an einigen Ausbildungsstellen Bewerber abgewiesen. Besonders eklatant ist z.B. auch die Situation der Krankengymnastinnen; immer, wenn ein Kurs beginnt, gibt es ca. 220 Bewerber, jedoch nur 25 werden genommen, und zwar in absehbarer Zeit nur noch solche, die ein Abiturzeugnis vorweisen können. Gleichzeitig besteht auch für diesen sehr wichtigen Beruf ein Mangel an qualifizierten Kräften.

Natürlich ist von der Arbeitszeitverkürzung nicht nur das Pflegepersonal betroffen, sondern auch die Transportarbeiter- und -pfleger sowie die Kollegen in der Diagnostik; allein schon durch die Verkürzung der Liegezeiten und den höheren Durchlauf der Patienten durch die Krankenhäuser steigt in den letzten Jahren die Arbeitsintensität im gynäkologischen OP im AK Barmbek wird seit Jahren die tariflich festgesetzte Höchstgrenze über die Arbeitsleistung bei Bereitschaftsdiensten nicht eingehalten. Die Kollegen des technischen Bereichs, insbesondere in den Kesselhäusern, sind z.T. großen Belastungen ausgesetzt; in Urlaubszeiten und bei Krankheit eines Kollegen kommt es vor, daß sie häufig wochenlang ohne regelmäßige Freizeit und Sonntagsruhe durcharbeiten müssen.

Darüberhinaus wird die Bevölkung auch Auswirkungen der 40-Stunden-Woche im öffentlichen Gesundheitsdienst zu spüren bekommen (Gesundheitsämter, Schulärzte, ...). Nach Auskunft des Gesundheitsberichtes der Bundesregierung besteht schon 1971 in den einzelnen Bundes-

ländern ein Fehlbestand von 20 bis 60%, „dadurch sind diese Behörden vielfach nicht mehr in der Lage, die ihnen gesetzlich übertragenen Aufgaben zu erfüllen.“ „Mit zunehmender Zahl der je Arzt zu betreuenden Bevölkerung nimmt die ärztliche Leistung je Einwohner ab und die Umfang der un erfüllten Aufgaben zu.“ – Soweit also der Gesundheitsbericht. Auch die Hamburger Gesundheitsbehörde hat hier Zukunftsmorgen, insbesondere wegen des hohen Alters der hier tätigen Ärzte und wegen des fehlenden Nachwuchses.

In den staatlichen und gemeinnützigen Krankenhäusern wurden im Jahr 1970 279.972 Kranke stationär behandelt; 1972 waren es schon 290.157 Kranke. Wie aus dem Artikel über die gesundheitliche Versorgung der Hamburger Bevölkerung hervorgeht, ist sich vorläufig noch kein Ende dieser Entwicklung abzusehen. Man sieht, daß die Arbeit mehr wird. In sehr vielen Bereichen läßt sich die Zunahme der Arbeit und die Verkürzung der Arbeitszeit nicht durch Rationalisierung auffangen. Möchte man erreichen, daß den Kranken in Hamburg nach Einführung der 40-Stunden-Woche genauso viel Zeit auf Pflege durch Schwestern und Pfleger zukommt wie vorher, so müßte man zumindest die Planstellen im öffentlichen Dienst um rund 5% erhöhen. Andernfalls würde sich die Betreuung der Patienten verschlechtern. Für das Personal wird das bedeuten, daß sich die festgesetzte Arbeitszeitverkürzung nicht als Freizeitzuwachs auswirkt, sondern zu mehrbezahlten Überstunden führt, die sich jedoch kaum lohnen. Mit der Erhöhung der Planstellen ist natürlich nur dann etwas gewonnen, wenn diese auch besetzt werden; das wiederum nur möglich sein, wenn auch die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht wird, die Arbeits- und Wohnbedingungen des Personals verbessert werden, die Hierarchie im Krankenhaus abgeschafft wird und der unregelmäßige Dienst ein Ende findet. Leider hat die ÖTV-Führung bisher „vergessen“, diese Forderungen zu verbinden mit der Forderung nach der 40-Stunden-Woche. Über die sich an der Basis der Gewerkschaft entwickelnden Initiativen für eine konsequente Politik für die Kollegen im Gesundheitswesen und für die Patienten, berichten wir an einer anderen Stelle.

Gruppe Gesundheitswesen der Bezirksorganisation im KB/Hamburg

ÖTV-Hamburg, Abteilung Sozialarbeit:

Für eine konsequente Gewerkschaftspolitik im Erzieher-Bereich

Sperry Rand, Saarbrücken

Die Zweigniederlassung des amerikanischen Sperry-Rand-Konzerns in Saarbrücken stellt die Produktion wegen angeblich „weltweiter Absatzschwierigkeiten“ ein. Den rund 190 Arbeitern soll zum 30. September und den 40 Angestellten spätestens zum 31. Dezember gekündigt werden. Der Betrieb stellt(e) Teile des Remington-Rasierers her.

SEL, Stuttgart; T & N, Frankfurt; Siemens AG

600 Monteurs für öffentliche Fernsprechnetztechnik werden von der Standard Elektrik Lorenz (SEL) in Stuttgart auf die Straße geworfen. In einigen Werken des Unternehmens wird ab Herbst kurzgearbeitet.

Als Grund für die Massenentlassung gibt SEL Kürzungen des Investitionsvolumens durch die Bundespost an.

Nach der Frankfurter Telefonbau & Normalzeit GmbH und der SEL AG, die 1.000 bzw. 600 Arbeitsplätze beseitigen wollen, schließt jetzt auch die Siemens AG Entlassungen im Bereich der Fernmeldetechnik nicht mehr aus. In erster Linie würden sich derartige Maßnahmen auf das Werk Speyer auswirken, das Fernmeldesysteme produziert.

Kermann, Rheine

Bei Kermann in Rheine sollen 290 Kollegen entlassen werden. Obwohl im Kermann-Werk Osnabrück erst vor kurzem das VW-Modell „Scirocco“ anlieh und für dieses Werk ca. 400 neue Arbeiter eingestellt wurden, lagten die Kapitalisten dem Betriebsrat in Rheine eine Entlassungsliste von zunächst 83 Kollegen zur Gegenzeichnung vor.

Da der Betriebsrat seine Zustimmung zu den Entlassungen verweigerte, setzte die Geschäftsführung zunächst 43 Arbeiter auf die Straße (bis zu 49 Entlassungen brauchen nicht genehmigt zu werden!).

Schon immer war die Sozialarbeit (Kindergärten, Fürsorgeerziehung, Häuser der Jugend, Erziehungs-„Beratung“ etc.) ein besonderes Steifkind in der Kommunalpolitik des bürgerlichen Staates. Von der „Konzentration auf das Machbare“ (Schmidt) – d.h. von der allseitigen Einschränkung der staatlichen Sozialleistungen – werden diese Bereiche besonders hart getroffen.

Darüber gibt der „Jugendbericht des Hamburger Senats“ vom Ende letzten Jahres Aufschluß, worin der Senat seine Planung für den Bereich der Jugend „hilft“ darlegt. Danach wird sich die Sozialpolitik auf das „Primat der Familienhilfe“ konzentrieren. Von der katholischen Kirche z.B. hätte eine solche Stellungnahme nicht weiter überrascht. Bezeichnend ist aber, daß gerade ein Bundesland, das in dieser Beziehung als relativ aufgeschlossen galt, die Uralt-Klammotten vom „Wert der Familie“ etc. wieder aufzählt. Hier wird in einer ziemlich plumpen Weise zum Ausdruck gebracht, daß man nicht bereit ist, eine öffentliche Erziehung entsprechend den Bedürfnissen der werktätigen Menschen zu gewährleisten.

Das leistet ohne Zweifel der Hetze der CDU Vorschub, für die die Jugendarbeit eine Frage von Polizei, Justiz und Kirche ist.

Was tut die ÖTV?

Es liegt auf der Hand, daß es Aufgabe der Gewerkschaft wäre, dieser Entwicklung kämpferisch entgegenzutreten und sich einzusetzen für mehr Kindergärtenplätze, Beseitigung der teilweise kandalösen Zustände an den Heimen (so sind seit Jahren viele Heime in barackenhaflichen Notunterkünften eingerichtet), gegen die Überlastung des Heimpersonals, für mehr und besser ausgebildete Erzieher, gegen die Diskriminierung fortschrittlicher Bestrebungen, sei es durch Berufsverbote oder durch die Angriffe der reaktionären Presse gegen eine fortschrittliche Erziehung.

Tatsächlich wird eine solche Politik von den Gewerkschaftsführern nicht gemacht. Mit dem Hinweis, daß dieser Bereich der ÖTV ohnehin „unbedeutend“ sei, hat man sich in der Vergangenheit im wesentlichen damit begnügt, Mitgliedsbeiträge einzusammeln und ein inniges Verhältnis zu den Behörden zu pflegen.

Diese Politik ist aber genau die Lizenz dafür, daß der Organisationsgrad der ÖTV hier sehr gering ist. Unter den Erziehern der städtischen Kindergärten sind etwa 20 % in der ÖTV-Abteilung Sozialarbeit organisiert. Ähnlich sieht es an den Häusern der Jugend, Fürsorgeheimen etc. aus. (Ebenfalls in der Abteilung Sozialarbeit sind die Bürokraten von der Arbeits- und Sozialbehörde. Diese sind zu 80 % organisiert – und alles Karleichen! Das Verhältnis ist bezeichnend: Die Verfilmung mit der Staatsbürokratie ist prächtig, aber die gewerkschaftliche Sozialpolitik liegt am Boden).

Inners Auseinandersetzungen um die Politik der ÖTV in diesem Bereich traten erstmals während der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst zu Beginn dieses Jahres schärfer hervor. Damals forderten Vertrauensleute und aktive Gewerkschaftler vom Abteilungsleiter Informationen über den Stand der Arbeitskämpfe und der Verhandlung und wenigstens die Durchführung einer Mitgliederversammlung, um die Solidarität mit den streikenden Kollegen zu bekunden. Diese Bemühungen wurden vom Vorstand mit allerlei taktischen Mätschen sabotiert oder aber in der Pose bipartitler Altmacht schlicht verpöblich.

Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie

Seitdem haben diese Auseinandersetzungen eine neue Stufe erreicht: Der Vorstand ist offen dazu übergegangen, den Ausschuß linker Vertrauensleute vorzubereiten.

Der Startschuß dazu bildete eine Gerüchekampagne unter der Gürtellinie auf der Ebene der Funktionäre der Abteilung. Es hieß, unter den Vertrauensleuten der städtischen Kindergärten seien eine Reihe von „Chaoten“, die die Gewerkschaft „manipulieren“ wollten. Indem diese durch ihren aktiven Einsatz die weniger aktiven Vertrauensleute „ausalten“, würden sie schließlich allein bestimmen wollen. Deshalb könne es kein gewerkschaftliche Arbeit geben, bevor nicht „mit eternem Bess“ (!) unter diesen Vertrauensleuten gekämpft werden sei. Dazu widmet sich der Abteilungsleiter E. Schön derzeit einer Tätigkeit, die er „Beweis sammeln“ nennt.

Bedeutend ist dabei nicht einmal so sehr, daß die Arbeit linker Vertrauensleute „beobachtet“ wird. Bezeichnend ist vor allem, daß die Gewerkschaftsführer überhaupt gegen aktive Gewerkschaftsarbeit überhaupt loslegen und sich zum Anwalt politischen Desinteresses und gewerkschaftlicher Passivität machen.

In der Tat ist es die Mentalität von „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“, mit der der Vorstand den Forderungen der Kollegen nach umfassender Information und nach Möglichkeiten gemeinsamer Beratung untereinander entgegentritt.

So werden Mitgliederversammlungen unter fadenscheinigen Vorwänden verschleppt, bis die anstehenden Fragen ihre Aktualität eingebüßt haben. Nachdem in der Tarifrunde vor Monaten heftige Kritik an der innergewerkschaftlichen Situation in der Abteilung Sozialarbeit laut geworden war, berief der Vorstand jetzt vor wenigen Wochen, eine Versammlung dazu ein – und zwar gerade zu einem Zeitpunkt, wo die westdeutsche Fußballmannschaft ein WM-Spiel hatte. Auf dieser Versammlung machten Vertrauensleute einen Beschluß der ÖTV-Bezirksleitung Hamburg zur Informationspolitik bekannt. Dieser Beschluß stammt vom September letzten Jah-

res, aber erst jetzt „drang“ er bis zu den Vertrauensleuten durch.

Kern dieses Beschlusses ist es, den Informationsfluß strikt auf den Weg „von oben nach unten“ einzuschränken und eine Zensur durch die Gewerkschaftsführung durchzuführen.

Auf der Versammlung wurde festgestellt, daß es die eigentliche Aufgabe gewerkschaftlicher Informationspolitik wäre, den Kollegen ein Bild von den Inhalten und Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeit zu geben sowie über die verschiedenen Auffassungen in der Gewerkschaft über den besten Weg zur Durchsetzung der gemeinsamen Belange. Demgegenüber verschaffe sich die ÖTV-Führung durch diesen Beschluß mit den rigiden Methoden des Polizei-Denkens das absolute Informationsmonopol. Dieser Beschluß „legitimiert“ daher für die weitere Zukunft eine Informationspolitik, die schon bisher wesentlich dafür verantwortlich war, die Kollegen von der Einflußnahme in ihrer Gewerkschaft abzuhängen, da sie über alle wichtigen Fragen im Unklaren gelassen wurden. Die Frage des gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausches ist aber gerade für einen so zerstückelten Bereich wie bei den Erziehern und Sozialarbeitern lebenswichtig für die Entwicklung einer wirkungsvollen Gewerkschaftsarbeit.

Der Abstimmung einer Protestresolution zu diesem Thema entging der Abteilungsleiter dadurch, daß er die Versammlung kraft seines Hausrechts kurzerhand für „aufgelöst“ erklärte.

Während die Kollegen noch wie vor den Kopf gestoßen herumstünden und langsam aufbrachen, ließ der Vorstand schon das Licht abblasen und mit Polizei-Einsatz drohen, falls das Gewerkschaftshaus „besetzt“ werden sollte!

Initiative Sozialistischer Erzieher (Hamburg)

KBW-Bremen „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt man völlig ungeniert!“

Der von Sozialdemokraten beherrschte Bremer Senat hatte Freierhöhungen für Strom, Gas und Wasser beschlossen. Ein Grund also für kommunistische und demokratische Organisationen, dagegen zu protestieren – und den Widerstand der hauptsächlich betroffenen werktätigen Bevölkerung dagegen zu organisieren.

Die Ortsgruppe Bremen des KBW, die zweifellos stärkste kommunistische Organisation am Ort, nahm die geplanten Maßnahmen dagegen zum Anlass, wieder einmal die schon bekannte Komödie „Die lauesten Aktionskräfte der Massen“ aufzuführen.

In völliger Ignoranz gegenüber den äußeren Bedingungen versuchte der KBW in Bremen die Frankfurter „Bewegung“ gegen die dort geplanten Fahrpreiserhöhungen zu „kopieren“.

Nachdem eine ganze Serie von Flugchriften verteilt sowie Stadtversammlungen durchgeführt worden waren und Unterschriftenlisten die Kunde gemacht hatten (2.800 „Bürger“ sollen nach Angaben des KBW unterschrieben haben) – hatten die KBWler den Mut zu folgender „Einschätzung“: „In allen Stadtteilen gibt es... überall beginnt das Volk sich dagegen (die geplanten Tarifierhöhungen, Anm. d. Red.) zu empören und den Kampf zu organisieren.“ (Ortsbeilage der „KVZ“, Nr. 12)

Jetzt, so wurde über die Bremer Ortsbeilage der „KVZ“ (Nr. 13) verkündet, müsse man noch der „vorhandene Protest zusammenfassen“ werden.

Am 1. Juli, dem Tag des Inkrafttretens der Tarifierhöhungen, wurde zu einer Kundgebung (um 18.00 Uhr) vor dem Bremer Rathaus aufgerufen – (offenbar) um

das „empörte Volk“ in den Stadtteilen auch massenhaft zusammenzufassen, sollte im Stern-m a s c h (aus vier Richtungen) zum Kundgebungsort marschieren. Ein grobartiger Einfall!

Am 1. Juli, das ist der Tag, an dem die Kundgebung gegen die Tarifierhöhungen für Bremen bei 18.00 Uhr statt, so hat der Generalstabschef der Stadtverwaltung mitgeteilt, dass die Kundgebung (die die Tarifierhöhungen (insgesamt) um zwei Jahren (sollte) dem nach die ARTISTEN Nr. 11 und die ARTISTEN Nr. 12) zu dieser Kundgebung waren sich 1.000 Menschen versammelten. Zweck der Kundgebung war es, dem Bremer Senat aufzufordern, die Tarifierhöhungen abzulehnen.

„Antenne“ – Betriebszeitung des KBW: Was die Politik nicht bringt, kann die Kosmetik nicht ersetzen (vgl. handschriftlichen „Nachtrag“ der Demonstrationen-Zahl).

Vorm Bremer Parlament hatten sich dann schließlich zur Kundgebung zunächst 15 Genossen des KBW eingefunden, die dort die Lautsprecheranlage im Schwarm brachten – 18.00 Uhr. Nach zehn Minuten hörte man dann den ersten Demonstrationsschrei: „Richtung Walle! Walle! Walle!“ (insgesamt) KBW-„Bürger“, angeführt vom Sekretär der Bremer Ortsleitung und flankiert von zwei Flugblattverteilern, marschierten auf.

Wenig später kam der zweite Zug der „Bremer Volksmassen“ aus dem Osterviertel sammelte sich, der mit rund 60 Teilnehmern doch schon wesentlich stärker als der erste war. Im Rathaus zitierten die Stadtväter wahrscheinlich schon vor 18.00 Uhr.

Nachdem sich noch weitere knapp

50 Genossen aus der Neustadt zu den schon Versammelten gesellt hatten – Über den Verbleib des vierten Zuges aus Findorff jedoch Unklarheit herrschte – wurde schließlich mit der Kundgebung um 18.30 Uhr begonnen.

Vor nicht einmal 200 Teilnehmern führte dann ein KBW-Sprecher aus, daß der Protest gegen die Tarifierhöhungen zwar nicht die Breite wie etwa in Frankfurt erreicht hätte, es aber doch richtig sei, hier vor dem Parlament gegen die Freierhöhungen zu protestieren, damit die Senatoren nachher nicht behaupten könnten, es wäre ja keiner dagegen gewesen.

Wahrhaftig – ein unwerfendes Argument! Mit diesem Wort ging der Sprecher dagegen auf die konkreten Kampfbedingungen und Erfahrungen ein – woraus sich ja überhaupt erst die weitere Aufgabenstellung ableiten läßt – und auf deren Grundlage überhaupt erst eine selbstkritische Bilanz der bisherigen Kampagne gezogen werden kann.

Daß der KBW indes gar nicht „aus früheren Fehlern lernen“ will, „um künftige zu vermeiden“, wird, „sehr gut deutlich an der Art und Weise, wie er in seiner Presse über den totalen Reifall beim „Stern-marsch“ berichtet:

„In der Ortsbeilage der „KVZ“ für Bremen (Nr. 14) wird gelogen, daß sich 500 Menschen an der Kundgebung vom Bremer Parlament beteiligten (diese „Übertreibung“ hält sich allerdings noch in den Grenzen des beim KBW Üblichen).

Schließlich wird sogar in der KBW-Betriebszeitung für Nordmecklenburg (Nr. 12) die phantastische Zahl von 1.200 Kundgebungsteilnehmern genannt (siehe Faksimile).

Wir möchten die KBW-Genossen fragen: Wenn wollt ihr seit dem ersten Spinnereien eigentlich imponieren?

Doch wohl nicht den Arbeitern?!

KB-Sympathisanten in Bremen

K(r)ampf gegen die beiden Supermächte

Wir haben bereits früher, im Zusammenhang mit einer Artikel-Folge zur chinesischen Außenpolitik auf die Gefahr hingewiesen, daß Organisationen in den imperialistischen Ländern Europas unter der Devise „Kampf gegen die beiden Supermächte“ (d.h. Sowjetunion und USA) praktisch eine Haltung der „Vaterlandsverteidigung“ und des Sozialchauvinismus einnehmen.

Ein Beispiel dafür hat jetzt die vor kurzem gegründete französische Partei Communiste Révolutionnaire (m.l.) – „Bruderpartei“ der westdeutschen „KPD!“ – geliefert. Zum jüngsten französischen Atom-Versuch schrieben die Genossen in ihrer Zeitung „front rouge“ (Ausgabe vom 27. Juni) unter anderem:

„In einer Weltstrategie, die von der Hegemonie der zwei Supermächte charakterisiert ist, ist der Hauptaspekt der französischen Atomombe, daß sie eine Abschreckungswaffe gegen eventuelle Angriffe von ihrer Seite, und vor allem des Sozialimperialismus, ist... Was die Atomombe angeht, so widerstehen sie (– die „Revolutionäre“ – Anm. AK) sich ihrer eventuellen Anwendung gegen die Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker oder gegen die sozialistische Revolution in Frankreich. Sie verteilen die Tatsache, daß die Atomversuche sich im Pazifik abspielen, ohne jede Rücksicht auf die Völker der Polynesischen Inseln und der benachbarten Länder.

Aber sie widerstehen sich der französischen Atomombe nicht, soweit diese eine Abschreckungswaffe gegen die zwei Supermächte ist und ein Instrument der Unabhängigkeit darstellt.

Die französischen Revolutionäre haben jedes Interesse, daß der französische Imperialismus unabhängig ist, daß es keine Besatzungstruppen

in Frankreich mehr gibt, denn damit wäre ein zusätzlicher Feind zu beseitigen.

Heute ein Instrument der Unabhängigkeit, fällt sie nicht in die NATO integriert wird – und dagegen widerstehen wir uns – wird die französische Atomkraft im sozialistischen Frankreich von morgen ein schlagkräftiges Instrument in den Händen der Revolutionäre zur Verwirklichung des Sozialismus sein...“

Diese Genossen haben immerhin die völlig logische Konsequenz gezogen, um die sich in unserem Land „KPD“, „KPD/ML“ und KBW – alles begeisterte Kämpfer gegen die beiden Supermächte! – immer noch herumdrücken: den „Unabhängigkeitskampf“ des „eigenen“ Imperialismus gegen die „beiden Supermächte“, vor allem gegen den Sozialimperialismus, der angeblich Westeuropas überfallen will, zu unterstützen.

Die Argumentation der französischen Genossen ist in dieser Hinsicht durchaus noch maßgebend. Über die Forderung nach westdeutschen Atomwaffen (zur Abschreckung) hinaus müßte eigentlich jede Form von Aufrüstung willkommen sein, denn erstens dient das der „Unabhängigkeit“, und zweitens liefert es uns prächtige Waffen zur zukünftigen Verteidigung des Sozialismus, nach der Revolution.

Wir meinen allerdings, daß es unter dem Imperialismus keine „Unabhängigkeit“ zu verteidigen gibt, und daß die Revolutionäre der imperialistischen Länder gegenüber der Möglichkeit imperialistischer Kriege nicht in eine Haltung der „Vaterlandsverteidigung“ verfallen dürfen, sondern die Aufgabe haben, imperialistische Kriege mit dem revolutionären Bürgerkrieg zu beantworten.

„... Imperialismus unabhängig ist, daß es keine Besatzungstruppen in Frankreich mehr gibt, denn damit wäre ein zusätzlicher Feind zu beseitigen.“

haus aufgerufen – (offenbar) um

DKP: immer militanter

Am 3.7. hatte ich an der Hamburger Uni eine angeregte Auseinandersetzung mit einem DKP-Studenten namens H... Anlaß war eine Stellungnahme, die der SSB aufgegeben hatte, die sich als Gegenantwortung zu einer Ausstellung des FSR-SozPol (MSD/SHB Koalition) unter dem Titel „Aspekte deutscher Polen-Politik“ bezieht. Die Ausstellung des FSR-SozPol (Fachschaft Sozialologie und Politik – Anm. AK) ist eine Zeitungsveröffentlichung am polnischen Volk an – wobei dabei aber auf einer rein „moralischen“ Ebene stehen. Kein Wort in dieser Ausstellung zum antifaschistischen Widerstandskampf des polnischen Volkes, noch zur gegenwärtigen Situation in Polen (Arbeiteraufstände Ende 1970) und zur aktuellen Gefahr des Faschismus in der BRD und zur Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes hier.

Genau auf diese Punkte wies die Gegenantwortung des SSB hin.

Der DKP-Student forderte mich auf, zu der angeblichen „Geschmacklosigkeit“ (Zitat) der SSB-Ausstellung Stellung zu nehmen. Diese „Geschmacklosigkeit“ bestand einer Ansicht nach darin, daß die SSB-Genossen sich ordentlich hielten, eine politische Kritik an der reaktionären Verumpfung der „Vereinigten Arbeiterpartei Polen“ zu führen; das sei eine „Diffamierung“ der Opfer des Nazifaschismus, die heute eben die Führung dieser Partei bildeten.

Diese „Kritik“ des DKP-Studenten fügt sich lückenlos in die gesamte Politik der DKP ein, wo sich um die politisch-ideologische Auseinandersetzung zugunsten eines kleinbürgerlichen Moralismus herumgedrückt wird, und wo alle, die diese Auseinandersetzung führen, in übelster Weise

beschimpft und verteufelt werden. So wurde ja auch schon die Kritik an der Politik der Unidad Popular in Chile als „Bemädelung des Genossen Allende“ etc. bezeichnet.

Im Verlauf der Diskussion kamen wir sehr schnell zu sprechen auf die logische Weiterführung des „ideologischen“ Kampfes, wie er von den Revisionisten betrieben wird: Auf meine Frage, wie er denn zu den Vorfällen auf verschiedenen DKP-Veranstaltungen in Hamburg stehen würde, wo KBW-Genossen von DKPlern verprügelt wurden (z. B. in Bergedorf), antwortete er: „so sei durchaus richtig. Menschen, die auf einer öffentlichen demokratischen Veranstaltung erscheinen, zu verprügeln, wenn sich diese weigern würden, sich von UZ-Reporter fotografieren zu lassen, denn diese Veranstaltungen seien halt öffentlich und müßten daher auch öffentlich „propagiert“ werden, mittels Fotos in der „UZ“. Jeder, der sich weigern würde, sich fotografieren zu lassen, würde sich selbst als „Krimineller bekennen“ und „Kriminelle gehören ja nicht zu solchen Veranstaltungen“. Von daher würde er selbst z. B. auch – und jeden KBW-Genossen – auf „meinen“ Parteiveranstaltungen nur einlassen, wenn ich vorher unterschreiben würde, daß ich mich den UZ-Reportern zu einem Foto zur Verfügung stelle. Wenn er mich dennoch als Kriminellen auf der Veranstaltung sieht, würde er mich verprügeln.

Den Faschisten freies Spiel lassen, mit der Gewerkschaftsführung Hand in Hand, und die Kommunisten denunzieren, und auf sie einschlagen: das ist die Politik der DKP!!

Eine Genossin

SPORT UND POLITIK – ZWEI GETRENNTE DINGE?

– Kommentar –

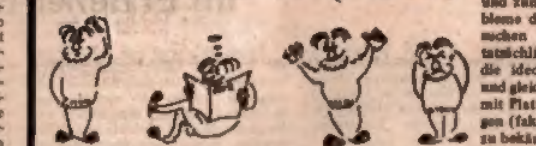
Es wird von der bürgerlichen Presse Fernsehen und Rundfunk immer davon geredet, daß Sport und Politik zwei von einander losgelöste Dinge seien. Dieses Gerücht dient dazu, die mit der WM verbundenen politischen Ziele der Herrschenden zu vertuschen. Wurde die ganze WM dazu benutzt, die Massen in einzigartiger Weise für „unsere Elit“, für „unsere Kaiser Franz“, zur Herstellung einer „deutschen Fußball- und Volksgemeinschaft“ („Deutschland Deutschland über alles“) zu mobilisieren, so schied dies nicht genug. Einen angeblichen Anruf an den Moderator Rauschenbach in der WM-Sonderausstrahlung am Freitag, den 5.7., im ersten Pro-

gramm, in dem jemand vorsichtig vorzuschlagen gewagt hat, die ganze WM auch einmal unter sozialkritischen Gesichtspunkten zu sehen, benutzte Rauschenbach, um folgendes loszulassen: „Wir wissen natürlich, aus welcher Ecke das kommt. (...) Wenn sich solche Leute für Mao, Che Guevara oder Ho Chi Minh begeistern, so sollen sie das ruhig tun. In Wirklichkeit sind solche Leute ja nur neidisch, daß hinter dem Fußball mehr Leute herrschen, als hinter den Fahnen dieser kleinverurteilten Ideologen.“

Ein AK-Leser aus Altona

KB-Sympathisanten in Bremen

ZUR POLITIK DES KBW(NRF)



INHALT	
Einleitung und Gewerkschaft	27
Revisionsversuche in der Metallindustrie	27
Telefonat, Bannsturm, Zusammenstoß von Geschäftsführung, Betriebsrat und Gewerkschaftsführung	27
VDM, Frankfurt: Ausbilder gegen Lehrling	27
„Votum für die Linken“	27
Paragraf, Nord: Lagen haben keine Seite	27
Hamburg: Angeschlossener Verband gegründet	27
Hamburg: Revisionistischer Absicht fördert Bertram von Beitzhörd	27
Kölner	27
Norddeutsche Allianz, Hamburg: Jugendbetriebe gegen in erster	27
Instanz – Effiziente Kündigung von Arbeitsrecht zurückgewiesen	27
Gewerkschaftsführer – wählbare Vertreter: Gewerkschaftswechsel	27
bei Leasing eingestellt	27
Vierzig-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst	27
OTV Hamburg, Arbeitsrat Sozialarbeit: Für eine konsequente	27
Gewerkschaftsarbeit im Einzelbereich	27
GEW nach Mainz: Das letzte Wort müssen die Mitglieder haben!	27
Politik der BRD-Revisionisten	27
Verfälschte Widersprüche in der kapitalistischen Welt	27
Große Ambitionen des BRD-Revisionismus	27
„Kapitel – Im Rückblick mit Spiegelwirkung“	27
„Kapitel mit einem Bein in der NATO“	27
Die Europapolitik der westdeutschen Bourgeoisie	27
Politik der bürgerlichen Parteien	27
Stress-Adressierung bringt w.a. Schenkung Diskriminierung	27
sozialistisches Arbeits	27
Mitteilungen	27
USA/UESS: Statt „Abteilung“ – eigene Abteilung	27
Internationale	27
Leben: Arbeiterkampf gegen Ausbeutung	27
Wir stellen einen Generalstreik	27
Schwermetalle des Salomonischen Faschismus – Ein Leserbrief	27
„Stimme zu Bann“ – Putsch einer reaktionären	27
Leitung: Mäntel zu zwölf Jahren Haft reaktionär	27
Löcher Zusammenstoß	27
Berichterstattung von Italien-Artikel Nr. 64 S. 211	27
England: Der Tod eines Sozialisten, oder: Der letzte Kriminalfall	27
Im bürgerlichen Staat	27
Linker Student erschlagen	27
Portugal/Kolumbien: Eine Schilke: Nicht eine Schilke, auch	27
wenn sie aus West-Weich – Berührung der „Rege-	27
regation“ in Portugal und zum letzten Treiben in den Kolo-	27
neus	27
Neues deutsches Programm in Portugal	27
Reisebericht aus Portugal	27
Expens: 1000 große nach 1000	27
Chile: Naziführer in Chile	27
Argentinien: Peronismus: Die Indios	27
Indien: Der Kampf der Völker Indochina geht weiter	27
Probleme des Marxismus-Leninismus	27
Kämpfe gegen die beiden Supermächte	27
Widerstandswehr Linken	27
Chile-Soldatist: Offizier Brief der Leitung des KBW in die Westdeut-	27
liche Linken	27
KPD: Ganz neue Erkenntnis – Ein Leserbrief	27
Auf dem „Anten Parteilager der KPD“: Die Methoden!	27
KBW Bremen: „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt man völlig ungeniert!“	27
DKP: Immer militanter – Ein Leserbrief	27
Kampf dem Faschismus	27
Jetzt nicht nur das Projekt!	27
Überlebens-Lösung in Frankfurt	27
Nach dem Frankfurt: Faschistenaufruf: Begleit eine Weile	27
„Faschistischer Provokation“	27
Antifaschistischer Aktion in Lübeck hat ein Nachspiel	27
Klassengrenze in der BRD	27
Wieder bürgerliche Urteile gegen RAF-Genossen	27
– Zweiggeißel bis zu 200 Mark gedrückt – Leserbrief zum Arti-	27
kel: „Klassengrenze“ gegen kommunistische Öffentlichkeitsarbeit	27
in AK 41	27
„Kardinal-Praxis“ – Ausdruck der bürgerlichen Faschisierung	27
Westdeut. Freiheit: In Köln: Studenten rufen	27
Kriegsverbrecher in der BRD – Ein Kapital Job	27
Einflussnahme in der BRD	27
Bei der Bildung eines erdöligen Arbeits: Brutale Polizei-	27
terror gegen Training	27
Polizeihaft in Lokstadt	27
Verfassungskritik	27
Hamburg: „Verfassungsgesetz“ nicht Spezial interesse	27
Kommunistenverfolgung in der BRD	27
Bürgerrecht will bürgerliche Genossen des KBW im Gefängnis bringen	27
Ableben der Demokratie in der BRD	27
Chil. Studenten dominieren gegen Abbau politischer Rechte	27
Frankfurt: UN-Vertrag mit Deutschland in der Botschaft	27
Leben	27
Bayern: Verschiedene Abbau demokratischer Rechte	27
Hamburg: Konkrete Aktion von Staat, Justiz und CDU gegen	27
die Studenten	27
„Manningsfreiheit in Chile“	27
Reaktionärer Angriff auf bürgerlichen Studentenverband (ESG), Ham-	27
burger	27
Protest im Kapitalismus	27
Sport und Politik – Zwei getrennte Dinge? (Ein Leserbrief)	27
Wohnungsfrage in der BRD	27
Frankfurt: „Antifaschismus“ juristisch abgeschafft – Grundgesetz	27
in der BRD: „Gemeinschaft“ Wohnungsbesitzes/Genossenschaft	27
der Mitbestimmung nach dem „Jahre“ Wohnungsrecht vor-	27
ziehen	27
Frankfurt: Hausbesitzer terrorisiert antiautoritäre Mieter	27